

BUCHNERS KOLLEG

13

# Geschichte

Ausgabe  
Bayern



BUCHNERS KOLLEG

# 13 Geschichte

Ausgabe Bayern  
gA/eA

C.C.BUCHNER

# 2 USA, Russland und China im 20. und 21. Jahrhundert

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sich im Kalten Krieg zwei Machtblöcke unter Führung der USA bzw. der UdSSR gegenüber. Michail Gorbatschow, dessen Land politisch, militärisch und wirtschaftlich nicht mehr mit den USA mithalten konnte, beschleunigte mit seinen Reformen letztendlich den Zerfall der Sowjetunion. Russland, deren mächtigste Teilrepublik, wurde nach einer Phase innenpolitischer Liberalisierung und Verständigung mit dem Westen zu einem autoritären Staat, der nach den Wünschen seines Präsidenten Wladimir Putin an machtvollen sowjetischen Zeiten anknüpfen soll. Die Volksrepublik China konnte seit den ausgehenden 1970er-Jahren mit marktwirtschaftlichen Reformen einen Zerfall hingegen verhindern und stieg im 21. Jahrhundert zur Weltmacht auf.

China, Russland und die USA haben den Anspruch, die Weltordnung nach ihren Vorstellungen zu gestalten bzw. zu verändern. Ihr Verhältnis zueinander unterliegt dabei einem starken Wandel.

- ▶ Bei seiner Fernsehansprache erwähnte John F. Kennedy auch die Gefahr eines Atomkrieges. Diskutieren Sie, ob bei diesem brisanten Thema die Wahl des Mediums angemessen ist.
- ▶ Arbeiten Sie heraus, auf welchen „Trümmern“ der Sowjetunion Michail Gorbatschow in der Zeichnung steht.
- ▶ Diskutieren Sie die intendierte Wirkung des Plakats mit Deng Xiaoping.

## Kompetenzen

Am Ende dieses Kapitels sollten Sie Folgendes können:

... Hintergründe und Folgen des weltpolitischen Engagements der USA seit 1945 herausarbeiten.

... den Wandel der US-Außenpolitik nach 2000 bewerten.

... die stalinistische Diktatur charakterisieren und die Entwicklung der Sowjetunion skizzieren.

... die Transformation der Sowjetunion bzw. Russlands seit den 1980er-Jahren beschreiben.

... die Folgen der sowjetischen bzw. russischen Transformation für Frieden und Sicherheit in Europa diskutieren.

... die maoistische Diktatur sowie die Entwicklung Chinas zu einer Weltmacht charakterisieren.

... das globale Handeln Chinas, Russlands und der USA sowie ihre Außenpolitik vergleichen.

... das weltpolitische Agieren Chinas, Russlands und der USA im Rahmen der UNO diskutieren.

## Leitfaden für den Weg durch das Kapitel

Nach dem Ende des **Zweiten Weltkrieges** und dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition entwickelte sich in den folgenden Jahren eine bipolare Weltordnung. Zwei Machtblöcke mit gegensätzlichen Ideologien rangen um weltpolitischen Einfluss. Die USA standen an der Spitze des „westlichen“ Bündnisses. Die zweite Supermacht, die UdSSR, führte die sozialistische Staatenwelt an. Zunächst erkannte auch die 1949 von Mao Zedong gegründete Volksrepublik China ihren Führungsanspruch an. Doch es sollte im Verlauf der 1950er-Jahre zu einem Zerwürfnis zwischen den beiden Staaten kommen.

China, das im 19. Jahrhundert unter dem Einfluss imperialistischer Mächte litt und seit den 1920er-Jahren von einem Bürgerkrieg sowie der darauffolgenden japanischen Besatzung geschwächt wurde, blieb auch während der maoistischen Diktatur wirtschaftlich rückständig. Erst unter Maos Nachfolgern begann das Land seinen wirtschaftlichen Aufstieg, wodurch das politische und militärische Gewicht des lange Zeit bevölkerungsreichsten Staates der Erde wuchs. Die Leitfragen zu diesem Kapitel lauten:

- ▶ Wie haben sich die USA, Russland und China im 20. und 21. Jahrhundert jeweils zu global einflussreichen Mächten entwickelt?
- ▶ Wie agieren die drei Akteure vor dem historischen Hintergrund weltpolitisch und welche Ziele und Einflussmöglichkeiten haben die drei Mächte nach dem Ende des **Kalten Krieges** dabei?

Erläutern Sie, wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg weltpolitisch agierten, **und bewerten Sie ihre strategische Neuausrichtung nach 2000 (eA)**:

- ▶ Welche Konzepte und Ziele waren die Grundlage für das außenpolitische Engagement der USA?
- ▶ Wie agierten bzw. reagierten die USA bei der Konfrontation mit dem ideologischen Gegner im Kalten Krieg?
- ▶ Wodurch manifestierte sich die Führungsmacht der USA im freiheitlich-demokratischen Westen?
- ▶ Welche (langfristigen) Auswirkungen hatte das weltpolitische Engagement der USA?
- ▶ **eA:** Welche weltwirtschaftlichen, geopolitischen und strategischen Aspekte führten zur Neuausrichtung der Außenpolitik nach 2000? Welche Bedeutung hatten dabei die Fortsetzung der NATO-Osterweiterung und die stärkere Fokussierung der USA auf den pazifischen Raum?

Analysieren Sie **die Entwicklung der Sowjetunion seit der Machtübernahme Stalins und** die Transformation der Sowjetunion/Russlands seit den 1980er-Jahren:

- ▶ **eA:** Was kennzeichnete die stalinistische Diktatur?
- ▶ **eA:** Was sind die zentralen Aspekte in der Entwicklung der Sowjetunion zwischen 1945 und 1979?
- ▶ Wie agierte bzw. reagierte die Sowjetunion bei der Konfrontation mit dem ideologischen Gegner im Kalten Krieg?
- ▶ Wodurch manifestierte sich die Rolle der Sowjetunion als Führungsmacht in der sozialistischen Staatenwelt?
- ▶ Wie verlief die Transformation der Sowjetunion bzw. Russlands seit den 1980er-Jahren?
- ▶ Welche Folgen hatte diese Transformation für Frieden und Sicherheit in Europa?

Untersuchen Sie die Entwicklung der Volksrepublik China zur Weltmacht:

- ▶ **eA:** Was kennzeichnete die maoistische Diktatur?
- ▶ Wie verlief die wirtschaftliche Transformation der Volksrepublik China seit den 1970er-Jahren?
- ▶ Worin bestand die außenpolitische Neuorientierung des Landes seit den 1970er-Jahren?
- ▶ Was sind die wesentlichen Aspekte und Kennzeichen für die Entwicklung der Volksrepublik China zu einer Weltmacht?
- ▶ Welche geopolitischen und ökonomischen Interessen verfolgt(e) die Volksrepublik China?

Vergleichen Sie anhand eines (**gA**) bzw. zweier (**eA**) ausgewählter Konflikte das weltpolitische Engagement der drei Großmächte (**gA:** im Rahmen der UNO, **eA:** seit 2000):

- ▶ Wer waren/sind jeweils die Konfliktparteien?
- ▶ Von welchen Motiven ließen/lassen sich die drei Großmächte jeweils leiten?
- ▶ Welche Rolle spielt(e) die UNO?
- ▶ **eA:** Was sind die Gründe für den Konflikt um die Republik Taiwan?

Nun können Sie Motive und Folgen des außenpolitischen Engagements der USA, der Sowjetunion/Russlands und der Volksrepublik China seit 1945 und den dazugehörigen historischen Hintergrund beurteilen. Dadurch haben Sie Orientierung gewonnen, um deren weltpolitisches Handeln auch in der Gegenwart besser einschätzen zu können.



## Vorwissen aktivieren: USA, Russland und China

A

| Jahr | Bilder | Ereignisse                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              |
|------|--------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|      |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
| 1917 |        | Die USA treten in den Ersten Weltkrieg ein, der 1914 begonnen hat. Gründe dafür sind die Verbundenheit mit Großbritannien, die Furcht vor einem Sieg der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn sowie der uneingeschränkte U-Boot-Krieg vonseiten des Deutschen Reiches.                                                                                                                                                                                                                                                                        |
|      |        | Zwei Jahre vor dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen, der den Beginn des Zweiten Weltkrieges bedeutet, entfesselt Japan (das bereits einen Teil Chinas besetzt hält) einen weiteren Krieg gegen den westlichen Nachbarn. Dort verbünden sich die chinesischen Bürgerkriegsparteien – die Anhänger der „Nationalchinesischen Partei“ unter Chiang Kai-shek und die Kommunisten unter Mao Zedong – gegen den Aggressor. Im November feiern, wie auf dem Foto zu sehen ist, die Japaner die Einnahme der strategisch wichtigen Hafenstadt Shanghai. |
| 1941 |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |
|      |        |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |

Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.

A

| Jahr         | Bilder                                                                              | Ereignisse                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |
|--------------|-------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|              |                                                                                     | Auf der Potsdamer Konferenz treffen sich „Die Großen Drei“ (der britische Premierminister Winston S. Churchill, US-Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Diktator Josef Stalin) als Vertreter der Siegermächte (zu denen später auch noch Frankreich erklärt wird), um ein gemeinsames Vorgehen im besetzten Deutschland zu vereinbaren. Bereits hier zeigt sich jedoch der politisch-ideologische Konflikt zwischen der UdSSR und den westlichen Alliierten. |
|              |    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 1961/62      |                                                                                     | Im Oktober 1962 steht die Welt während der Kuba-Krise am Rand eines Atomkrieges. Washington fordert den Abzug sowjetischer atomar bestückbarer Mittelstreckenraketen aus Kuba, durch die sie direkt bedroht werden. Ein Jahr zuvor haben Exilkubaner mit Unterstützung der USA erfolglos versucht, durch eine Militäraction die kommunistische Regierung Kubas unter Fidel Castro zu beseitigen.                                                                      |
| 1985–1991    |   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 1989         |  |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |
| 1990er-Jahre |                                                                                     | Zahlreiche Staaten, die ehemals Mitglieder des „Warschauer Paktes“ bzw. Teilrepubliken der Sowjetunion waren, werden Mitglieder der NATO sowie im Rahmen der Osterweiterung der EU deren Mitglieder.                                                                                                                                                                                                                                                                  |
|              |  | Bei einem terroristischen Angriff durch die islamistische Terrororganisation al-Qaida werden mithilfe von entführten Flugzeugen das World Trade Center in New York zerstört und das US-Verteidigungsministerium in Washington stark beschädigt. Kurze Zeit später erklären die USA den „Krieg gegen den Terror“.                                                                                                                                                      |



Lösung



A

Jahreszahlen, die in der Tabelle noch fehlen:  
1776 • 1937 •  
1945 • 2001

a

Nach dem Angriff Japans, das mit dem Deutschen Reich und Italien verbündet ist („Achsenmächte“), auf den Militärstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii treten die USA in den Zweiten Weltkrieg ein. Der Abwurf zweier Atombomben durch die USA zwingt Japan am 2. September zur Kapitulation. Dadurch endet auch in Asien der Zweite Weltkrieg.

b

Nach erbittertem Widerstand erobert die sowjetische Rote Armee Berlin. Das (gestellte) Foto, auf dem Soldaten auf dem Reichstag die sowjetische Fahne hissen, wird zum Symbol des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ gegen NS-Deutschland. Im Juni 1941 hatte die deutsche Armee die Sowjetunion überfallen und damit den 1939 geschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt gebrochen. Jedes Jahr am 9. Mai, dem Tag der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches in Berlin-Karlshorst, findet in Moskau eine Militärparade statt.

c

In der „Oktoberrevolution“ übernehmen die Bolschewiki unter Führung von Wladimir Iljitsch Lenin in der Hauptstadt Petrograd (heute St. Petersburg) die Macht, nachdem die Provisorische Regierung u. a. wegen der schlechten Wirtschaftslage und der großen Not den Rückhalt der Bevölkerung verloren hat. Erst in einem jahrelangen Bürgerkrieg können die Kommunisten ihre Herrschaft landesweit durchsetzen.

d

1945 nimmt die UNO als Nachfolgeorganisation des Völkerbundes ihre Arbeit auf. Auf deren Gründung haben sich die USA, die Sowjetunion und Großbritannien bereits 1942 verständigt.

e

Der 1985 zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion bestimmte Michail Gorbatschow leitet eine Politik der Reformen ein (Schlagworte Glasnost und Perestroika). Gorbatschow fördert auch die Verständigung mit der anderen Supermacht USA und trägt so zum Ende des Kalten Krieges bei. Während des Umbruchs im sowjetischen Machtbereich werden in den Staaten der Region die kommunistischen Regime gestürzt. Der Warschauer Pakt und die Sowjetunion zerfallen.

f

Vor allem Studierende demonstrieren am 3. und 4. Juni auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ (Tiananmen) in Peking für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte sowie mehr Demokratie. Das Militär beendet die Proteste gewaltsam. Bis zu 3000 Menschen werden getötet. Etliche Demonstrierende müssen im Anschluss Haftstrafen verbüßen oder werden in Arbeitslager geschickt.

g

Der Zweite Kontinentalkongress, die Vertretung der 13 britischen Kolonien (Gründerstaaten der späteren USA) beschließen mit einer Enthaltung die Loslösung von Großbritannien und unterzeichnen die von Thomas Jefferson verfasste Unabhängigkeitserklärung. In diesem Dokument wird auch die Gültigkeit individueller Menschenrechte festgestellt.

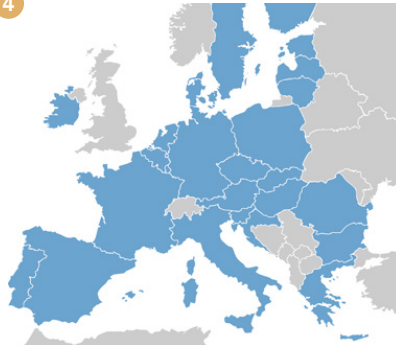
1



2



4



3



1. Ordnen Sie jeweils die Bilder den dazugehörigen Erklärungen und Jahreszahlen zu. Bedenken Sie, dass sich Jahreszahlen auf mehrere Ereignisse beziehen können.



Nehmen Sie im Buch bitte keine Eintragungen vor, sondern lassen Sie sich von der Lehrkraft ggf. Kopien aushändigen.



B

| Verschärfung des Konflikts | Entspannung |
|----------------------------|-------------|
|                            |             |

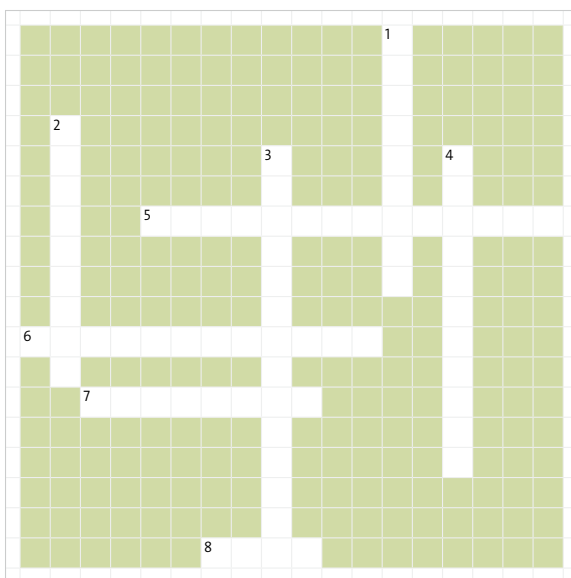
2. Ordnen Sie Ereignisse und Begriffe zum Kalten Krieg nach den Kategorien „Verschärfung des Konflikts“ und „Entspannung“ zu. Erläutern Sie jeweils Ihre Entscheidung und ordnen Sie die Begriffe chronologisch. Recherchieren Sie ggf. zu Begriffen, die Ihnen nicht bekannt sind.



31000-574

Kuba-Krise • Marshall-Plan • Mauerbau • Gründung der NATO • Vietnam-Krieg • KSZE-Schlussakte von Helsinki • SALT-Verhandlungen • NATO-Doppelbeschluss • Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan • Perestroika und Glasnost • Einrichtung des „Heißen Drahts“ zwischen den Supermächten • Korea-Krieg

C



#### Senkrecht

- Bei diesem Konflikt 1961/62 stand die Welt am Rande eines Atomkrieges. (9 Buchstaben)
- Dieser Begriff bezeichnet die Vorherrschaft eines Staates gegenüber anderen Staaten. (9 Buchstaben)
- Wirtschaftsordnung in der Sowjetunion und allgemein in sozialistischen Staaten (14 Buchstaben)
- Kampf für politische Ziele, der unter anderem mit Attentaten auf die Zivilbevölkerung geführt wird, wie etwa der Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 (11 Buchstaben)

#### Waagerecht

- Der Begriff bezeichnet die zunehmende Vernetzung der Welt etwa in den Bereichen Politik, Wirtschaft oder Kultur. (14 Buchstaben)
- Stellvertreterkrieg in Südostasien im Kalten Krieg (12 Buchstaben)
- zentraler Begriff der Reformpolitik Gorbatschows, der übersetzt „Offenheit“ bedeutet (8 Buchstaben)
- Kurzform für das sicherheitspolitische Bündnis unter Führung der USA (4 Buchstaben)

3. Lösen Sie das Kreuzworträtsel.



31000-577



Lösung

## 2.1 Die USA als weltpolitischer Akteur seit 1945



Arbeitsblätter zum  
Stationenlernen finden  
Sie unter diesem Medien-  
code.



Das Arbeitsblatt für die  
Station 4 zum Thema  
„Wandel der US-Au-  
ßenpolitik nach 2000“  
(eA) finden Sie unter  
diesem Mediencode.

### Grundlegende Daten und Begriffe

- ▶ Erster Weltkrieg (1914–1918)
- ▶ Zweiter Weltkrieg (1939–1945)
- ▶ Kalter Krieg
- ▶ Kommunismus
- ▶ Demokratie
- ▶ Menschenrechte
- ▶ NATO
- ▶ UNO
- ▶ Planwirtschaft
- ▶ Hegemonie
- ▶ Kuba-Krise
- ▶ ab 1989/90 Umbruch im Ostblock
- ▶ Anschlag am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York
- ▶ Terrorismus

Der **Kalte Krieg** beeinflusste zwischen dem Ende des **Zweiten Weltkrieges (1939–1945)** und dem **Umbruch im Ostblock ab 1989/90** nahezu alle Staaten der Welt. Er war geprägt von der politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Konfrontation der beiden Supermächte USA und Sowjetunion sowie ihrer Bündnispartner im Ringen um globale **Hegemonie**. Die damit verbundene Konkurrenz zwischen liberaler **Demokratie** bzw. Kapitalismus und **Kommunismus** bzw. **Planwirtschaft** äußerte sich z.B. in propagandistischen und wirtschaftlichen Angriffen, einem Wettrüsten um die fortschrittlichsten und reichweitenstärksten Waffensysteme sowie in militärischen Krisen. Die Konflikte der Supermächte wurden dabei in Stellvertreterkriegen, nicht aber in direkten bewaffneten Auseinandersetzungen ausgetragen. Zudem kannte der Kalte Krieg auch Phasen der Entspannung und Annäherung zwischen den Supermächten.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges waren die USA die einzig verbliebene Supermacht. Eine außenpolitische Zäsur stellte der **Anschlag am 11. September 2001** unter anderem auf das **World Trade Center in New York** dar. Dieser läutete den Kampf der USA gegen **Terrorismus** ein, mit dem die USA insbesondere die Kriege in Afghanistan und im Irak begründeten.

### Lernaufgabe



Setzen Sie sich mit den Hintergründen und Auswirkungen des weltpolitischen Engagements der USA nach 1945 mittels der genannten Leitfragen im Rahmen eines Stationenlernens auseinander: Halten Sie die **Ergebnisse der Stationen** schriftlich fest.

- ▶ Station 1: Welche Ziele verfolgten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg?
- ▶ Station 2: Bearbeiten Sie die Station a) oder b)
  - a) Wie agierten die USA in der Konfrontation mit dem ideologischen Gegner im Kalten Krieg? – das Beispiel der Kuba-Krise
  - b) Wie agierten die USA in der Konfrontation mit dem ideologischen Gegner im Kalten Krieg? – das Beispiel des Vietnam-Krieges
- ▶ Station 3: Was kennzeichnet das weltpolitische Engagement der USA nach dem Ende des Kalten Krieges?
- ▶ **Station 4:** Wie bewerten Sie den Wandel der US-Außenpolitik nach 2000? (eA)

### INFO 1: Der Gegensatz zwischen den USA und der Sowjetunion verschärft sich

Nach dem Sieg über Hitler-Deutschland wurden die Konflikte zwischen den USA und der UdSSR immer deutlicher. Der sowjetische Parteichef Josef Stalin verfolgte das Ziel, das sowjetische Einflussgebiet in Europa durch die Errichtung eines Gürtels von Satellitenstaaten zu erweitern. Auf globaler Ebene unterstützte Stalin kommunistische Umsturzversuche, um die UdSSR zu einer Supermacht auf Augenhöhe mit den USA zu machen. Zugleich sollte die „siegreiche kommunistische Weltrevolution unter Führung der Kommunistischen Partei der UdSSR“ schrittweise verwirklicht werden.

Anders als in der Zeit nach dem **Ersten Weltkrieg (1914–1918)** waren die USA nun bereit, dauerhaft Präsenz in Europa zu zeigen und notfalls einzugreifen. Dies sollte den

- 10 globalen Führungsanspruch der USA untermauern und einen weiteren Weltkrieg verhindern. Bereits 1946 warnte deshalb der stellvertretende US-Botschafter in Moskau, George F. Kennan, vor der aggressiven Ideologie und expansiven Politik der Sowjetunion.

Benjamin Reiter

- Skizzieren Sie die weltpolitische Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und arbeiten Sie Gründe hierfür heraus.



## INFO 2: Strategien der USA im Kalten Krieg

Im März 1947 kündigte der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman eine Politik der Eindämmung (Containment) des sowjetischen Einflusses in Europa und in der Welt an. Im Juni 1947 folgte das nach dem US-Außenminister George Marshall benannte „European Recovery Program“ („Marshall-Plan“). Die USA boten den kriegszerstörten Staaten Europas wirtschaftliche Hilfe beim Wiederaufbau an, wenn diese sich zu **Demokratie**, Pluralismus und marktwirtschaftlicher Produktionsweise bekannten und damit vom sowjetischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell distanzieren.

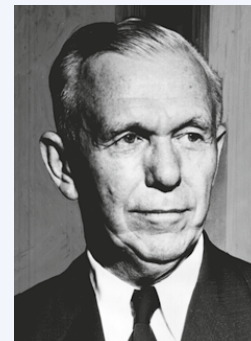
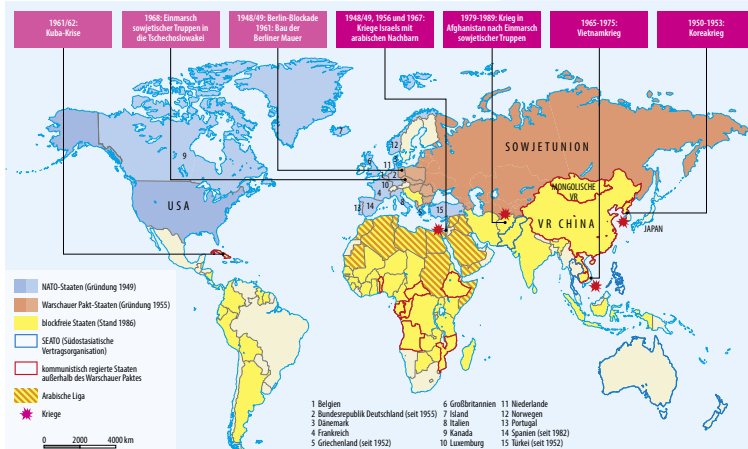
Am 4. April 1949 gründeten zehn europäische Staaten sowie die USA und Kanada die **NATO**, deren Mitglieder sich gegenseitig militärische Unterstützung im Falle eines bewaffneten Angriffs auf ein Mitgliedsland garantieren. Angesichts der Sorge der westeuropäischen Staaten vor der militärischen Übermacht der UdSSR in Europa konnten die USA so ihren Führungsanspruch in Europa festigen.

Zu einem Strategiewechsel der USA kam es, als das kommunistische Nordkorea 1950 mit Billigung der Sowjetunion und mit massiver Militärhilfe der Volksrepublik China das den USA nahestehende Südkorea angriff und damit den Korea-Krieg (1950–1953) auslöste. Auf Basis eines UN-Mandats griffen die USA mit Bodentruppen zur Unterstützung Südkoreas ein. Der Korea-Krieg war deshalb der erste Stellvertreterkrieg und ein erster Praxistest für die in den USA beschlossene Politik des „Rollback“: Der sowjetische Einfluss in der Welt sollte fortan aktiv zurückgedrängt werden. Hierzu wurden etwa antikommunistische Organisationen finanziert oder pro-westliche Putschisten sowie militärische Interventionen in sozialistischen bzw. mit der Sowjetunion verbündeten Staaten unterstützt.

Benjamin Reiter

Benjamin Reiter

1. Erläutern Sie die US-  
außenpolitische Strategie  
des Containment.
2. Beurteilen Sie die Bedeu-  
tung der NATO für die USA



**George Marshall (1880–1959):**  
General im Zweiten Weltkrieg,  
1947–1951 US-Außenminister;  
erhielt 1953 den Friedensnobel-  
preis

## M1 NATO und Warschauer Pakt

- Analysieren Sie die Einfluss-sphäre der USA sowie diejenige ihres ideologischen Gegners.





**John F. Kennedy (1917–1963):**  
US-Präsident seit 1961 (Demokratische Partei); wurde bei einem Attentat in Dallas ermordet



**Fidel Castro (1926–2016):**  
kubanischer Revolutionsführer und kommunistischer Diktator; 1959–2008 kubanischer Regierungs- und 1976–2008 zudem Staatspräsident

## M2 Reichweite der auf Kuba stationierten sowjetischen Atomraketen (links) und der in der Türkei aufgestellten US-Atomraketen

- Arbeiten Sie die strategische Bedeutung der US-Atomraketen in der Türkei heraus.



### INFO 3: Militärische Pattsituation

Am 4. Oktober 1957 sandte die Sowjetunion den ersten künstlichen Satelliten („Sputnik“) in den Weltraum. Der „Sputnik-Schock“ führte der westlichen Öffentlichkeit schlagartig die Fortschritte der Sowjetunion in der Raketentechnik vor Augen. Bald darauf verfügte die Sowjetunion auch über Interkontinentalraketen, die das Territorium der USA erreichen konnten. Die USA hatten damit ihre atomare Überlegenheit verloren. Im Falle eines atomaren Angriffs konnte jeder der beiden Staaten den anderen Staat ebenfalls zerstören (Zweitschlagskapazität).

Nach dem Tod des Diktators Stalin im Jahr 1953 läutete sein Nachfolger Nikita Chruschtschow auf Basis dieser Pattsituation eine Periode des „Taufwettens“ ein und verkündete 1956 die Doktrin der „friedlichen Koexistenz“. Die unterschiedlichen weltanschaulichen Systeme in Ost und West sollten vorerst nebeneinander bestehen. In Reaktion auf Chruschtschows Politik des „Taufwettens“ schlug der 1960 gewählte US-Präsident John F. Kennedy in seiner Antrittsrede im Januar 1961 eine Phase der amerikanischen-sowjetischen Annäherung und Kooperation sowie eine Abkehr vom Wettwettren vor. So sollte der befürchtete Atomkrieg verhindert werden.

Benjamin Reiter 15

- Skizzieren Sie die Folgen des „Sputnik-Schocks“.
- Beurteilen Sie die Bedeutung des „Sputnik-Schocks“ für die USA und deren Umgang mit der Sowjetunion.



### INFO 4: Am Rande des Atomkrieges

Doch nur wenige Monate nach Kennedys Appell zur beidseitigen Annäherung geriet die Welt während der **Kuba-Krise** (16. bis 18. Oktober 1962) an den Rand eines dritten Weltkrieges. Nach einem jahrelangen Guerillakrieg gegen ein von den USA gefördertes korruptes Militärregime hatten die Kommunisten unter der Führung von Fidel Castro 1959 die Macht in Havanna übernommen, die diplomatischen Beziehungen zu den USA abgebrochen und 1960 ein Militärabkommen mit der Sowjetunion geschlossen.

Im April 1961 scheiterte eine von der US-Regierung veranlasste Invasion von Exilkubanern zur Entmachtung Castros. Die USA hatten zudem 1959 in den NATO-Staaten Italien und Türkei Mittelstreckenraketen stationiert, die die UdSSR ohne wesentliche Vorwarnzeit treffen konnten. Hingegen konnte die Sowjetunion das Gebiet der USA nur mit Bombern oder Interkontinentalraketen erreichen, die durch eine ungleich längere Flugdauer Abwehrmaßnahmen zuließen. Der sowjetische Parteichef Chruschtschow wollte daher auf Kuba eine militärische Operationsbasis in der



15 westlichen Hemisphäre schaffen. Dadurch sollte erneut eine Pattsituation hinsichtlich der atomaren Bedrohung entstehen. Zugleich wollte er Kuba als Basis für die Ausbreitung des sowjetischen Einflusses in Lateinamerika nutzen.

1961 begann die UdSSR deshalb, heimlich Atomraketen auf Kuba zu stationieren. Dies wurde indes von den USA bemerkt. Nach mehreren Krisensitzungen ordnete Kennedy  
20 eine Seeblockade an. Außerdem forderte er Chruschtschow zum sofortigen Abzug der Waffen auf. Ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion schien inzwischen immer wahrscheinlicher. In einem geheimen Briefwechsel lenkten jedoch beide Staatshäupter Ende Oktober 1962 schließlich ein. Chruschtschow befahl den Rücktransport der Mittelstreckenraketen, während Kennedy auf alle Invasionspläne gegen Kuba verzichtete und die US-Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzog.

Benjamin Reiter

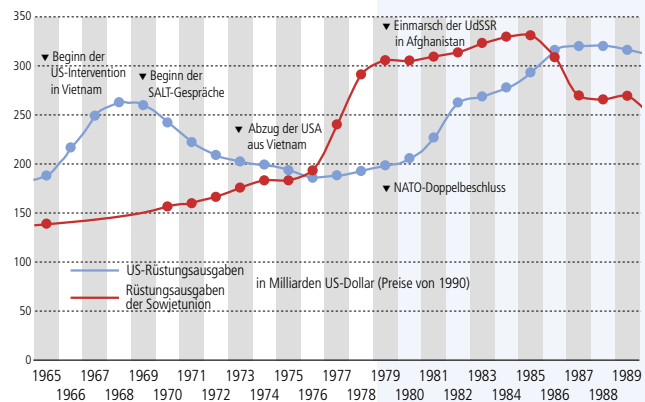
1. Stellen Sie die Kuba-Krise in einem Schaubild dar.
2. Geben Sie den Kompromiss zwischen den USA und der UdSSR wieder und bewerten Sie, ob eine der Großmächte als Gewinnerin aus der Kuba-Krise hervorging.



### INFO 5: Desaster in Vietnam

Im globalen Ringen um Einflusszonen setzten die USA ab 1964 offen Militär im seit 1955 anhaltenden Vietnam-Krieg ein, um das autoritär regierte Südvietnam gegen die kommunistischen Guerillatruppen (Vietcong) sowie gegen das kommunistische Nordvietnam zu verteidigen, das von der UdSSR und von der Volksrepublik China unterstützt wurde. So sollte eine Ausbreitung des **Kommunismus** in Südostasien („Domino-Theorie“) verhindert werden. Doch obwohl die US-Armee chemische Kampfstoffe einsetzte, das Land flächendeckend bombardierte und über 500 000 Soldaten entsandte, gewannen sie nicht die Oberhand. Unter dem Eindruck der Leiden der vietnamesischen Zivilbevölkerung plädierten immer mehr Verbündete der USA für einen Abzug der US-Truppen aus Vietnam und es organisierte sich eine breite Friedensbewegung gegen den Einsatz des US-Militärs. 1973 zogen sich die USA schließlich aus dem aussichtslosen Krieg zurück.  
20 Bis 1975 gelang es Nordvietnam, Südvietnam zu erobern. Der offene Militäreinsatz der USA als Mittel im Kalten Krieg war damit gescheitert.

Benjamin Reiter



### M3 Ausgaben der Supermächte für militärische Zwecke

Angaben in Mrd. Dollar (in Preisen von 1990)

- Analysieren Sie die Rüstungsausgaben der USA.



1. Erläutern Sie die „Domino-Theorie“, die entscheidend für die Intervention der USA in Vietnam war.
2. Erklären Sie, warum der Vietnam-Krieg für die USA zu einem Desaster geriet.



### INFO 6: Politik der Entspannung

US-Präsident Richard Nixon hatte die Wahlen 1968 mit dem Versprechen gewonnen, das US-Engagement im Vietnam-Krieg zu verringern. Notwendig hierfür erschien ihm ein Abbau der Spannungen mit der UdSSR und der Volksrepublik China. 1969 wurden aus diesem Grunde Abrüstungsgespräche mit der UdSSR aufgenommen.

men, die 1972 und 1979 zu den SALT-I- und SALT-II-Abkommen zur Reduzierung der 5  
atomar bestückten Interkontinentalraketen führten. Seit 1973 tagte zudem die  
„Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Diese führte  
1975 zur „Schlussakte von Helsinki“, die von den USA, Kanada und allen europäi-  
schen Ländern außer Albanien unterzeichnet wurde. Darin verpflichteten sich die  
Staaten, ihre Beziehungen auf friedlicher Basis unter Verzicht auf Gewaltandrohung 10  
und im Rahmen der gegebenen Grenzen zu lösen. Für die Sowjetunion bedeutete  
dies, dass durch die damit verbundene Anerkennung der aktuellen Grenzen in Eu-  
ropa die sowjetische Machtposition in Europa gesichert war. Im Gegenzug erklärten  
sich die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten (formal) bereit, die Menschenrechte  
zu achten und insbesondere Meinungsfreiheit zu gewähren. In den Folgejahren 15  
führte das zur Gründung von Bürgerrechtsgruppen im sowjetischen Machtbereich,  
die sich auf die Prinzipien von Helsinki beriefen. Dies schützte sie indes nicht vor  
staatlicher Verfolgung.

Benjamin Reiter

1. Erläutern Sie die Folgen des Vietnam-Krieges für die US-amerikanische Außenpolitik. Wie veränderten sich Ziele und Strategien der Weltmacht?
2. Erklären Sie, warum sich die Vertreter der beiden Machtblöcke auf die „Schlussakte von Helsinki“ geeinigt haben.



32073-612

#### INFO 7: Neue Politik der Stärke

Die UdSSR stationierte jedoch trotz der Entspannungspolitik seit Ende der 1970er-Jahre neue Mittelstreckenraketen in Europa. 1979 marschierten zudem sowjetische Truppen in Afghanistan ein, um gegen islamistische Fundamentalisten innerhalb und außerhalb der UdSSR vorzugehen. Die USA sahen darin ein Ende der Entspannungspolitik und antworteten mit einer Reihe von Wirtschaftssanktionen und dem 5  
Boikott der Olympischen Spiele in Moskau 1980.

1979 reagierte die NATO zudem mit dem „NATO-Doppelbeschluss“. Darin war bestimmt, dass die NATO als Antwort auf die Sowjetunion ihrerseits Mittelstreckenraketen in Europa stationieren würde (Nachrüstung), falls die Sowjetunion nicht bereit wäre, über den Abbau ihrer Mittelstreckenraketen zu verhandeln. 10

Da die Verhandlungen 1983 scheiterten, stationierten die USA daraufhin Mittelstreckenraketen sowie Marschflugkörper in Europa – ein neues Tief der Ost-West-Beziehungen („Zweiter Kalter Krieg“). Dies entsprach der Doppelstrategie einer „Politik der Stärke und des Dialogs“ des 1980 gewählten US-Präsidenten Ronald Reagan. Zu ihr gehörten ein massives Rüstungsprogramm und die Planung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum (SDI) ebenso wie Interventionen in einer Reihe von Staaten, um dort die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern und die UdSSR an den Verhandlungstisch zu zwingen. In Afghanistan etwa stattete Washington die islamistischen Taliban für ihren Kampf gegen die Sowjetunion mit Waffen und Geld aus. 15

Die wirtschaftlich schwache UdSSR konnte das Wettüben mit den USA indes nicht durchhalten. Der neue starke Mann, Michail Gorbatschow, gab schließlich nach, auch angesichts einer im sowjetischen Machtbereich anwachsenden Friedensbewegung. 1987 verpflichteten sich die UdSSR und die USA darauf, alle atomaren Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper abzurüsten. Bis 1989 zog die UdSSR zudem ihre Truppen aus Afghanistan ab. Mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 25  
endete schließlich der Kalte Krieg, der die Welt seit 1945 geprägt hatte. Benjamin Reiter



**Ronald Reagan (1911–2004):**  
konservativer US-Politiker (Republikaner), 1967–1974 Gouverneur von Kalifornien und 1981–1989 Präsident der USA



1. Erklären Sie die US-Doppelstrategie der Abschreckung und Verhandlung bzw. der „Politik der Stärke und des Dialogs“ und bewerten Sie diese.
2. Setzen Sie sich mit möglichen Erwartungen an und Folgen für die USA als einzig verbliebene Supermacht nach 1991 auseinander.



### INFO 8: Die Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg

Nach dem Ende des **Kalten Krieges** waren die USA die einzig verbliebene globale Supermacht. US-Präsident George H. W. Bush proklamierte am 11. September 1990 vor dem Kongress sogar eine „Neue Weltordnung“, die unter US-Führung eine Welt in Frieden und Sicherheit vorsah. Ziel war es, weltweit **Demokratie** und **Menschenrechte** bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen Interessen durchzusetzen. Doch trotz des Endes des Ost-West-Konflikts wurden die USA als „Weltordnungsmacht“ mit unangefochtenem Führungsanspruch von verschiedenen Konflikten herausgefordert. So überfiel etwa der irakische Diktator Saddam Hussein im August 1990 völkerrechtswidrig Kuwait und schnitt die westlichen Industriestaaten von einer ihrer wichtigsten Erdölquellen ab. Auf Grundlage einer UN-Resolution befreiten die USA im Rahmen einer breiten Koalition aus 27 Staaten Anfang 1991 Kuwait von der irakischen Besatzung. Gleichwohl hatte der Konflikt in der Rückschau weitreichende Folgen. Denn der Einsatz von US-Truppen im Nahen Osten stärkte islamistische Gruppierungen wie zum Beispiel al-Qaida unter der Führung von Osama bin Laden.

Benjamin Reiter

- Skizzieren Sie die Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges.



### INFO 9: Der „War on Terror“

Genau elf Jahre nach der Proklamation der „Neuen Weltordnung“ erschütterten die **Anschläge vom 11. September 2001** die USA. US-Präsident George W. Bush rief daraufhin den globalen Krieg der westlichen Welt gegen den **Terrorismus** unter Führung der USA aus. Unterstützt durch eine UN-Resolution, die die Selbstverteidigung der USA legitimierte, und durch die **NATO**, die erstmalig den Bündnisfall erklärte, begannen die USA gemeinsam mit anderen Staaten Anfang Oktober 2001 eine Offensive gegen das in Afghanistan herrschende Regime der Taliban. Dieses hatte al-Qaida und Osama bin Laden unterstützt und Unterschlupf gewährt. Die Taliban konnten zwar in kürzester Zeit gestürzt werden, dennoch gelang es nicht, das Land nachhaltig zu befrieden und ein stabiles politisches System zu etablieren. Als sich die USA und in Folge deren Bündnispartner nach 20 Jahren 2021 überraschend schnell aus Afghanistan zurückzogen, konnten die Taliban wieder unmittelbar die Macht übernehmen. Der Rückzug der USA aus Afghanistan verdeutlicht den veränderten Fokus der US-amerikanischen Außenpolitik, die sich zunehmend auf den Pazifikraum und China als aufstrebende konkurrierende Weltmacht konzentriert.

Von Anfang an beschränkte die US-Regierung den Antiterrorkampf aber nicht auf al-Qaida und Osama bin Laden, der 2011 von einer US-amerikanischen Sondereinheit aufgespürt werden konnte und liquidiert wurde. Bereits 2002 erklärte Präsident George W. Bush den Irak zum „Schurkenstaat“. Saddam Hussein sollte gestürzt und ein demokratischer Staat errichtet werden. Die US-Regierung begründete dies damit, dass Saddam Hussein al-Qaida unterstütze und im Besitz von Massenver-



Ein Video mit der Rede von US-Präsident G. W. Bush vor dem Kongress ist zu finden unter diesem Mediacode.



Dieser Mediacode führt zu Webseiten über den Auftritt des damaligen US-Außenministers Powell, der behauptete, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen.



**George H. W. Bush (1924–2018):**

1989–1993 Präsident der USA (Republikanische Partei). In seine Amtszeit fielen u. a. die deutsche Wiedervereinigung 1990 und der Zerfall der Sowjetunion 1991. Er ist der Vater von George W. Bush.



**George W. Bush (\*1946):**

1995–2000 Gouverneur von Texas, 2001–2009 Präsident der USA (Republikanische Partei). In seine Amtszeit fielen die Terroranschläge des 11. September und die Antiterrorkriege gegen Afghanistan und den Irak.



#### M4 Standbild des Fernsehsenders CNN am 11. September 2001

Mit solchen Einblendungen unterbrachen an diesem Tag um 9:03 Uhr New Yorker Zeit die Fernsehstationen in aller Welt ihre laufenden Programme. CNN meldete, dass zwei Flugzeuge in die Türme des World Trade Centers gestürzt seien. Bilder wie diese machten „Nine eleven“ zum globalen Medienereignis in Echtzeit.

- Diskutieren Sie die Wirkungen solcher Bilder. Unterscheiden Sie dabei zwischen verschiedenen Gruppen von Zusehenden.



nichtungswaffen sei. Vermeintliche Beweise der US-Regierung hierfür stellten sich im Nachhinein als fingiert heraus. Anders als beim Krieg gegen Afghanistan erhielten die USA für ihre „Operation Iraqi Freedom“ nicht die für einen Militärschlag notwendige UN-Resolution. Dennoch griffen sie den Irak Mitte März 2003 mit einer „Koalition der Willigen“ aus 30 Staaten an. Bereits Anfang Mai konnte Bagdad eingenommen und das Regime Saddam Husseins, der zunächst entkommen konnte, gestürzt werden. Doch eine politische Neuordnung des Irak scheiterte. In vielen Teilen des Landes brachen vielmehr bürgerkriegsähnliche Zustände aus, die bis zum Abzug der US-Truppen Ende 2011 nicht in den Griff zu bekommen waren. Der ohne UN-Mandat begonnene Irak-Krieg beschädigte das Ansehen der USA insbesondere in der islamischen Welt massiv, zumal nachdem die systematische Misshandlung vornehmlich islamischer Gefangener durch US-Soldatinnen und -Soldaten bekannt geworden war.

Benjamin Reiter

1. Erläutern Sie, inwiefern 9/11 eine Zäsur in der US-amerikanischen Außenpolitik darstellt.
2. Beurteilen Sie den Erfolg der visionären „Neuen Weltordnung“, die George H. W. Bush 1990 zeichnete.
3. Diskutieren Sie Möglichkeiten und Grenzen der Supermacht USA, den eigenen Werten nach 1991 weltweit Geltung zu verschaffen (INFO 8 und 9).
4. **eA:** Bewerten Sie den Wandel der US-Außenpolitik nach 2000.



## M5 NSC-68

Im April 1950 legt US-Außenminister Dean Acheson Präsident Truman ein geheimes Dossier vor:

19 a. Die Reduzierung der Macht und des Einflusses der UdSSR auf ein Maß, welches keine weitere Bedrohung für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Stabilität der Weltfamilie darstellt.

20. Wir sollten uns darum bemühen, unsere Ziele [...] ohne Krieg zu erreichen. [...]

21. Das Erreichen dieser Ziele erfordert, dass

a. die USA einen Status der militärischen Bereitschaft entwickeln, welcher solange aufrechterhalten werden kann, wie eine Abschreckung gegenüber der sowjetischen Aggression notwendig ist, als unverzichtbare Unterstützung unserer politischen Haltung gegenüber der UdSSR, als eine Quelle der Ermutigung gegenüber Nationen, die sich der sowjetischen politischen Aggression entgegenstellen, und als eine geeignete Basis einer sofortigen militärischen Verantwortung und einer schnellen Mobilisierung im vermeintlichen Kriegsfall.

b. Eine Absicherung der inneren Sicherheit der Vereinigten Staaten gegenüber Gefahren von Sabotage, Subversion und Spionage.

c. Steigerung unseres wirtschaftlichen Potenzials [...]. Die Durchführung eines solchen Aufbaus erfordert jedoch ein Programm der USA, welches über ein bloßes defensives Programm gegenüber der sowjetischen Bedrohung hinausgeht. Dieses Programm muss den Weg zum Frieden und zur Ordnung unter den Nationen in einem System basierend auf Freiheit und Gerechtigkeit aufzeigen [...]. Weiterhin muss es die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen vorsehen, mit denen und hinter deren Schild die freie Welt arbeiten kann, um den Kreml zu schwächen durch die Strategie des Kalten Krieges; denn jede Überlegung der Treue [...] gebietet es, dass wir unsere Ziele durch die Strategie des Kalten Krieges erreichen, indem wir unsere militärische Stärke ausbauen, in der Hoffnung, sie möge nicht zum Einsatz kommen. Der einzig wahre Sieg liegt in der Schwächung des Kremls durch eine ständige Entwicklung der moralischen und materiellen Stärke der freien Welt und ihre Projektion in die sowjetische Welt, damit auf diese Weise ein interner Wandel im sowjetischen System vorantgetrieben werden kann. [...]

Dieses Programm sollte einen Verhandlungsplan mit der Sowjetunion enthalten, der, zusammen mit unseren Alliierten entwickelt und abgestimmt, mit unseren Zielen im Einklang steht. Die Vereinigten Staaten [...] sollten immer darauf vorbereitet sein, mit der Sowjetunion unter Einhaltung unserer Zielsetzungen zu verhandeln. [...] Der ganze Erfolg des vorgeschlagenen Programms

hängt letztlich von der Erkenntnis [...] ab, dass der Kalte Krieg tatsächlich ein wirklicher Krieg ist, in welchem das Überleben der freien Welt auf dem Spiel steht.

Foreign Relations of the United States 1950, Bd. I, Washington 1977, S. 289 ff. (Übersetzung: Dorothee Hartmann-Vincken)



1. Arbeiten Sie die Ziele heraus, die die USA als weltpolitischer Akteur nach dem Zweiten Weltkrieg verfolgten.
2. Ordnen Sie die im Text genannten Maßnahmen in einer Tabelle ein. Nutzen Sie folgende Kategorien: Wirtschaft, Militär, Kultur, Diplomatie. Geben Sie jeweils Belegstellen an.
3. Erklären Sie, warum das Geheimdossier als maßgebliches Grundlagenpapier der Außenpolitik der USA nach 1945 gilt.
4. Bewerten Sie die angestrebten außenpolitischen Ziele.

## M6 Sowjetische Interessen auf Kuba

Die Historikerin Daniela Spenser fasst die Gründe zusammen, die den sowjetischen Regierungschef Nikita Chruschtschow dazu bewogen haben, ab 1961 Nuklearwaffen auf Kuba zu stationieren:

Als Chruschtschow die Entscheidung traf, Nuklearwaffen auf Kuba zu stationieren, hatte er nicht die Absicht, einen Weltkrieg zu entfesseln. In seinen Memoiren schreibt er: „Wir wollten, dass Kuba revolutionär und sozialistisch bleibt, und wir wussten, dass es dazu Hilfe benötigte [...]. Um den Kubanern gegen die Bedrohung durch die US-Amerikaner beizustehen, hatten wir keine andere Möglichkeit, als unsere Raketen auf der Insel zu stationieren, die aggressiven Kräfte der Vereinigten Staaten vor ein Dilemma zu stellen: Wenn ihr in Kuba einmarschiert, müsst ihr mit einem atomaren Angriff auf eure Städte rechnen.“ [...] Chruschtschow glaubte fest an die Überlegenheit der UdSSR über den Westen und den unaufhaltsamen Vormarsch des Kommunismus. Entspannungspolitik zur Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen hielt er zwar für ebenso notwendig wie Aufrüstung, doch vor allem meinte er, dass der Sozialismus auf dem Weg sei, die USA militärisch, politisch und ökonomisch zu überholen [...]. Darüber hinaus handelte Chruschtschow in dem Bewusstsein, dass die UdSSR zu einer nuklearen Supermacht geworden war und damit die USA auf militärischer Ebene offenbar eingeholt hätte. Diese veränderte Realität veranlasste ihn, Revolution, Sozialismus und internationale Beziehungen neu zu durchdenken. Wenn die Drohung mit Nuklearwaffen den USA zur Eindämmung des Kommunismus diene, warum sollte sie dann nicht umgekehrt der Sowjetunion dazu dienen, den US-Imperialismus einzudämmen [...]. Mittels atomarer

- 30 Aufrüstung wollte Chruschtschow erreichen, dass die USA die UdSSR als ebenbürtigen weltpolitischen Gegenspieler anerkannten; der nukleare Gleichstand sollte die Sowjetunion in den Stand versetzen, nationale Befreiungsbewegungen vor Interventionen der USA und
- 35 der europäischen Kolonialmächte zu schützen.

Daniela Spenser, Die Kubakrise 1962 und ihre Folgen für das kubanisch-sowjetische Verhältnis, in: Bernd Greiner, Christian Th. Müller und Dierk Walter (Hrsg.), Krisen im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Bd. 2, Bonn 2009, S. 298 f.

1. Fassen Sie Chruschtschows Position und Motive zusammen und prüfen Sie, inwiefern sich darin grundlegende Merkmale des Kalten Krieges widerspiegeln.
2. Beurteilen Sie die Aussage, dass der nukleare Gleichstand die Sowjetunion in den Stand versetzen sollte, „nationale Befreiungsbewegungen vor Interventionen der USA und der europäischen Kolonialmächte zu schützen“ (Z. 33–35).

### M7 Der Vietnam-Krieg



1. Benennen Sie die direkten und indirekten Kriegsparteien.
2. Begründen Sie anhand der Karte, weshalb es den USA nicht gelang, die nordvietnamesischen Vietcong militärisch zu besiegen.

### M8 Der Vietnam-Krieg ist verloren

US-Präsident Lyndon B. Johnson erklärt am 23. März 1964 in einem privaten Gespräch im Weißen Haus gegenüber dem Journalisten Drew Pearson:

**LBJ:** Ich glaube nicht, dass ich weggehen kann. ... Wenn ich es täte, würden sie Thailand einnehmen. ... Sie würden Burma einnehmen. ... Sie würden Indien einnehmen. ... Sie würden sofort zurückkommen und die Philippinen einnehmen. ... Ich wäre ein weiterer Chamberlain und ... wir hätten ein weiteres München<sup>1</sup>. Die Aggressoren ernähren sich von Blut. ... Ich komme nicht nach Hause! Sie mögen einen anderen Präsidenten bekommen, aber ich werde mich nicht zurückziehen. Die zweite Sache ist die Verhandlung. ... Ich habe in vierzig verschiedenen Reden gesagt, dass ich überall hingehen werde, dass ich alles tun werde ... auf eine ehrenvolle Art und Weise, um den Frieden zu jeder Zeit zu fördern. [...]

„Mao Tse-tung sagt, dass Kaiser Johnson wissen muss, dass er am Konferenztisch nicht gewinnen kann, was er auf dem Schlachtfeld verloren hat.“ Nun, für China ist das ziemlich deutlich.

**Pearson:** Definitiv.

**LBJ:** Sie haben gestern Morgen Russland<sup>2</sup> dafür angeprangert, dass es ... nicht reingekommen ist, um selbst noch mehr Unruhe zu stiften. Also Hanoi – ich habe gerade erst einen Bericht erhalten, in dem steht, dass sie glauben, dass der Süden zusammenbricht. Verhandlungen sind für sie kein Thema ... bis wir uns nach San Francisco zurückziehen. Bis wir abziehen. Bis sie Südvietnam erobert haben. Dann werden sie gerne verhandeln. ... Die dritte Sache ist der Standpunkt von LeMay<sup>3</sup>. Ich kann meine Atomwaffen nehmen, wie Barry [Goldwater<sup>4</sup>] sagt. Ich kann das Laub rechnen und das Gestrüpp lichten, damit ich jeden sehen kann, der die Linie entlang kommt und ich kann Hanoi ausradieren und ich kann Peking ausradieren. ... Aber ich glaube, das würde den Dritten Weltkrieg auslösen. ... Ich hätte sieben-, achthundert Millionen und ich hätte einen Landkrieg in

<sup>1</sup> Anspielung auf das Münchener Abkommen 1938. Der damalige britische Premierminister Neville Chamberlain scheiterte damit, durch seine „Appeasement“-Politik gegenüber Hitler den Frieden zu retten.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Sowjetunion (deren größte Sowjetrepublik Russland ist), die sich entgegen den Wünschen Mao Zedongs nicht mit eigenen Truppen (aufseiten Nordvietnams) am Krieg beteiligt hat.

<sup>3</sup> **Curtis LeMay:** US-amerikanischer General, der auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt großen Einfluss auf strategische und politische Entscheidungen hatte und der die massiven Luftangriffe in Vietnam angeregt hatte

<sup>4</sup> **Barry Goldwater:** US-amerikanischer Politiker der Republikanischen Partei, der als konservativer Hardliner galt

Asien. Ich denke, ich müsste drei- oder vierhunderttausend Mann dorthin schicken.

Am 8. Juni 1965 spricht Johnson im Weißen Haus mit dem Mehrheitsführer im Senat, Mike Mansfield:

**LBJ:** Für mich sieht es so aus, Mike – entweder man geht raus oder man geht rein. ... Die neutralen Sachen haben wir alle probiert. Und wir glauben, dass sie gewinnen. Wenn wir also glauben, dass sie gewinnen, können Sie sich vorstellen, was die glauben.

**Mansfield:** Sie wissen, dass sie gewinnen.

**LBJ:** Und wenn die das wissen, ist klar, dass sie sich nicht bemühen, eine Antwort darauf zu finden. ... Es scheint, als hätten wir alles versucht, was wir können. Ich bin über ein Jahr lang hier geblieben, als sie uns drängten, zu bombardieren, bevor ich über die Linie hinausgehen würde. Ich habe mich von [einer Bombardierung] ihrer Zivilbevölkerung ferngehalten, obwohl sie einen dazu drängen.

**Mansfield:** Ja, aber Hanoi und Haiphong sind sauber, und das schon seit Monaten. Sie zu bombardieren bringt einem nichts. Man schürt nur noch mehr Hass. Man bindet diese Menschen enger aneinander, weil sie das Blut verbindet, egal ob sie aus dem Norden oder dem Süden stammen.

**LBJ:** Ich denke, das stimmt. Ich denke, man hat so gut wie alles gemacht, was man machen kann, außer es zu einem kompletten Krieg des weißen Mannes zu machen.

Zitiert nach: James H. Merrell, Jerald Podair und Andrew Kersten (Hrsg.), *American Conversations. From the Centennial through the Millenium*, Boston 2013, S. 285 und 288 (Übersetzung: Moritz Popp)

- Analysieren Sie die Gründe, warum der US-Präsident Lyndon B. Johnson die Truppen nicht aus Vietnam abzog, und bewerten Sie seine Argumentation.



32073-625

### M9 „Jenseits von Vietnam“

Der Pastor Martin Luther King (1929–1968) ist ein herausragender Sprecher und Aktivist der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Er kämpfte für die Gleichberechtigung von Afroamerikanern und weißen US-Bürgern und für soziale Gerechtigkeit. Für sein Engagement erhält er 1964 den Friedensnobelpreis. Am 4. April 1967 hält Martin Luther King eine vielzitierte Rede zum Vietnam-Krieg: Darin heißt es u. a.:



32073-626

Für die Vietnamesen müssen die Amerikaner seltsame Befreier sein. Nach der französisch-japanischen Besatzung und vor der kommunistischen Revolution in China erklärte das vietnamesische Volk unter der Führung Ho Chi Minhs 1945 seine Unabhängigkeit. In ihrem Freiheitsdokument zitierten die Vietnamesen die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, aber wir lehnten es ab, sie anzuerkennen. Stattdessen beschlossen wir, Frankreich bei der Wiedereroberung seiner früheren Kolonie zu unterstützen. [...]

Der Krieg in Vietnam ist nur ein Symptom einer viel tiefer liegenden Erkrankung des amerikanischen Geistes. [...] Seit zehn Jahren können wir die Entstehung einer neuen Form der Unterdrückung beobachten. Sie soll die Anwesenheit amerikanischer Militär-„Berater“ in Venezuela rechtfertigen. Die konterrevolutionären Aktionen amerikanischer Streitkräfte in Guatemala dienen der Aufrechterhaltung des Status quo zur Sicherung unserer Investitionen. Dem gleichen Ziel dienen amerikanische Hubschrauber gegen die Guerilla in Kolumbien und amerikanisches Napalm<sup>5</sup> [...] gegen Rebellen in Peru. [...] Bald wird eine echte Revolution der Werte den eklatanten Gegensatz von Armut und Reichtum mit großer Unruhe wahrnehmen. Mit gerechter Empörung wird sie nach Übersee blicken und merken, wie Kapitalisten des Westens riesige Geldbeträge in Asien, Afrika und Lateinamerika investieren, nur für den eigenen Profit und ohne jegliches Interesse an sozialem Fortschritt in diesen Ländern, und sie wird ausrufen: „Das ist ungerecht.“ [...]

Es ist eine traurige Tatsache, dass westliche Nationen, die der modernen Welt so viel revolutionären Geist gegeben haben, heute aus Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit, panischer Angst vor dem Kommunismus und der Bereitschaft, sich mit Ungerechtigkeiten zu arrangieren, zu den schärfsten Gegnern der Revolution geworden sind. [...]

Jenseits von Vietnam/Beyond Vietnam, zitiert nach: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/king3.html> (Übersetzung: Doris Pumphrey)

1. Zeigen Sie die Haltung Kings zu den militärischen Interventionen der USA in Vietnam auf.
2. Arbeiten Sie heraus, wie King das Verhältnis von westlichem Denken und Handeln und den Ländern im globalen Süden (Lateinamerika, Afrika, Südasien) beurteilt.
3. Beurteilen Sie die Wirkung des Vietnam-Krieges auf die US-amerikanische Gesellschaft.

<sup>5</sup> **Napalm:** Gemisch von Aluminiumsalzen, das in Verbindung mit Benzin für Brandbomben benutzt wurde



32073-627

### M10 Ronald Reagan und die Politik der Stärke

US-Präsident Ronald Reagan rechtfertigt im Januar 1984 seine Politik in einer Fernsehansprache:

Die Geschichte lehrt uns, dass Kriege beginnen, wenn Regierungen glauben, dass der Preis einer Aggression niedrig ist. Um den Frieden zu erhalten, müssen wir und unsere Verbündeten stark genug sein, jeden potenziellen Aggressor überzeugen zu können, dass Krieg keinen Vorteil, sondern nur die Katastrophe bringen würde. [...]

Die Abschreckung ist von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung des Friedens und den Schutz unserer Lebensform, aber die Abschreckung ist nicht Anfang und Ende unserer Politik gegenüber der Sowjetunion. Wir müssen und werden die Sowjets in einen Dialog einbinden, der so ernsthaft und konstruktiv wie möglich ist und der der Förderung des Friedens in den Unruhegebieten der Welt dienen, den Stand der Rüstungen verringern und ein konstruktives Arbeitsverhältnis schaffen wird. [...] Stärke und Dialog gehen Hand in Hand.

Zitiert nach: Europa-Archiv, 39. Jahrgang (1984), S. D 109 ff.

1. Arbeiten Sie Reagans Haltung zu einem erneuten Wettstreit zwischen den Supermächten heraus.
2. Reagan fordert einen Dialog mit der Sowjetunion. Beurteilen Sie am Text, inwiefern es sich dabei um einen partnerschaftlichen Dialog auf Augenhöhe handeln sollte.
3. Vergleichen Sie in Tandems Reagans außenpolitische Strategie der „Politik der Stärke und des Dialogs“ mit der Strategie des Containments (INFO 2), des Rollbacks (M5) sowie der Domino-Theorie (M8). Zeigen Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Umgang mit der Sowjetunion und der Haltung gegenüber kommunistischer Ideologie auf.



32073-630

### M11 Zwei Reden zum 11. September 2001

#### a) In einer Rede an die Nation sagt US-Präsident George W. Bush am 7. Oktober 2001:

Auf meinen Befehl hin hat das Militär der Vereinigten Staaten mit Angriffen auf Ausbildungslager der al-Qaida-Terroristen und militärische Einrichtungen des Taliban-Regimes in Afghanistan begonnen.

Diese gezielten Aktionen sollen die Nutzung Afghanistans als Operationsbasis für Terroristen unterbinden und die militärischen Fähigkeiten des Taliban-Regimes angreifen.

Bei dieser Operation werden wir von unserem treuen Freund, Großbritannien, unterstützt. Andere enge

Freunde, darunter Kanada, Australien, Deutschland und Frankreich, haben für den weiteren Verlauf der Operation ihre Truppen zugesagt.

Mehr als 40 Länder im Nahen Osten, in Afrika, Europa und Asien haben Überflug- oder Landrechte gewährt. Viele weitere haben Geheimdienstinformationen zur Verfügung gestellt. Wir werden durch den kollektiven Willen der Welt unterstützt.

Vor mehr als zwei Wochen habe ich den Taliban-Führern eine Reihe klarer und konkreter Forderungen gestellt: Schließt die Ausbildungslager für Terroristen, übergibt die Anführer des al-Qaida-Netzwerks und gebt alle ausländischen Staatsangehörigen, einschließlich amerikanischer Staatsbürger, zurück, die zu Unrecht in eurem Land festgehalten werden. Keiner dieser Forderungen wurde entsprochen. Und jetzt werden die Taliban einen Preis dafür bezahlen.

[...]

Gleichzeitig wird das unterdrückte Volk Afghanistans die Großzügigkeit Amerikas und unserer Verbündeten kennenlernen. Während wir militärische Ziele angreifen, werden wir auch Lebensmittel, Medikamente und Vorräte für die hungernden und leidenden Männer, Frauen und Kinder in Afghanistan abwerfen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein Freund des afghanischen Volkes. Und wir sind die Freunde von fast einer Milliarde Menschen weltweit, die den islamischen Glauben praktizieren.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind ein Feind derjenigen, die Terroristen unterstützen, und der barbarischen Verbrecher, die eine große Religion entheiligen, indem sie in ihrem Namen morden.

Diese Militäraktion ist Teil unserer Kampagne gegen den Terrorismus, eine weitere Front in einem Krieg, der bereits mittels Diplomatie, Geheimdiensten, dem Einfrieren von Finanzvermögen und der Verhaftung bekannter Terroristen durch Strafverfolgungsbehörden in 38 Ländern ausgefochten wird. [...]

In diesem Konflikt gibt es keinen neutralen Boden. Falls irgendeine Regierung die Gesetzlosen und Mörder von Unschuldigen unterstützt, ist sie selbst zum Gesetzlosen und Mörder geworden. [...]

Ein Oberbefehlshaber schickt Amerikas Söhne und Töchter nur nach größter Sorgfalt und viel Gebet in eine Schlacht in einem fremden Land. Wir verlangen viel von denen, die unsere Uniform tragen. Wir bitten sie, ihre Angehörigen zu verlassen, große Entfernungen zurückzulegen, Verletzungen zu riskieren und sogar bereit zu sein, das ultimative Opfer ihres Lebens zu bringen. Sie sind engagiert, sie sind ehrenhaft, sie repräsentieren das Beste unseres Landes. Und wir sind dankbar. [...]



Seit dem 11. September hat eine ganze Generation junger Amerikaner ein neues Verständnis für den Wert der Freiheit und ihren Preis in Form von Pflichten und Opfern gewonnen.  
 [...] Frieden und Freiheit werden siegen. Ich danke Ihnen. Möge Gott Amerika weiterhin segnen.

George W. Bush, Address to the Nation, October 7, 2001, New York Times, Monday, October 8, 2001, p. B6 (Übersetzung: Moritz Popp)

**b) Am selben Tag lässt der Anführer von al-Qaida, Osama bin Laden, eine Videobotschaft mit folgendem Inhalt veröffentlichen:**

Hier ist Amerika von Gott, dem Allmächtigen, in einem seiner lebenswichtigen Organe getroffen worden, so dass seine größten Gebäude zerstört sind. Gnade und Dankbarkeit für Gott. Amerika ist vom Norden bis zum Süden und vom Osten bis zum Westen mit Schrecken erfüllt worden, und Gott sei Dank. Was Amerika jetzt zu schmecken bekommt, ist nur eine Kopie dessen, was wir geschmeckt haben.

Unsere islamische Nation kennt seit mehr als 80 Jahren den gleichen Geschmack von Demütigung und Schande, getöteten Söhnen und ihrem vergossenen Blut, entweihten Heiligtümern.

Gott hat eine Gruppe von muslimischen Vorreitern, die Speerspitze des Islam, damit gesegnet, Amerika zu zerstören. Möge Gott sie segnen und ihnen einen erhabenen Platz im Himmel zuweisen [...]. Als diese ihre schwachen Kinder, ihre Brüder und Schwestern in Palästina und anderen muslimischen Nationen verteidigten, geriet die ganze Welt in Aufruhr, die Ungläubigen gefolgt von den Heuchlern.

Eine Million unschuldiger Kinder sterben in diesem Augenblick<sup>1</sup>, während wir hier sprechen, getötet im Irak, ohne jede Schuld. Wir hören keine Anprangerung, wir hören kein Edikt von den Erbherrschern. In diesen Tagen wüten israelische Panzer in Palästina, in Ramallah, Rafah und Beit Jala und in vielen anderen Teilen des Hauses des Islam [dar al-Islam], und wir hören niemanden, der seine Stimme erhebt oder reagiert. Aber als das Schwert nach 80 Jahren auf Amerika niederging, reckte die Heuchelei ihr Haupt empor und beklagte jene Mörder, die mit dem Blut, der Ehre und den Heiligtümern der Muslime spielten.

Ich sage ihnen, dass diese Ereignisse die Welt in zwei Lager gespalten haben, in das Lager der Gläubigen und das

Lager der Ungläubigen. Möge Gott uns und euch vor ihnen beschützen.

Jeder Muslim muss sich erheben, um seine Religion zu verteidigen. Der Wind des Glaubens weht, und der Wind der Veränderung weht, um das Böse von der Halbinsel Muhammads, Friede sei mit ihm, zu entfernen.

Was Amerika betrifft, so sage ich ihm und seinem Volk ein paar Worte: Ich schwöre bei Gott, dass Amerika nicht in Frieden leben wird, bevor nicht in Palästina Frieden herrscht und bevor nicht das ganze Heer der Ungläubigen das Land Muhammads, Friede sei mit ihm, verlässt.

Gott ist der Größte, Ruhm sei dem Islam.

Osama bin Laden, Videotaped Address, October 7, 2001, New York Times, Monday, October 8, 2001, p. B7 (Übersetzung: Moritz Popp)

1. Analysieren Sie Begründung und Ziele des Krieges der USA in Afghanistan.
2. Vergleichen Sie die Rede Bushs mit der Videobotschaft Osama bin Ladens und bewerten Sie Letztere.
3. Recherchieren Sie den Verlauf des Afghanistan-Krieges in groben Zügen und beurteilen Sie ausgehend von Ihren bisherigen Ergebnissen das Agieren der USA.



## M12 „Mission accomplished“

Foto vom 1. Mai 2003.

Es zeigt US-Präsident George W. Bush, als er auf einem Flugzeugträger den Sturz Saddam Husseins verkündet.



1. Analysieren und interpretieren Sie die Bildquelle.
2. Beurteilen Sie die Aussage „Mission accomplished“ unter Einbeziehung von INFO 9.



<sup>1</sup> Bin Laden spielt auf die (unwahre) Behauptung an, Kinder im Irak würden von den USA direkt oder indirekt durch die Wirtschaftssanktionen gegen den Irak getötet werden.

## 2.2 Die Sowjetunion als weltpolitischer Akteur nach 1945 (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes.



## 2.3 Die Transformation der Sowjetunion bzw. Russlands seit den 1980er-Jahren

Mitte der 1980er-Jahre verschlechterte sich die Wirtschaftslage der Sowjetunion dramatisch. Der 1985 zum Generalsekretär der KPdSU<sup>1</sup> ernannte Michail Gorbatschow sah sich daher gezwungen, Reformen durchzuführen. Um das politische System in der UdSSR zu retten, setzte er einen Transformationsprozess in Gang, in dessen Verlauf sich die UdSSR und der gesamte sowjetische Machtbereich grundlegend veränderten. Wie gestaltete sich dieser Transformationsprozess der Sowjetunion bzw. Russlands seit den 1980er-Jahren? Welche Folgen hatte dieser für Frieden und Sicherheit in Europa?

### Grundlegende Daten und Begriffe

- Planwirtschaft
- 1989/90 Umbruch im Ostblock
- NATO
- EU-Osterweiterung
- Terrorismus
- 11. September 2001 Anschlag auf das World Trade Center in New York
- Hegemonie
- UNO
- Menschenrechte
- Demokratie



Eine Vorlage für ein Placemat finden Sie unter diesem Mediencode.

### Lernaufgabe

Setzen Sie sich mit den oben genannten Leitfragen auseinander, indem Sie ...

- a) ... mithilfe der folgenden Arbeitsaufträge zentrale Stationen der Transformation der Sowjetunion bzw. Russlands seit den 1980er-Jahren beschreiben. Verfassen Sie auf Basis Ihrer Ergebnisse einen **Online-Lexikonartikel** hierzu.
  1. Erläutern Sie den Begriff der Transformation (**M6**).
  2. Untersuchen Sie den Umbruch im Ostblock sowie dessen Ursachen und Folgen (**M7, M10, M2, M11**).
  3. Analysieren Sie, wie sich Russland unter Jelzin und Putin innenpolitisch entwickelte, und erklären Sie, warum eine Demokratisierung Russlands scheiterte (**M12–M14**).
  4. Fassen Sie den neuen außenpolitischen Kurs Russlands spätestens ab Putins dritter Präsidentschaft zusammen und bewerten Sie diesen (**M15, M16**).
- b) ... ausgehend von Ihren Ergebnissen aus a) mittels eines **Placemats** Folgen des Transformationsprozesses für Frieden und Sicherheit in Europa diskutieren.



### M1 Einmarsch in Afghanistan

Karikatur von Horst Haitzinger, 1980.

Die Zeichnung entstand nach dem Einmarsch von sowjetischen Truppen in Afghanistan, mit dem die Sowjetunion die kommunistische Regierung gegen islamistische Guerillatruppen unterstützen wollte.

Die Bildunterschrift lautet: „Bist du sicher, Leonid, dass wir uns nicht verfahren haben?“ Mit Leonid ist Leonid Breschnew gemeint, Generalsekretär der KPdSU von 1966 bis 1982.

- Arbeiten Sie anhand des historischen Vergleichs, die der Karikaturist aufmacht, die Aussageabsicht der Karikatur zum Afghanistan-Krieg heraus.



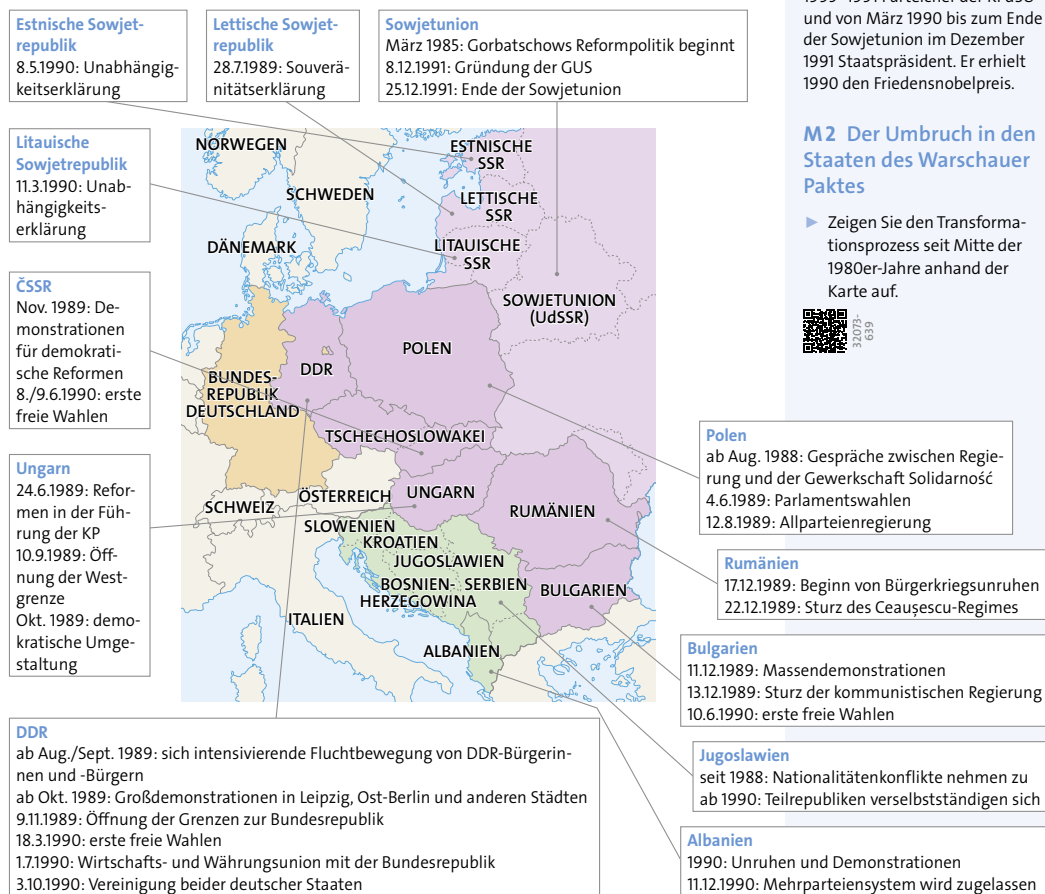
<sup>1</sup> KPdSU: Abkürzung für Kommunistische Partei der Sowjetunion



**INFO 1: Glasnost, Perestroika und krisenhafte Transformation**

Unter den Schlagworten „Offenheit“ (Glasnost) und „Umgestaltung“ (Perestroika) liberalisierte Gorbatschow seit 1985 die zentralisierte **Planwirtschaft** und gestattete freie und geheime Wahlen sowie Meinungsfreiheit. Seine Aussage, dass die sozialistischen Staaten im Einflussbereich der Sowjetunion eigenständige Wege gehen könnten, führte **1989/90 zum Umbruch im „Ostblock“**. Nicht nur die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes, sondern auch eine ganze Reihe von Sowjetrepubliken erklärten sukzessive ihre Unabhängigkeit. Nicht nur der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, sondern auch die UdSSR lösten sich auf: Am 21. Dezember 1991 gründeten die nunmehr formal unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Russland als bedeutendstes Mitglied der GUS übernahm deren Sitz in der **UNO**. Fünf Tage später trat Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurück. Die USA verblieben damit als einzige Supermacht.

In Russland zielte der im Juni 1991 gewählte Präsident Boris Jelzin innenpolitisch auf die völlige Abschaffung des kommunistischen Systems. Die von ihm gewählte radikale „Schock-Therapie“ führte jedoch zum Zusammenbruch der russischen Wirt-



**Michail Sergejewitsch Gorbatschow (1931–2022):**  
1995–1991 Parteichef der KPdSU und von März 1990 bis zum Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 Staatspräsident. Er erhielt 1990 den Friedensnobelpreis.

**M2 Der Umbruch in den Staaten des Warschauer Paktes**

► Zeigen Sie den Transformationsprozess seit Mitte der 1980er-Jahre anhand der Karte auf.





**Boris Nikolajewitsch Jelzin**  
(1931–2007):

russischer Politiker, 1961–1990 Mitglied der KPdSU, 1961–1988 verschiedene Ämter in Partei-gremien, Präsident des Obersten Sowjet in Russland, 1991–2000 Präsident Russlands

### M3 Boris Jelzin und Bill Clinton

Foto vom 23. Oktober 1995. Jelzin und Clinton haben sich während ihrer Amtszeiten so oft getroffen wie kein anderer Politiker an der Spitze ihrer Länder zuvor und danach. Zu der Zeit war die Hoffnung auf dauerhaft gute Beziehungen zwischen „dem Westen“ und Russland weit verbreitet.

Das Foto entstand in Washington im Zuge eines Treffens, in dem sich die beiden Staatsoberhäupter hinsichtlich einer Friedens-truppe für Bosnien-Herzegowina einigten. In einer Pressekonferenz sagte Jelzin zu Clinton: „Wir sind Freunde.“

- ▶ Diskutieren Sie, wie gute persönliche Beziehungen zwischen Staatsmännern bzw. -frauen das Verhältnis zwischen Staaten dauerhaft verändern können.



schaft. Erst als ab 2000 der Ölpreis wieder deutlich anstieg, konnte sich die russische Wirtschaft durch entsprechende Exporte stabilisieren. Armut, Korruption und das organisierte Verbrechen waren jedoch weit verbreitet. Bei der Privatisierung der Wirtschafts- und Medienbetriebe sicherte sich vor allem die ehemalige sowjetische Elite einen Großteil der Anteile. Diese Oligarchen (Oligarchie = Herrschaft der Wenigen) unterstützten durch ihre Markt- und Medienmacht Jelzin bei Wahlen, der ihnen wiederum den günstigen Verkauf weiterer Staatsbetriebe zusicherte.

Viele Bürgerinnen und Bürger führten die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen hingegen auf den Verlust des russischen Status als Supermacht zurück. Kommunistische und ultranationalistische Parteien und Politiker fanden bei den Parlamentswahlen 1993 und bei der Präsidentschaftswahl 1996 breite Zustimmung: Sie forderten die Wiederherstellung eines Imperiums durch die Rückkehr zur alten Sowjetunion bzw. durch die Neuerrichtung des Russischen Reiches.

Benjamin Reiter

1. Arbeiten Sie den Zusammenhang zwischen Glasnost, Perestroika und dem Umbruch im Ostblock heraus.
2. Erläutern Sie, warum die Transformation in Russland als „krisenhaft“ bezeichnet wird.



### INFO 2: Zwischen Partnerschaft und Entfremdung

Außenpolitisch ging es Jelzin darum, Russlands Sicherheit, seine Ordnungsrolle auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie seinen Status als Großmacht zu wahren. Deshalb ging Russland ab 1991 eine „strategische Partnerschaft“ mit den USA und der NATO ein. Der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR) setzte sich die Kooperation in sicherheits- und militärpolitischen Fragen zum Ziel, während die 1994 geschaffene „Partnerschaft für den Frieden“ Staaten des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs ermöglichen sollte, sich der NATO anzunähern. Auch Russland war hieran beteiligt. Die Europäische Union schloss 1994 mit Russland das „Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit“, das den gemeinsamen Handel und den Austausch (etwa in den Bereichen Bildung und Forschung) förderte und die Demokratisierung Russlands und die Einhaltung der Menschenrechte im Land unterstützen sollte.



Als Russland 1994 in die seit 1991 faktisch unabhängige Teilrepublik Tschetschenien einmarschierte, bemühten sich die Staaten Mittelosteuropas um eine NATO-Mitgliedschaft, um sich vor einer eventuellen Invasion Russlands zu schützen. Russland hingegen kritisierte diese „NATO-Osterweiterung“ scharf.

Russland seinerseits vertiefte die Beziehungen zu antidemokratischen Regimen (z. B. Irak, Iran, Libyen) und verstärkte die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Indien und China, um sich als Großmacht zu präsentieren und um ein multipolares Mächtesystem anstelle der Dominanz der einzig verbliebenen Supermacht USA zu etablieren.

Dennoch bekräftigte die 1997 beschlossene NATO-Russland-Grundakte die Zusammenarbeit zwischen NATO und Russland in Fragen der äußeren Sicherheit. Zudem wurde Russland als achttes Mitglied in die Gruppe der führenden Industrieländer (bis dato G7) aufgenommen.

Erneut belastet wurde das Verhältnis zum „Westen“ aber durch den Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges (1999–2009). Umgekehrt bezeichnete Jelzin das Eingreifen der NATO 1999 im Kosovo-Krieg als „offene Aggression“: Die NATO bombardierte das mit Russland verbündete Serbien, um Menschenrechtsverletzungen durch Serbien zu verhindern. Russland hatte zuvor mittels Veto verhindert, dass dieser Einsatz unter UN-Mandat stattfinden konnte.

Benjamin Reiter

1. Arbeiten Sie Ziele der russischen Außenpolitik der 1990er-Jahre heraus und bewerten Sie diese.
2. Stellen Sie Stationen der Annäherung und der Entfremdung zwischen Russland und dem „Westen“ und insbesondere Europa tabellarisch gegenüber.



### INFO 3: Russland seit 2000

Nach dem krankheitsbedingten Rücktritt Boris Jelzins im Dezember 1999 übernahm der kurz zuvor zum Ministerpräsidenten ernannte Wladimir Putin die Amtsgeschäfte. In der Präsidentschaftswahl von 2000 gewann der von den Oligarchen geförderte Putin die absolute Mehrheit und hat seitdem die politische Macht in Russ-



**Wladimir Putin (\*1952):**

1975–1990 Mitarbeiter im sowjetischen Inlands- und Auslandsgeheimdienst (KGB). 1999 wurde er zum Ministerpräsidenten ernannt und übernahm noch zum Jahresende die Amtsgeschäfte des Präsidenten. Seit 2000 ist Putin Präsident der Russländischen Föderation. Zwischen 2008 und 2012 war Putin formal Ministerpräsident, übte aber die Kompetenzen der Präsidentschaft aus. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 kritisierte Wladimir Putin die unipolare Weltordnung unter Führung der USA als gefährlich und undemokratisch und warf dem Westen vor, durch die NATO-Osterweiterung Sicherheitsinteressen Russlands zu missachten. Er forderte stattdessen eine multipolare Weltordnung, in der internationale Beziehungen auf Gleichberechtigung und gemeinsam vereinbarten Regeln basieren.

### M4 Demonstration in Moskau am 10. Dezember 2011

Laut Organisatoren demonstrierten über 120 000 Menschen an diesem Tag in Moskau vor dem Kreml gegen mutmaßliche Manipulationen bei den Parlamentswahlen am 4. Dezember. Das Nebeneinander von roten (Kommunisten), orangen (liberalen) und schwarz-gelb-weißen (Rechtsextremisten) Fahnen unterstreicht die Heterogenität der Oppositionsbewegung.

land inne (Stand 2025). Dabei betrieb er unter dem Schlagwort „souveräne Demokratie“ den schrittweisen Umbau Russlands hin zu einer faktischen Diktatur und ließ die Opposition durch gefälschte Wahlen und die gewaltsame Einschränkung der Bürgerrechte unterdrücken. Die orthodoxe Kirche und eine in der Bevölkerung verbreitete Sowjetnostalgie bilden kulturelle Stützen seiner Herrschaft.

Außenpolitisch intensivierte Putin die von Jelzin seit Mitte der 1990er-Jahre betriebene Politik der nationalen Stärke und forderte, in machtpolitischen Fragen von den USA und der EU als gleichrangiger Partner angesehen zu werden. Seit 2000 bestand Putin darauf, dass die ehemaligen Sowjetrepubliken als russische Interessensphäre akzeptiert werden. Moskau wollte diese Staaten nach eigenen Wünschen für die russische Politik instrumentalisieren.

Nach dem islamistischen **Anschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001** öffnete sich für Russland und die USA zunächst ein kurzes Fenster der Kooperation, denn beide Staaten sahen sich auf der gleichen Seite im Kampf gegen den islamistischen **Terrorismus**. Die USA zeigten vor diesem Hintergrund Verständnis für Russlands Krieg gegen Tschetschenien, der aus russischer Sicht ein Krieg gegen den Terror war. Moskau wiederum unterstützte die USA im 2001 begonnenen Krieg gegen die islamistischen Taliban in Afghanistan, indem es seinen Luftraum für humanitäre Flüge freigab und ehemaligen Sowjetrepubliken erlaubte, Militärbasen für die Nutzung durch die NATO freizugeben. Mit dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA auf den Irak im Jahr 2003 verschlechterten sich die Beziehungen allerdings wieder. Putin fürchtete dabei, dass sich die USA unter Umständen auch in die inneren Angelegenheiten Russlands einmischen könnten.

Benjamin Reiter

1. Beschreiben Sie die Entwicklungen in Russland seit den 2000ern.
2. Bewerten Sie die Stellung Putins.



#### INFO 4: Multipolare Weltordnung

Seitdem 2007 Pläne zur Stationierung von US-Raketenabwehrsystemen in Osteuropa bekannt wurden, ist Moskau darum bemüht, die von Russland ange-

#### M5 Zum Sieg im „Vaterländischen Krieg“

Foto vom 9. Mai 2022.

An jedem Jahrestag der Kapitulation des „Dritten Reiches“ am 9. Mai 1945 findet eine Militärparade statt.

- Beschreiben Sie die Fotografie.
- Zeigen Sie auf, wie durch die Militärparade an die Sowjetnostalgie in der Bevölkerung angeknüpft werden kann.





strebt Position einer Großmacht in einer „multipolaren Weltordnung“ gegen eine von Moskau als Bedrohung wahrgenommene US-amerikanische **Hegemonie** wiederzuerlangen. Ein Kernelement der multipolaren Weltordnung Putins ist die Vorstellung verschiedener souveräner Großmächte mit von ihnen beherrschten Einflusszonen. Als russische Einflusszone betrachtet Putin dabei den „eurasischen Raum“ oder eine (mindestens) das Gebiet der GUS umfassende „Eurasische Union“. Bemühungen ehemaliger sowjetischer Satellitenstaaten oder Sowjetrepubliken um eine NATO- oder EU-Mitgliedschaft gelten daher als Angriff auf die Sicherheit und Souveränität Russlands, wie bereits die bisherige **NATO-** und **EU-Osterweiterung** seit 1999 bzw. 2004.

Ein wichtiges Mittel dieser Großmachtspolitik ist der Einsatz von Militär und Gewalt. So eskalierte im August 2008 der seit Jahren schwelende Konflikt zwischen Russland und Georgien um die prorussischen, abtrünnigen georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien. Nach einem Angriff auf Georgien demonstrierte Russland seinen Machtanspruch und nutzte den Konflikt, um den NATO-Beitritt Georgiens zu verhindern. Auch in der Ukraine wollte Putin verhindern, dass sich das Land dem „Westen“ annäherte. Nachdem es der Oppositionsbewegung in der Ukraine aber 2014 gelungen war, die prorussische Regierung zu stürzen und demokratische Wahlen durchzuführen, annektierte Russland völkerrechtswidrig die ukrainische Halbinsel Krim. Moskau förderte zudem die politische Destabilisierung des Landes, indem es prorussische Separatisten unterstützte und Erdgas- sowie Erdöllieferungen drosselte. Der Konflikt mündete am 24. Februar 2022 in einen groß angelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg wurde in der EU und in den USA als tiefe Zäsur in der Geschichte der internationalen Beziehungen seit 1945 verurteilt und die Ukraine wird seitdem militärisch und finanziell unterstützt. Darüber hinaus unterstützte Russland in dem im Jahr 2011 begonnenen syrischen Bürgerkrieg den syrischen Diktator Bashar Hafiz al-Assad militärisch, wodurch dessen Regime bis zum Sieg der Rebellen 2024 und der Flucht Assads nach Moskau aufrechterhalten werden konnte. Russland trat durch diese machtpolitischen Interventionen wieder auf die weltpolitische Bühne zurück.

Ein weiteres Element der Politik für eine multipolare Weltordnung ist der Ausbau wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Beziehungen insbesondere mit der Volksrepublik China. Als Gegengewicht zu den G7 gründeten 2006 Brasilien, Russland, Indien und die Volksrepublik China eine Allianz der BRIC-Staaten, der seit 2010 auch Südafrika angehört (BRICS). Zwar sind die hier kooperierenden Staaten politisch sehr heterogen. Doch eint sie das Bestreben, eine multipolare Weltordnung gegen die US-Hegemonie zu errichten. Eine weitere Institution der Kooperation zwischen der Volksrepublik China und Russland ist die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Sie dient zur wirtschaftlichen und militärischen Abstimmung in Zentralasien. Beobachter sehen in der SOZ auch ein Mittel zur Verhinderung prowestlicher Bürgerbewegungen und ein Instrument zur Eindämmung des Einflussgebiets der NATO.

Benjamin Reiter

1. Skizzieren Sie Putins sogenannte Politik der nationalen Stärke, was die Außenpolitik anbelangt.
2. Erläutern und bewerten Sie Ziele der russischen Politik der nationalen Stärke.
3. Diskutieren Sie die Folgen dieser Politik für Frieden und Sicherheit in Europa.



Einen Text zu Russland und seinen westlichen Nachbarn finden Sie unter diesem Medien-code.

## M6 Transformation und Transformationsgesellschaften

Der Politikwissenschaftler Dieter Segert erklärt den Begriff Transformation in Abgrenzung von den politischen Umbrüchen in Osteuropa ab 1989:

Die Veränderungen in Osteuropa und der Sowjetunion ab 1989 werden als revolutionär mit unterschiedlichen Adjektiven bezeichnet. Man spricht von der „samtene[n] Revolution“ in der ČSSR, der „friedliche[n] Revolution“ in der DDR oder der „singende[n] Revolution“ in den baltischen Staaten. In der Politikwissenschaft wird dafür häufig auch der Begriff „Transformation“ oder „Systemtransformation“ benutzt, um den Systemwechsel zu kennzeichnen.

Kennzeichnet eine Revolution vor allem die Schnelligkeit des Wandels und der Einsatz von Gewalt, um den radikalen Wechsel einer politischen Ordnung und die Installation eines neuen sozialen Systems zu beschreiben, so werden die Veränderungen in Osteuropa und der DDR eher als Transformation bezeichnet. Dieser Begriff kennzeichnet eine Ausnahmesituation, einen „soziale[n] Umbruch im Zeitraffer, mit gewollten Veränderungen und unintendierten Nebeneffekten“.

Dieter Segert, Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Bonn 2014, S. 149f.

► Setzen Sie sich mit dem Begriff Transformation auseinander und erklären Sie den Unterschied zu einer Revolution.



## M7 Zum 70. Jahrestag der Russischen Revolution

Am 2. November 1987 hält der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow – anlässlich des 70. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution – eine historische Rede. In dieser spricht er über die Notwendigkeit von innenpolitischen Reformen:

Die im ganzen Lande eingeleitete Wirtschaftsreform verfolgt das Ziel, in den nächsten zwei bis drei Jahren den Übergang vom übermäßig zentralisierten und leistungsgebundenen Leistungssystem zu einem demokratischen System zu sichern, das vorwiegend auf ökonomischen Methoden, auf einem normalen Verhältnis von Zentralleitung und Selbstverwaltung beruht. Ein solches System setzt eine bedeutende Erweiterung der Selbstständigkeit von Vereinigungen und Betrieben, ihre Umstellung auf volle wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung sowie die Ausstattung der Arbeitskollektive mit den dazu nötigen Rechten voraus. [...]

Jeder Mensch besitzt seine sozialen Erfahrungen, seinen Stand von Wissen und Bildung, seine Besonderheiten bei der Rezeption des Geschehens. Daher rührt das ungewöhnlich breite Spektrum der Meinungen. [...] Wir sind für eine mannigfaltige öffentliche Meinung, für ein reiches geistiges Leben. Wir brauchen keine Angst davor zu haben, schwierige Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung offen aufzuwerfen und zu lösen, Kritik zu üben und zu diskutieren. Gerade unter solchen Bedingungen setzt sich die Wahrheit durch, formen sich richtige Entscheidungen. [...]

Der Marxismus-Leninismus als schöpferische Lehre ist keine Sammlung fertiger Rezepte und doktrinäer Vorschriften. Dem engstirnigen Dogmatismus<sup>1</sup> abgeneigt, sichert die marxistisch-leninistische Lehre eine aktive Wechselwirkung der bahnbrechenden theoretischen Gedanken mit der Praxis [...]. Die brennendsten und dringendsten Bedürfnisse führten uns an den Schluss über die Notwendigkeit der Umgestaltung heran. Aber je tiefer wir in unsere Probleme eindringen [...], desto klarer wurde, dass die Umgestaltung auch einen umfassenderen gesellschaftlich-politischen und historischen Zusammenhang hat. Die Umgestaltung ist nicht nur das Abschütteln von Stagnation und Konservatismus der vorausgehenden Perioden und die Ausbesserung zugelassener Fehler, sondern auch die Überwindung historisch begrenzter, überholter Züge der Gesellschaftsorganisation und der Arbeitsmethoden. [...]

Zwei Schlüsselprobleme der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmen das Schicksal der Umgestaltung. Das sind die Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und eine radikale Wirtschaftsreform. Unsere Hoffnung auf die revolutionäre Läuterung und Wiedergeburt besteht darin, die gewaltigen sozialen Ressourcen des Sozialismus durch Aktivierung der Persönlichkeit, des Faktors Mensch zu erschließen.

Zitiert nach: Gorbatschows historische Rede. Zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution – Perestroika und Glasnost. Wochenschau 16/17, Abschied vom Sozialismus, Sowjetunion heute, Sonderausgabe im November 1987, hrsg. v. Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit der Informationsagentur Nowosti

1. Arbeiten Sie Maßnahmen und Ziele Gorbatschows heraus und setzen Sie diese zu den Begriffen „Glasnost“ und „Perestroika“ in Beziehung (INFO 1).
2. Beurteilen Sie deren Bedeutung.

<sup>1</sup> **Dogmatismus:** starrsinniges Festhalten an bestimmten Meinungen oder Ideologien, ohne sie zu hinterfragen oder für andere Sichtweisen offen zu sein.



### M8 Wirtschaft der UdSSR in den 1980er-Jahren

#### a) Wachstum des realen Sozialprodukts<sup>2</sup> (in Prozent):

|       | 1981 | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 |
|-------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| UdSSR | 1,0  | 2,7  | 3,3  | 1,5  | 0,8  | 4,0  | 1,3  | 1,5  | -1,0 |
| Welt  | 1,8  | 0,5  | 2,7  | 4,4  | 3,3  | 3,0  | 3,4  | 4,1  | 3,0  |

#### b) Außenhandel mit den OECD<sup>3</sup>-Ländern (in Mrd. Dollar):

|               | 1975 | 1976 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 |
|---------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Exporte       | 8,2  | 9,9  | 24,0 | 21,3 | 18,9 | 21,3 | 21,9 | 24,0 |
| Importe       | 12,6 | 13,7 | 21,9 | 20,9 | 20,6 | 20,7 | 24,8 | 28,0 |
| Handelsbilanz | -4,4 | -3,8 | 2,1  | 0,4  | -1,7 | 0,6  | -2,9 | -4,0 |

#### c) Auslandsschulden (in Mrd. Dollar):

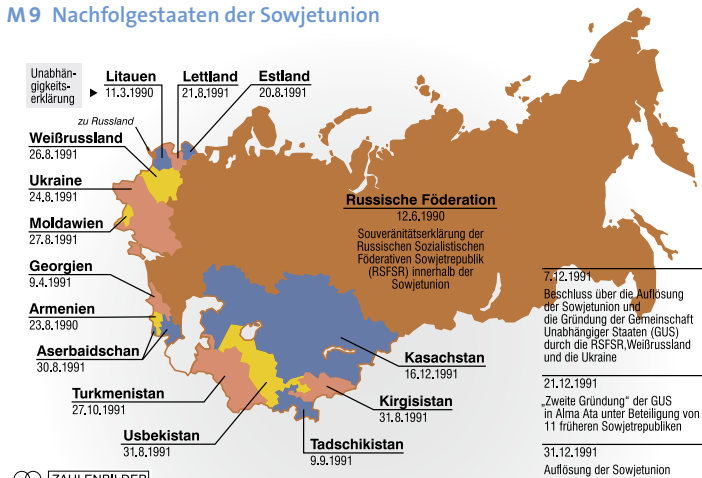
|                                   | 1984   | 1985   | 1986   | 1987   | 1988   | 1989   | 1990   |
|-----------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Summe                             | 16,6   | 22,7   | 29,1   | 33,3   | 36,8   | 44,4   | 41,2   |
| Schuldendienst <sup>4</sup>       | 5,0    | 5,2    | 6,0    | 7,4    | 8,4    | 12,0   | 13,5   |
| Bruttoinlandsprodukt <sup>5</sup> | 1363,0 | 1424,0 | 1456,0 | 1498,0 | 1549,0 | 1650,0 | 1570,0 |

Zeitgenössische westliche Daten; zitiert nach: Hans-Heinrich Nolte, Kleine Geschichte Russlands, Bonn 2005, S. 362

- Begründen Sie die Maßnahmen von Glasnost und Perestroika vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung der UdSSR. Setzen Sie dazu die wirtschaftliche Situation mit den innen- und außenpolitischen Reformen in Beziehung (M6).



### M9 Nachfolgestaaten der Sowjetunion



1. Nennen Sie die drei Staaten, die mittlerweile der EU und der NATO angehören.
2. Recherchieren Sie, welche Staaten aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten inzwischen ausgetreten sind und welche Bedeutung dieser Staatenbund mittlerweile hat.



© Bergmoser + Höller Verlag AG

<sup>2</sup> **Reales Sozialprodukt:** der Gesamtwert aller Güter und Dienstleistungen eines Landes in einem Jahr, ohne Preissteigerungen (Inflation). Dies zeigt also das echte Wirtschaftswachstum.

<sup>3</sup> **OECD:** Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Nachfolgeorganisation der KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)

<sup>4</sup> **Schuldendienst:** Rückzahlung von Staatsschulden, also Tilgung und Zinsen

<sup>5</sup> **Bruttoinlandsprodukt (BIP):** Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen, die ein Land in einem Jahr produziert

### M10 Eine neue Weltfriedensordnung?

Am 21. November 1990 wird am Ende des KSZE-Sondergipfels von den Vertretern der teilnehmenden Staaten, 32 Staaten in Europa sowie die USA und Kanada, die „Charta von Paris für ein neues Europa“ unterschrieben. Darin heißt es:

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten [...], sind in einer Zeit tiefgreifenden Wandels und historischer Erwartungen in Paris zusammengetreten. Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden. Europa befreit sich vom Erbe der Vergangenheit. Durch den Mut von Männern und Frauen, die Willensstärke der Völker und die Kraft der Ideen der Schlussakte von Helsinki bricht in Europa ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit an. [...]

Nun, da die Teilung Europas zu Ende geht, werden wir unter uneingeschränkter gegenseitiger Achtung der Entscheidungsfreiheit eine neue Qualität in unseren Sicherheitsbeziehungen anstreben. Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit jedes Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden. Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten. [...]

Wir begrüßen die Unterzeichnung des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa durch zweiundzwanzig Teilnehmerstaaten, der zu niedrigeren Niveaus der Streitkräfte führen wird. Die Annahme eines substantiellen neuen Satzes vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, der zu mehr Offenheit und Vertrauen zwischen allen Teilnehmerstaaten führt, findet unsere volle Zustimmung. Beide sind bedeutende Schritte hin zu erhöhter Stabilität und Sicherheit in Europa. Die beispiellose Reduzierung der Streitkräfte durch den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa wird – gemeinsam mit neuen Ansätzen für Sicherheit und Zusammenarbeit innerhalb des KSZE-Prozesses – unser Verständnis von Sicherheit in Europa verändern und unseren Beziehungen eine neue Dimension verleihen. [...]

Zitiert nach: Deutscher Bundestag, [www.bundestag.de/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/189558/21543d1184c1f627412a3426e86a97cd/charta-data.pdf) [Zugriff: 15.05.2025]

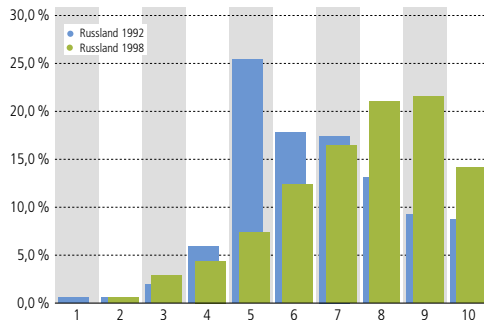
- Zeigen Sie die in der Charta konstatierten Folgen des Umbruchs in Osteuropa für Frieden und Sicherheit in Europa auf.



### M11 Umverteilung

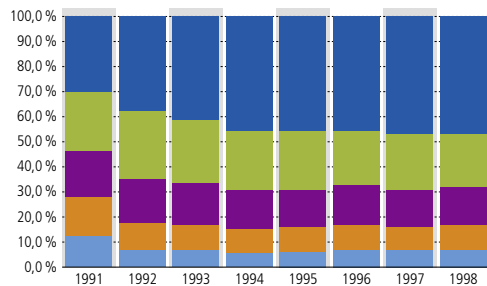
#### a) Selbsteinschätzung des sozioökonomischen Status der russischen Bevölkerung.

1: höchster Status, 10: niedrigster Status:



#### b) Einkommensverhältnisse der russischen Bevölkerung nach Quintilen.

Ein Quintil umfasst 20 Prozent der Bevölkerung:



(1. Quintil: niedrigstes Einkommen/5. Quintil: höchstes Einkommen)

Lesbeispiel: Im Jahr 1991 verdienten die ärmsten 20 % der russischen Bevölkerung (1. Quintil, blau) etwa 12 % des gesamten Einkommens.

Hans-Henning Schröder, Putin und die Macht der Oligarchen. Zur Verflechtung von Politik und Wirtschaft in Russland, in: Der Bürger im Staat. Russland unter Putin, 51. Jg., H.2/3 2001, S. 141–147. [https://www.buergerundstaat.de/23\\_01/russland\\_putin.pdf](https://www.buergerundstaat.de/23_01/russland_putin.pdf) [Zugriff: 15.05.2025]

1. Zeigen Sie an Diagramm a) Veränderungen in der sozioökonomischen Selbsteinschätzung der russischen Bevölkerung auf.
2. Skizzieren Sie anhand des Diagramms b) die Veränderungen der Einkommensverhältnisse in Russland während der 1990er-Jahre.
3. Arbeiten Sie anhand der Ergebnisse Folgeprobleme für den zeitgleichen Demokratisierungsprozess in Russland heraus.



## M12 Das „System Jelzin“



Der Politikwissenschaftler Hans-Henning Schröder beschreibt in einem Artikel von 2004 die Entwicklungen unter Jelzins Präsidentschaft wie folgt:

Zwischen 1991 und 1999 hatten sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland fundamental verändert. [...] Nach einer Anfangsphase, in der die Protagonisten Demokratie und Marktwirtschaft als Ziel proklamiert hatten, begannen [...] bald neu hervortretende politische und ökonomische Führungsgruppen Einfluss auf Entscheidungsprozesse zu nehmen und die neue Wirklichkeit mitzugestalten. Ihnen ging es nicht so sehr um die Durchsetzung demokratischer oder marktwirtschaftlicher Prinzipien, sondern um die Konsolidierung eigener Positionen. Sie konstituierten das „System Jelzin“, das sich nach 1993 allmählich herausbildete. Sein wesentliches Kennzeichen war die Sonderrolle des präsidentiellen Machtzentrums. [...]

Ein anderer Faktor, der wachsende Bedeutung gewann, waren die Kapitalgruppen, die sich im Laufe der Neunziger-Jahre formierten und auf der Zentralebene wie in den Föderationssubjekten eng mit den politischen Führungsgruppen zusammenarbeiteten. Ihr finanzieller Erfolg war oft genug eine Folge ihrer symbiotischen Beziehung zu den Machthabern im Zentrum und in den Regionen. Die Medien prägten für diese Unternehmer, die ihre Gewinne „politisch“ erwirtschafteten, bald den Begriff „Oligarch“. Politik – und in den Jahren der Transformation war dies zum einen vor allem Wirtschafts- und Finanzpolitik, zum andern die Ordnung der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen – wurde im Zusammenspiel von regionalen Eliten, präsidentiellen Zentrum und Oligarchen formuliert. Wechselnde Interessen und schwankende Kräfteverhältnisse beeinflussten den Kurs, den die Exekutive verfolgte. Infolge der Schwäche der parlamentarischen Vertretungsorgane und des Fehlens einer organisierten Interessenvertretung war die Bevölkerung als Ganzes im „System Jelzin“ kaum imstande, auf die Politik gestaltend einzuwirken. Für die Bevölkerungsmehrheit war der Übergang zur Marktwirtschaft eine rein passive Erfahrung, die mit hohen persönlichen Belastungen verbunden war.

Hans-Henning Schröder, Russland – politisches System und politischer Prozess, 03.04.2004, in: Informationen zur politischen Bildung, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/russland-281/9419/politisches-system-und-politischer-prozess> [Zugriff: 15.05.2025]

1. Erstellen Sie eine Tabelle mit den Kategorien Wirtschaft, Politik, Gesellschaft. Ordnen Sie die von Schröder konstatierten Veränderungen in eigenen Worten der passenden Kategorie zu. Mehrfachnennungen sind möglich.
2. Beurteilen Sie den von Schröder beschriebenen Transformationsprozess im Hinblick auf die Chancen einer erfolgreichen Demokratisierung.



## M13 Rückkehr der Vergangenheit

a) **Lev D. Gudkow, russischer Soziologe und Direktor des Meinungsforschungsinstituts Levada-Zentrum, in einem Beitrag aus dem Jahr 2013 in der Zeitschrift „Osteuropa“:**

[...] Russland erfüllt heute alle Kriterien eines autoritären Staates [...]: Das Regime stützt sich auf oligarchische Gruppen, auf Machtapparate, die höhere Bürokratie und die Direktoren der großen Staatskonzerne. Die Ideologie der Schaffung einer neuen Gesellschaft und die weltpolitische Mission sind verschwunden. Stattdessen versucht das Regime, sich mit einem imitierten Traditionalismus (Orthodoxie und russischer Nationalismus) zu legitimieren, propagiert „russische Werte“ wie Duldsamkeit, Intellektuellenfeindlichkeit, Feindschaft gegenüber dem Westen, Hörigkeit und die Ablehnung liberaler Vorstellungen, spricht von einem „Sonderweg“ oder der „Einzigartigkeit der russischen Zivilisation“. Vor allem aber fördert es die politische Apathie<sup>1</sup> der Gesellschaft.

[...] Seit dem Machtantritt Putins betreibt das Regime systematisch eine konservative Reideologisierung der Gesellschaft. Höhepunkt waren die Feiern zum 60. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland. Der Name Stalins, der während der Perestroika vor allem mit dem Terror gegen die eigene Bevölkerung verbunden war, wurde zum Symbol für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg gemacht. Schulbücher bringen Stalin heute in Zusammenhang mit Nationalstolz. Diese Propaganda zeigt Wirkung: Bei den regelmäßigen Umfragen des Levada-Zentrums landete Stalin im Jahr 2012 erstmals seit 1989 auf Platz 1 der „größten Persönlichkeiten der Weltgeschichte und der Geschichte unseres Vaterlandes“.

Lev Gudkow, „Fatale Kontinuitäten“, in Osteuropa 63, Heft 5–6, Mai–Juni 2013, S. 293 ff., Übersetzung: Andrea Huterer; zitiert nach: Informationen zur politischen Bildung, Heft Nr. 323/2014, S. 56

<sup>1</sup> Apathie: Teilnahmslosigkeit, Gleichgültigkeit

### b) Die Politikwissenschaftlerin Margareta Mommsen ordnet Russland unter Putin wie folgt ein:

Das politische System Russlands gewann in den Neunzigerjahren unter der Präsidentschaft Boris Jelzins ein erstes noch unklares Profil: Experten des Systemvergleichs nannten es eine „defekte Demokratie“. Tatsächlich umfasste das Regime Elemente der Demokratie ebenso wie des Autoritarismus und der Anarchie. Es verwandelte sich unter den Präsidentschaften von Wladimir Putin [...] in eine streng „gelenkte Demokratie“. Wie dieser von einem russischen Publizisten geprägte Begriff nahelegt, wurden die Verfassungsprinzipien gebeugt und die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen manipuliert.

Im Ergebnis entstand ein autoritäres System mit der Besonderheit förmlich fortbestehender demokratischer Einrichtungen. Diese gaukeln demokratische Verhältnisse lediglich vor. Nicht zufällig sprechen kritische Beobachter von einer „simulierten Demokratie“.

Eine weitere Besonderheit des Systems ist eine dualistische Machtstruktur. Das heißt, dass neben der äußeren Erscheinungsform einer autoritären Präsidialherrschaft die Geschicke des Staates durch schwer durchschaubare informelle politische Netzwerke gestaltet und gelenkt werden.

Margareta Mommsen, Russland. Einleitung, 26.03.2018, <https://www.bpb.de/themen/europa/russland/47933/einleitung/> [Zugriff: 15.05.2025]

1. Fassen Sie die Ausführungen Mommsens zu drei Kritikpunkten am russischen Staat zusammen.
2. Vergleichen Sie die Präsidentschaftszeit Putins mit derjenigen Jelzins (M11) und arbeiten Sie Veränderungen heraus.



### M14 „Eigen-PR der Regierung“

Der russlandweit bekannte Journalist, Nachrichtensprecher und TV-Produzent Leonid Parfjonow muss 2004 den wenige Jahre zuvor vom staatsnahen Konzern Gazprom-Media übernommenen Sender NTW wegen seiner kritischen Berichte verlassen. Er arbeitet seitdem für unabhängige Online-Magazine und Videokanäle. Am 25. November 2010 urteilt er auf einer Preisverleihung über die russische Medienbranche:



Journalistische Themen sind endgültig aufgeteilt in das, was im Fernsehen erlaubt ist und was nicht. In allen politisch wichtigen Sendern geht es um die Ziele und Aufgaben der Regierung, ihre Stimmungen, ihre Beziehungen, ihre Freunde und Feinde. Das hat nichts mehr mit Information zu tun, [...] das ist Eigen-PR der Regierung. Für einen Korrespondenten der staatlichen Kanäle sind die höchsten Vorgesetzten nicht Journalisten, sondern die Vorgesetzten seines Vorgesetzten. Der Korrespondent ist kein Journalist, sondern ein Beamter, er folgt der Logik von Gehorsam und Unterordnung. Es ist zum Beispiel unmöglich, dass er mit dem Vorgesetzten seines Vorgesetzten ein echtes journalistisches Interview führt, dass er also versucht, aufzudecken, was nicht aufgedeckt werden soll. [...]

75 Prozent der Bevölkerung stehen hinter dem amtierenden Präsidenten und dem Premierminister. In den staatlichen Kanälen sind über beide keinerlei kritische, skeptische oder ironische Urteile zu hören, ein Viertel der öffentlichen Meinung wird komplett verschwiegen. [...] Unser Fernsehen reißt auf raffinierte Weise mit, unterhält, amüsiert und zerstreut – aber man kann es kaum eine politisch-gesellschaftliche Institution der Bürger nennen. Ich bin überzeugt davon: Es ist einer der wichtigsten Gründe für den dramatischen Rückgang der Fernsehnutzung in den aktivsten Teilen der Bevölkerung [...]. Noch beängstigender ist, dass ein großer Teil der Bevölkerung Journalismus gar nicht mehr für notwendig hält. Wenn die Leute befremdet sind: „Na und, da wurde einer geschlagen<sup>1</sup> – meint ihr, das passiert uns nicht? Was soll dieser Rummel um einen Reporter?“, dann verstehen Millionen von Menschen nicht, dass ein Journalist professionelle Risiken seines Publikums wegen in Kauf nimmt. Ein Journalist wird nicht deshalb geschlagen, weil er etwas Bestimmtes geschrieben, gesagt oder gefilmt hat, sondern weil dies gelesen, gehört und gesehen wird.

Zitiert nach: Reporter ohne Grenzen: Der Kreml auf allen Kanälen. Wie der russische Staat das Fernsehen lenkt. Oktober 2013, S. 21. [https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013\\_web.pdf](https://www.reporter-ohne-grenzen.de/fileadmin/images/Kampagnen/Sotschi/ROG-Russland-Bericht-2013_web.pdf) [Zugriff: 19.12.2024]

1. Bestimmen Sie Thema, Anlass sowie die Adressaten der Rede und arbeiten Sie die Absicht der Rede heraus.
2. Fassen Sie die Vorwürfe Leonid Parfjonows zusammen und beurteilen Sie anhand der Rede die Informationsfreiheit in Russland.



<sup>1</sup> Zwei Wochen vor der Rede wurde der regierungskritische Investigativjournalist Oleg Kaschin vor seinem Haus überfallen und brutal zusammengeschlagen.

### M15 Die neue Konfrontation mit Russland

Der Historiker Stefan Creuzberger beschreibt in einem 2022 erschienenen Buch, wie Russland seit der dritten Amtszeit von Wladimir Putin immer stärker auf Konfrontationskurs mit dem „Westen“ geht:

Außenpolitisch hatte sich der russische Präsident schon kurz nach Beginn seiner dritten Amtszeit als Präsident unübersehbar zurückgemeldet. Er wollte sein Land wieder zu einem ernst zu nehmenden Global Player machen, an dem die Weltgemeinschaft, allen voran die letzte verbliebene Supermacht USA, nicht mehr vorbeikommen würde. So unterstützte er beispielsweise im syrischen Bürgerkrieg immer unverhohlener Diktator Assad, was Russlands Position im Nahen Osten weiter festigte. Überhaupt versuchte Putin seit dieser Zeit, sich mehr durch außenpolitische Provokationen, Spaltungsversuche oder aggressive Vorstöße Respekt auf internationaler Bühne zu verschaffen als durch die Bereitschaft zur Kooperation.

Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim verabschiedete sich der Kremlchef aber spätestens im Februar/März 2014 endgültig von der außenpolitischen Linie seiner Vorgänger Michail Gorbatschow und Boris Jelzin. Die nach dem Ende des Kalten Krieges 1990/1991 etablierte europäische Sicherheitsordnung musste sich seit dieser Zeit Putins neo-imperialen Ambitionen erwehren. Diese folgten der traditionellen sowjetischen Logik, in geopolitischen Kategorien und Einflussphären zu denken [...]. Umrahmt wurde das Ganze von einer professionalisierten russischen Propaganda, die in ihrer aggressiven Rhetorik sehr an die Psychologische Kriegführung während der Hochphase des Ost-West-Konflikts erinnerte.

Stefan Creuzberger, Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung, Bonn 2022, S. 534–536

1. Bestimmen Sie die Haltung Creuzbergers zu Russlands außenpolitischem Handeln. Belegen Sie Ihre Einschätzungen an Begriffen im Text.
2. Fassen Sie die Argumentation Creuzbergers in zwei bis drei Stichpunktsätzen zusammen.



32073-657

### M16 „Unabhängige Außenpolitik“

Bei seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2017 sagt Wladimir Putin unter anderem:

Es ist die Welt eines einzigen Hausherrn, eines Souveräns. Und das ist am Ende nicht nur tödlich für alle, die sich innerhalb dieses Systems befinden, sondern auch für den Souverän selbst, weil es ihn von innen zerstört.

Das hat natürlich nichts mit Demokratie gemein. Nebenbei gesagt, lehrt man uns – Russland – ständig Demokratie. Nur die, die uns lehren, haben selbst, aus irgendeinem Grund, keine rechte Lust zu lernen. [...] Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte [...] Anwendung von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst. Im Ergebnis reichen dann nicht die Kräfte für eine komplexe Lösung wenigstens eines dieser Konflikte. [...] Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. [...] [...] [Putin stellt fest,] dass die NATO ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heranbringt, und wir, die wir uns streng an den Vertrag halten, in keiner Weise auf dieses Vorgehen reagieren. Ich denke, es ist offensichtlich, dass der Prozess der NATO-Erweiterung keinerlei Bezug zur Modernisierung der Allianz selbst oder zur Gewährleistung der Sicherheit in Europa hat. Im Gegenteil, das ist ein provozierender Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt. Nun haben wir das Recht zu fragen: Gegen wen richtet sich diese Erweiterung? Und was ist aus jenen Versicherungen geworden, die uns die westlichen Partner nach dem Zerfall des Warschauer Vertrages gegeben haben? [...] Russland ist ein Land mit einer mehr als tausendjährigen Geschichte und fast immer hatte es das Privileg, eine unabhängige Außenpolitik führen zu können. Wir werden an dieser Tradition auch heute nichts ändern. Dabei sehen wir sehr genau, wie sich die Welt verändert hat, schätzen realistisch unsere eigenen Möglichkeiten und unser Potenzial ein. Und natürlich möchten wir gerne mit verantwortungsvollen und ebenfalls selbstständigen Partnern zusammenarbeiten am Aufbau einer gerechten und demokratischen Welt, in der Sicherheit und Aufblühen nicht nur für Auserwählte, sondern für alle gewährleistet ist.

Zitiert nach: <https://www.infosperber.ch/wp-content/uploads/2017/02/Putin-Muenchen-Rede-2017.pdf> [Zugriff: 10.09.2025]

1. Erklären Sie, wer mit dem „einzigen Hausherrn“ (Z. 1) indirekt gemeint ist.
2. Erläutern Sie, welche Auswirkungen die geschilderte monopolare Weltordnung laut Putin hat.
3. Putins Rede markiert einen Strategiewechsel der russischen Außenpolitik. Belegen Sie diese These am Ausschnitt der Rede.



32073-806

## 2.4 Die maoistische Diktatur (eA)

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediacodes.



## 2.5 Volksrepublik China – Aufstieg zur Weltmacht

Die noch heute geläufige Bezeichnung „Reich der Mitte“ verweist auf die ruhmreichen Zeiten des chinesischen Kaiserreiches etwa vom 3. Jahrhundert v. Chr. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Nachdem es im 19. Jahrhundert zum Spielball von Kolonialmächten geworden war, gründete sich im Jahr 1949 nach einem langandauernden und blutigen Krieg die kommunistische Volksrepublik China. Noch immer ist die Macht der Kommunistischen Partei unangefochten. Das Land mit der weltweit zweitgrößten Bevölkerung hat mit seiner gewachsenen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Macht auch Einfluss auf die globale Ordnung. Wie gestaltete sich die Transformation Chinas ab Mitte der 1970er-Jahre? Wie verlief der Aufstieg zur Weltmacht?

### Grundlegende Daten und Begriffe

- Kalter Krieg
- Hegemonie
- UNO
- ab 1989/90 Umbruch im Ostblock
- Demokratie
- Migration

### Lernaufgabe

Erstellen Sie einen **Beitrag in einem Online-Lexikon**, in dem Sie die Grundzüge der Entwicklung Chinas zur Weltmacht charakterisieren. Nutzen Sie dazu folgende vorbereitende Arbeitsaufträge:

1. Untersuchen Sie die Transformation Chinas seit Mitte der 1970er-Jahre, indem Sie die Materialien **M2**, **M4**, **M5**, **M7** auswerten und die Strategien Chinas beurteilen.
2. Untersuchen Sie, wie sich China seit den 1990er-Jahren wirtschaftlich, politisch und militärisch zu einer Weltmacht entwickelt(e), indem Sie
  - a) die wirtschaftliche Entwicklung seit den 1990er-Jahren nachvollziehen (**M6**);
  - b) die außenpolitischen Strategien Chinas, mit besonderem Blick auf das Projekt der Neuen Seidenstraße sowie die chinesische Militärbasis in Dschibuti, sowie deren Folgen für Chinas globale Machtstellung beurteilen (**M1**, **M11–M13**, **INFO 4**);
  - c) anhand selbstgewählter Beispiele das gestiegene Selbstbewusstsein Chinas aufzeigen (**M3**, **M10**).
3. Diskutieren Sie abschließend Folgen des Aufstiegs Chinas zur Weltmacht für die internationale Staatenwelt/Ordnung.



Eine **Chronologie zur Geschichte Chinas von 1912 bis 1976 (eA)** finden Sie mithilfe dieses Mediacodes.

### INFO 1: Wirtschaftliche Transformation I: 1978–1986

Nach dem Tod von Mao Zedong (1976) leitete der neue starke Mann Chinas, Deng Xiaoping (1904–1997), ab 1978 unter der Überschrift „Vier Modernisierungen“ umfassende Reformen in Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Landesverteidigung ein. Eine umfassende Modernisierung des kommunistischen Chinas sollte wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand schaffen und der Kommunistischen Partei eine breitere Zustimmung der Bevölkerung sichern. China lockte erste ausländische Investoren an und erreichte z. B. im Handel mit den USA erhebliche Zoll- und Steuervorteile. In räumlich begrenzten und von der KPCh kontrollierten Sonderwirt-



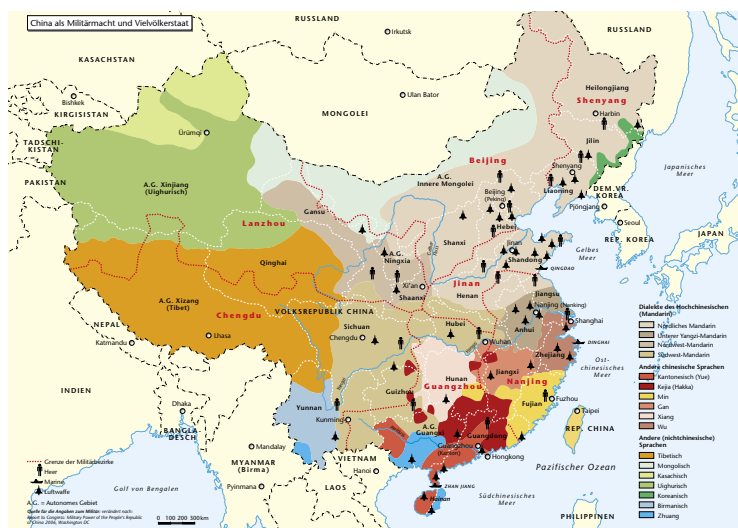
- schaftszonen konnten Privatunternehmen Produkte profitorientiert entwickeln und produzieren. Auf dem Land wurden die nach der Kollektivierung der Landwirtschaft durch Mao eingerichteten unrentablen Volkskommunen aufgelöst und die landwirtschaftliche Produktion Gemeinde- oder sogar Familienbetrieben übertragen, in denen viele Menschen Arbeit fanden und die innerhalb kurzer Zeit hohe Ertragssteigerungen erzielen konnten.
- Im industriellen Sektor war die Reformpolitik jedoch nur mäßig erfolgreich. Hinzu kam, dass die Führung der KPCh Forderungen nach mehr bürgerlicher Freiheit und Mitbestimmung strikt zurückwies. Dies führte zu Unzufriedenheit und politischem Protest insbesondere in den großen Städten, der stets rigide bekämpft wurde. Im Frühjahr 1989 protestierten die Menschen – inspiriert auch durch den beginnenden
- Umbruch im Ostblock** – im ganzen Land. Doch – anders als in Europa – entschied sich die Führung der Kommunistischen Partei in Peking, die als „planvolle Verschwörung“ kritisierten Proteste mit Waffengewalt zu beenden. In Peking wurde der Tiananmen (Platz des Himmlischen Friedens) gewaltsam geräumt. Seither setzte die KPCh ihren alleinigen Machtanspruch unachgiebig gegen alle Forderungen nach Freiheit und Mitbestimmung durch.

Dieter Brückner

► Skizzieren Sie Erfolg und Misserfolg der Politik der „Vier Modernisierungen“.

**INFO 2: Wirtschaftliche Transformation II: ab 1989**

- Auf wirtschaftlichem Gebiet lautete das neue Motto „allumfassender Fortschritt“. Um das Jahr 2000 begann China ein großangelegtes Projekt zur Förderung der Universitäten, das einen drastischen Anstieg der Zahl hochqualifizierter Hochschulabsolventinnen und -absolventen insbesondere im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften, aber auch von E- und Online-Business und Management nach sich zog.

**M1 China als Vielvölkerstaat und Militärmacht**

- Zeigen Sie anhand der Karte auf, dass es sich bei China um einen Vielvölkerstaat handelt. Recherchieren Sie zum aktuellen Umgang Chinas mit einer ausgewählten Minderheit und stellen Sie diese im Kurs vor.
- Analysieren Sie die geografische Verteilung der chinesischen Volksbefreiungsarmee innerhalb der chinesischen Militärbezirke und begründen Sie diese anhand von Chinas geopolitischer Lage.



Die Karte finden Sie digital unter diesem Mediencode und kann dadurch ggf. vergrößert werden.



**Mao Zedong (1893–1976):** chinesischer Revolutionär und Staatsmann; er kam aus einer Bauernfamilie und wollte Lehrer werden; 1945–1976 Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, 1949–1954 Vorsitzender der Zentralen Volksregierung; 1954–1959 Staatspräsident der Volksrepublik China

## M2 Lernen vom „Klassenfeind“

Foto vom 2. Februar 1979. Für Deng Xiaoping war es keine Schande, wirtschaftlich vom Westen zu lernen. Vielmehr war das Profitieren von dessen höherem technischen Standard ein wesentliches Element seiner Modernisierungspolitik. Das Foto entstand beim Besuch des Johnson Space Centers der NASA in Houston, Texas.

- Das Foto wurde in der Volksrepublik China nicht verbreitet. Erklären Sie, warum.



Wer künftig in der KPCh Karriere machen wollte, musste nachweisen, dass sich in seinem Aufgabenbereich die Wirtschaftsleistung entwickelte und ausländische Investitionen zufließen. Die Folge war ein Wettbewerb der lokalen und regionalen Verwaltungen um wirtschaftliche Entwicklung.

10

Hinzu kam der Verkauf von kleinen und mittleren Staatsbetrieben an in- und ausländische Privatunternehmer. Die verbliebenen staatlichen Betriebe sollten sich nach dem Willen der KPCh gegenseitig Konkurrenz machen.

Beschränkungen der Mobilität zwischen den Regionen des riesigen Landes und zwischen Stadt und Land wurden gelockert. Die Folge war ein neuartiger Transfer von Kapital, Waren und Wissen und nicht zuletzt von ländlichen Arbeitsmigranten, die in den aufstrebenden Ballungsräumen als billige Arbeiter und im Dienstleistungssektor dringend gebraucht wurden.

15

Ausländische Unternehmen erhielten die Erlaubnis, sich niederzulassen. Allerdings mussten sie sich dafür verpflichten, ihr Knowhow preis- und weiterzugeben, mit chinesischen Firmen eng zusammenzuarbeiten oder ihnen die Mehrheit der Firmenanteile zuzugestehen. Trotzdem wurde China mit seinen vielen und billigen Arbeitskräften zu einem der wichtigsten Standorte für die Endmontage von Industriegütern weltweit.

20

Privatisierung und Wettbewerb unter Aufsicht der KPCh ermöglichten 2001 Chinas Aufnahme in die Welthandelsorganisation WTO. Sie machten China in wirtschaftlicher Hinsicht zu einem Global Player und ließen es 2012 zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht hinter den USA und vor der Bundesrepublik Deutschland aufsteigen.

25

Dieter Brückner

- Benennen Sie Elemente und Maßnahmen der Politik des „Allumfassenden Fortschritts“. Charakterisieren Sie die Hauptmerkmale der wirtschaftlichen Transformation seit dem Ende der 1970er-Jahre in Thesenform.



32073-665

## INFO 3: Außenpolitische Neuorientierung

Nach dem Tod Mao Zedongs sah sich die Volksrepublik China außenpolitisch weitgehend isoliert. Grenzstreitigkeiten mit der UdSSR und Chinas Weigerung, deren Führungsrolle im kommunistischen Lager anzuerkennen, belasteten das chinesisch-sowjetische Verhältnis bis zum Machtantritt Michail Gorbatschows 1985.

Die gemeinsame Gegnerschaft zur UdSSR und der Wunsch, die wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern, hatten allerdings eine vorsichtige Annäherung zwischen China und den USA zur Folge. Bereits im Oktober 1971 rückte die Volksrepublik China bei der UNO als Vertreterin Chinas an die Stelle Taiwans und erhielt auch dessen Sitz im Sicherheitsrat. 1972 besuchte Richard Nixon als erster US-Präsident die Volksrepublik. Die USA brachen die diplomatischen Beziehungen zur Republik China (Taiwan) ab, kündigten den amerikanisch-taiwanesischen Sicherheitsvertrag auf und zogen ihre Truppen aus Taiwan ab. 1979 nahmen sie diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik auf. Ihnen folgten immer mehr Staaten, darunter 1972 auch die Bundesrepublik.

5

10

15

Da die westliche Welt auf das Massaker vom Tiananmen im Juni 1989 zunächst mit Sanktionen und mit einer erneuten in-

ternationalen Isolation drohte, baute die Volksrepublik ihre außenpolitischen Kontakte in Asien (Indonesien, Singapur), Afrika (Saudi-Arabien, Südafrika) und Lateinamerika aus. Gleichzeitig meldete China seinen Anspruch auf die Vorherrschaft im Ost- und Südchinesischen Meer gegenüber den Anrainerstaaten an. Besonders wichtig waren 1991 eine Verbesserung der Beziehungen zu Indien und 1996 die Beilegung von Grenzkonflikten mit Staaten der Russischen Föderation und die mit dieser vereinbarte „strategische Partnerschaft“.

Aber auch die Beziehungen zu den USA und zu anderen westlichen Staaten entspannten sich: Die westlichen Industriestaaten hofften auf günstige Produktionsstandorte und Absatzmärkte. Und Chinas Wirtschaftsreformen profitierten von guten Beziehungen insbesondere zu den USA.

Es ging der chinesischen Führung aber nicht nur darum, die Isolation zu überwinden. Ziel war es auch, Chinas globalen Einfluss zu verstärken, indem chinesische Einzelpersonen und Einrichtungen in einer breit angelegten „Charme-Offensive“ weltweit Kontakte knüpften und Kooperationen anbahnten. Dabei ging es auch immer darum, den Zugang zu technologischem Knowhow und zu wichtigen Rohstoffen zu sichern. Dies gilt auch für die weit ausgreifende Entwicklungshilfe, die gezielt eingesetzt wurde, um in Staaten des Globalen Südens Einfluss zu gewinnen. Dieter Brückner

► Erklären Sie das Ende der politischen Isolierung Chinas in den 1970er-Jahren.



#### INFO 4: Anspruch auf Weltgeltung: geopolitische und ökonomische Interessenpolitik

Schon in den 2000er-Jahren, spätestens aber seit Beginn der Amtszeit von Xi Jinping als Generalsekretär der KPCh (2012) und als Staatspräsident (2013) setzte China seine wirtschaftliche Präsenz zunehmend zielgerichtet ein, um die USA als führende Weltmacht abzulösen. In vielen Staaten der industrialisierten westlichen Welt rückte es an deren Stelle als wichtigster Handelspartner. Und bei den Schwellen- und Entwicklungsländern des Globalen Südens bot sich China als eine Alternative zum westlich geprägten Modell an, indem es das Recht auf Entwicklung propagierte und Forderungen, Menschenrechte, Arbeitsschutzbedingungen oder Klimaziele einzuhalten, als unzulässige „Einmischung in innere Angelegenheiten“ ablehnte, die die „legitimen Interessen“ dieser Länder missachten.

Dabei setzte China nicht nur auf bilaterale Beziehungen. Vielmehr baute es weit ausgreifende multilaterale Strukturen auf, die zu bestehenden „westlich“ geprägten Organisationen, wie Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfonds (IWF) oder dem Zusammenschluss der führenden Industriestaaten G7, und Vertragssystemen, wie die UNO und ihre Unterorganisationen, mehr oder weniger offen in Konkurrenz treten und in eine neue multipolare Weltordnung unter Führung Chinas münden sollen.

Zu diesen Parallelstrukturen gehört das „Forum für China-Afrika-Kooperationen“ (rund 50 Teilnehmerstaaten) ebenso wie die „Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank“ (AIIB; mehr als 100 Mitglieder, darunter auch zahlreiche Staaten Europas, Afrikas und Südamerikas), die „Globale Sicherheitsinitiative“ (etwa 80 Mitglieder) und die „Globale Entwicklungsinitiative“ (GDI; rund 100 Mitglieder). Von China vorangetrieben wurde auch das BRICS-Bündnis, zu dessen Gründungsmitgliedern neben China die ehemalige Weltmacht Russland und wichtige Schwellenländer wie Brasilien, Indien und Südafrika zählen.



**Deng Xiaoping (1904–1997):** führender Politiker der VR China. Nach 1949 bekleidete er mehrere hohe Staatsämter, unter Mao Zedong wurde er zweimal degradiert, von 1978 bis zu seinem Tode leitete er die Partei- und Staatsgeschäfte. Er war die treibende Kraft des Auf- und Ausbaus der „sozialistischen Marktwirtschaft“.



**Xi Jinping (\*1953):** seit 2012 Generalsekretär der KPCh, seit 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China

**Zusammenschlüsse und Initiativen unter Führung der VR China**  
 „Forum für China-Afrika-Kooperationen“ (FOCAC; 53 afrikanische Staaten, Stand 2024)  
 „Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank“ (AIIB; 103 Mitgliedsländer (Stand 2020), darunter auch zahlreiche Staaten Europas, Afrikas und Südamerikas)  
 „Globale Sicherheitsinitiative“ (GCI; Kooperation von Staaten ohne „Einmischung in innere Angelegenheiten“), „Globale Entwicklungsinitiative“ (GDI; Nachfolgeprogramm der „Neuen Seidenstraße“ für eine „nachhaltige Entwicklung“) und „Globale Zivilisationsinitiative“ (GCI, Achtung der Diversität von Kulturen, Alternative zum „westlichen“ Wertesystem)

### M3 Truppenparade am Tiananmen-Platz

Foto vom 1. Oktober 2019.  
 Der 1. Oktober ist der chinesische Nationalfeiertag. An diesem Tag rief 1949 der Staatsgründer Mao Zedong, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, auf dem Platz des Himmlischen Friedens die Volksrepublik China aus. Alljährlich findet am Nationalfeiertag eine Truppenparade statt. Die chinesische Führung demonstriert damit ihre in den letzten Jahren stark gewachsene wirtschaftliche und militärische Stärke.  
 Eingefasst von den zwei Schriftzügen „Lang lebe die Volksrepublik China“ und „Lang lebe die Einheit der Völker der Welt“ prangt ein Bild Mao Zedongs an der Eingangshalle zur sogenannten „Verbotenen Stadt“, dem Palastbezirk des chinesischen Kaiserreiches.

► Vergleichen Sie die Feierlichkeiten zum chinesischen Nationalfeiertag mit denen in der Bundesrepublik (3. Oktober) und den USA (4. Juli). Nutzen Sie dazu ggf. auch eine Internetrecherche.



Besondere Aufmerksamkeit erregt das unter der Bezeichnung „Neue Seidenstraße“ bekannte globale Projekt „Belt-and-Road“. Seit 2013 verwirklicht Xi Jinping den Plan, über hundert Staaten durch ein System von Land- und Seewegen mit China zu verbinden. Zur Finanzierung der erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen stellt China beteiligten Ländern Kredite zur Verfügung, unter der Bedingung, dass chinesische Firmen bei deren Umsetzung bevorzugt werden. Befürworter sehen in dem Vorhaben einen Motor, der die gesamte Weltwirtschaft ankurbeln kann. Kritiker fürchten, dass China dadurch insbesondere Länder des Globalen Südens in eine Schuldenfalle und so in eine – auch politische – Abhängigkeit von China lockt.

Im Globalen Süden trugen Chinas Investitionen in die Infrastruktur dazu bei, dass China dort als Verbündeter in Sachen wirtschaftlicher Entwicklung und seine Rolle meist als konstruktiv und legitim angesehen wurde, auch wenn China nachdrücklich die eigenen Interessen vertrat.

Auch kritische Beobachter stellen allerdings fest, dass China sich trotz all seiner Ambitionen an keinem militärischen Konflikt aktiv beteiligt hat. Xi Jinpings Aufruf zur „militärischen Größe“, dem ein massives Rüstungsprogramm folgte, schien daher eher an die eigene Bevölkerung gerichtet zu sein. Sie sollte nicht nur durch wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand an die Führung der KPCh gebunden werden, sondern durch die Verwirklichung des „chinesischen Traums“ einer starken Nation, eines „verjüngten China“, das sich unbeeinflusst von fremden Einflüssen, insbesondere unbeeinflusst von der Kultur des „dekadenten Westens“, entwickeln und von keiner anderen Macht mehr „gedemütigt“ werden könne.

Dieter Brückner

1. Benennen Sie Instrumente und Maßnahmen Chinas, die helfen sollen, seinen Anspruch auf Weltgeltung durchzusetzen.
2. Chinas außenpolitische Strategie seit den 1990er-Jahren wird als „Multilateralismus“ bezeichnet. Erläutern Sie den Begriff auch anhand von Beispielen aus dem Darstellungstext.
3. Charakterisieren und bewerten Sie Chinas Streben nach Weltgeltung.



#### M4 Die Wirtschaftsreformen der 1980er-Jahre



Der deutsche Sinologe und Volkswirtschaftler Kai Vogelsang (\*1969) beschreibt aus der Retrospektive die Anfänge des chinesischen „Wirtschaftswunders“:

Die Wirtschaftsreformen der 1980er-Jahre begannen nicht mit Kollektivierung, sondern mit Individualisierung, nicht mit Massenkampagnen, sondern mit Privatinitiativen, sie standen unter dem Primat der Ökonomie, nicht der Politik, und wollten die Gesellschaft differenzieren, nicht nivellieren. Unter dem alten Schlagwort der „Vier Modernisierungen“ – gemeint waren: 1. Landwirtschaft, 2. Industrie, 3. Militär, 4. Wissenschaft und Technik – begann zunächst der Umbau der Landwirtschaft. Die war in einem miserablen Zustand: Das System der Volkskommunen, die dem Staat Getreidequoten zu festgelegten Preisen lieferten, ihre Landarbeiter unabhängig von deren Leistung bezahlten und keinerlei Leistungsanreize boten, hatte den Lebensstandard der Chinesen seit zwei Jahrzehnten nicht verbessert.

1982 wurden die Volkskommunen, Maos Lieblingskinder, abgeschafft, an ihre Stelle traten die Gemeinden als unterste Verwaltungsebene. Den Bauern wurde die Rückkehr zu Familienbetrieben ermöglicht, indem sie Land pachten [...] und eigenverantwortlich bewirtschaften durften: Nach wie vor mussten sie eine feste Quote an den Staat abgeben, der Rest aber war frei verkäuflich. Das System war überaus erfolgreich. Zwischen 1981 und 1984 stieg die ländliche Produktion jährlich um 9%, China wurde wieder [...] zu einem Land von Kleinbauern. Viele Bauern begannen jetzt, sich zu spezialisieren. Sie bauten nicht nur Getreide an, sondern Baumwolle oder Holz, züchteten Fische oder hielten Vieh. Mit zunehmendem Wohlstand stieg auch die Nachfrage nach Kleidung, Baumaterial, Möbeln, Haushaltsgeräten usw. Wer etwas auf sich hielt, gab sich nicht mehr mit der Grundausstattung der Mao-Zeit – Fahrrad, Uhr, Radio und Nähmaschine – zufrieden, nein: Jetzt wurden Farbfernseher, Kühlschrank und Motorrad zu Statussymbolen. Unzählige private Unternehmen wurden gegründet, die diesen Bedarf deckten [...]. Bald ging die Rede von den ersten „10 000-yuan-Haushalten“ – ein Reichtum, der noch wenige Jahre zuvor undenkbar gewesen wäre. Das Pro-Kopf-Einkommen auf dem Lande vervierfachte sich innerhalb eines Jahrzehnts, ländliche Unternehmen wuchsen in dieser Zeit um durchschnittlich 28% pro Jahr und beschäftigten in den 1990ern weit über 100 Millionen Menschen. Der Anfang des chinesischen Wirtschaftswunders wurde von Bauern vollbracht.

Ab 1984 wurde das erfolgreiche Entwicklungsmodell auf die Städte übertragen. [...] Industrieunternehmen, die zen-

tral gelenkt und unbeirrt von ökonomischen Kriterien drauflos produzierten. Ein System der Absatzgarantie bei festen Löhnen und unkündbarer Anstellung der Arbeiter führte zu unwirtschaftlicher und qualitativ oft bedenklicher Produktion. Doch die Staatsbetriebe – sie machten 75 % der industriellen Produktion aus – waren mehr als nur Wirtschaftsbetriebe. Sie waren ein wesentlicher Teil der sozialistischen Gesellschaft. Mehr als alles andere standen die Staatsbetriebe für Planwirtschaft und Vater Staat, der sich um alle Belange seiner Untertanen kümmerte [...]. Dennoch wurde auch dieses sozialistische Urgestein abgebaut. Analog zum Vorgehen auf dem Land wurde Managern jetzt die Verantwortung für ihre Produktion übertragen. Sie hatten eine Planmenge an den Staat zu liefern und durften die übrige Produktion auf dem freien Markt verkaufen. Profite konnten reinvestiert oder als Prämien an die Arbeiter ausgeschüttet werden. Mehr noch: Ab 1984 wurden auch städtische Privatunternehmen zugelassen, zunächst begrenzt auf sieben Mitarbeiter, ab 1988 ohne Einschränkungen. Zehntausende von Kleinbetrieben wurden jetzt gegründet, jeder wollte unternehmerisch „in See stechen“. Sukzessive wurden Marktpreise freigegeben, 1983 sogar Einkommensteuern eingeführt. China entwickelte binnen kurzer Zeit eine regelrechte Marktwirtschaft. [...]

Das dritte Element der Reformpolitik war die Öffnung nach außen. Nach den ersten Annäherungen unter Mao nahmen die VR China und die USA 1979 offizielle diplomatische Kontakte auf [...] und der Außenhandel explodierte. Die spektakulärste Maßnahme der Öffnungspolitik aber war die Zulassung ausländischer Investitionen in China. In den Küstenorten Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen wurden vier „Sonderwirtschaftszonen“ eingerichtet, die günstige Bedingungen für Investoren boten, zudem wurden 14 Städte, Freihandelszonen, Hochtechnologieparks u.Ä. für ausländische Firmen geöffnet.

Kai Vogelsang, Geschichte Chinas, Stuttgart 2019, S. 583 ff.

1. Skizzieren Sie die Reformmaßnahmen Deng Xiaopings und arbeiten Sie die Wechselwirkungen heraus. Welche Rolle spielten Dezentralisierung, Leistungsanreize und individuelle Verantwortung?
2. „Wer die chinesische Politik der ‚neuen Epoche‘ nach 1978 genau beobachtet hatte, wusste, dass es der KPCh nie um politische Liberalisierung oder gar Demokratisierung gegangen war, nicht einmal um Wirtschaftswachstum. Es ging immer um den Machterhalt der Partei.“ (Kai Vogelsang) Diskutieren Sie diese Einschätzung über den im April 1977 ausgerufenen „Pekinger Frühling“.





### M5 Die Reformpolitik unter Deng Xiaoping

Am 27. Juni 1981 nimmt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas eine Resolution zu „bestimmten Fragen in der Geschichte unserer Partei seit der Gründung der Volksrepublik China“ an. Darin heißt es:

Auf einer vom Zentralkomitee einberufenen Arbeitskonferenz im April 1979 formulierte die Partei das Prinzip, die Wirtschaft als Ganzes „neu auszurichten, umzustrukturieren, zu festigen und zu verbessern“. Damit sollte entschieden versucht werden, die Schwächen und Fehler der vergangenen zwei Jahre in der wirtschaftlichen Arbeit zu korrigieren und den Einfluss der anhaltenden „linken“ Fehler in diesem Bereich zu beseitigen. Die Partei machte deutlich, dass der wirtschaftliche Aufbau den Bedingungen Chinas angepasst und im Einklang mit wirtschaftlichen und natürlichen Gesetzmäßigkeiten erfolgen müsse. Er solle schrittweise, gut überlegt, aus eigenen Mitteln und mit Blick auf praktische Ergebnisse erfolgen, damit die Entwicklung der Produktion eng mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbunden ist. Außerdem müssten die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit anderen Ländern aktiv gefördert werden – auf der Grundlage von Unabhängigkeit und Eigenständigkeit.

Unter der Leitung dieser Prinzipien hat das Wachstum der Leichtindustrie an Tempo gewonnen. Und die Industrie wird insgesamt besser strukturiert und aufeinander abgestimmt. Im Zuge der wirtschaftlichen Neuordnung wurden auch Reformen im System der Wirtschaftsführung schrittweise eingeführt – darunter die Ausweitung von Entscheidungsbefugnissen für Betriebe, die Wiedereinführung der Arbeiterkongresse, die Stärkung der demokratischen Verwaltung in Unternehmen sowie die Übertragung finanzieller Zuständigkeiten auf verschiedene Ebenen.

Die Partei hat sich auch bemüht, die Fehler in der ländlichen Arbeit seit der späten Phase der Bewegung zur landwirtschaftlichen Kooperation zu korrigieren. In der Folge wurden die Abnahmepreise für landwirtschaftliche Produkte erhöht, verschiedene Formen der Produktionsverantwortung eingeführt, bei denen der Lohn an die Produktion gebunden ist, private Nutzgärten wieder erlaubt und ausgeweitet, Dorfmärkte wieder belebt und Nebenerwerbs- und Zusatzwirtschaften gefördert. All das hat die Motivation der Bauern stark gesteigert. Die Getreideproduktion erreichte in den letzten beiden Jahren ein Rekordniveau, und auch bei Industriepflanzen und anderen landwirtschaftlichen Produkten gab es deutliche Zuwächse. Dank der Entwicklung der Landwirtschaft und der Gesamtwirtschaft

hat sich der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert. [...]

Das Ziel unseres Kampfes in der neuen historischen Phase ist es, China Schritt für Schritt in ein starkes sozialistisches Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung sowie Wissenschaft und Technik zu verwandeln. Und all dies bei einem hohen Niveau an Demokratie und Kultur. Außerdem gilt es, die große Aufgabe der Wiedervereinigung des Landes zu vollenden, indem Taiwan in den Schoß des Mutterlandes zurückkehrt.

Der Zweck der Zusammenfassung unserer historischen Erfahrungen aus 32 Jahren Volksrepublik ist es, das große Ziel des Aufbaus eines starken und modernen sozialistischen Landes zu verwirklichen. Dafür muss die gesamte Partei, die Volksarmee und das ganze Volk auf der Grundlage der vier grundlegenden Prinzipien geeint und mobilisiert werden, nämlich 1. Festhalten am sozialistischen Weg, 2. Festhalten an der Diktatur des Volkes (d. h. der Diktatur des Proletariats), 3. Festhalten an der Führung durch die Kommunistische Partei, 4. Festhalten an Marxismus-Leninismus und dem Mao Zedong-Gedanken.

Diese vier Prinzipien bilden die gemeinsame politische Grundlage der Einheit von Partei und Volk. Sie sind zugleich die grundlegende Garantie für die Verwirklichung der sozialistischen Modernisierung. [...] Und jede Äußerung oder Handlung, die diese Prinzipien leugnet oder untergräbt, ist nicht zu dulden. [...]

In der aktuellen internationalen Lage, in der die Kriegsgefahr weiter besteht, ist es notwendig, die Modernisierung der Landesverteidigung voranzutreiben. Der Aufbau der Verteidigung muss mit dem wirtschaftlichen Aufbau Schritt halten. Die Volksbefreiungsarmee soll ihre militärische Ausbildung, politische Arbeit, logistische Versorgung und das Studium der Militärwissenschaft stärken, um ihre Kampfkraft weiter zu erhöhen. Sie soll sich so allmählich zu einer noch stärkeren modernen revolutionären Armee entwickeln. Es gilt, die gute Tradition der Einheit innerhalb der Armee, zwischen Armee und Regierung sowie zwischen Armee und Volk wiederherzustellen und weiterzuführen. Auch der Aufbau der Volksmiliz muss weiter gestärkt werden.

In unseren Außenbeziehungen müssen wir weiterhin Imperialismus, Hegemonismus<sup>1</sup>, Kolonialismus und Rassismus ablehnen und den Weltfrieden verteidigen. Wir sollten aktiv die Beziehungen und den wirtschaft-

<sup>1</sup> **Hegemonismus** bezeichnet das Streben eines Staates oder einer Macht danach, eine führende oder vorherrschende Stellung über andere Länder oder Regionen zu erlangen. Dies kann mit politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Mitteln erfolgen.



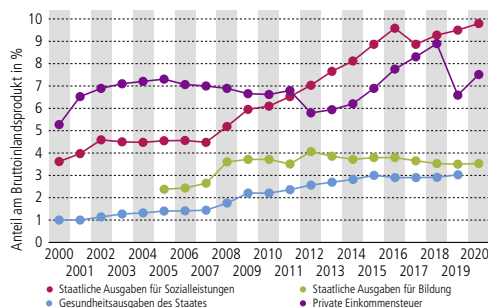
95 lichen und kulturellen Austausch mit anderen Ländern auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz<sup>2</sup> fördern. Wir müssen am proletarischen Internationalismus<sup>3</sup> festhalten und den Befreiungskampf unterdrückter Nationen, den Aufbau junger unabhängiger Staaten und die gerechten Kämpfe der Völker weltweit unterstützen.

Zitiert nach: <https://digitalarchive.wilsoncenter.org/document/resolution-certain-questions-history-our-party-founding-peoples-republic-china>  
(Übersetzung: Michael Mayer, mithilfe einer KI)

1. Untersuchen Sie, wie das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas die wirtschaftspolitischen Maßnahmen seit 1979 bewertet. Beziehen Sie dabei auch den Umgang mit den Fehlern unter Mao Zedong mit ein.
2. Arbeiten Sie Zielsetzungen des Zentralkomitees heraus sowie die zur Erreichung dieser Ziele geplanten Strategien.
3. Analysieren Sie den der Resolution zugrunde liegenden Demokratiebegriff.
4. Diskutieren Sie, inwiefern die genannten Strategien zur Stabilität des Landes beitragen konnten.

## M6 Die wirtschaftliche Transformation der Volksrepublik China

### a) Entwicklung von Staatsausgaben und Einkommensentwicklung:



Cai Meng, Björn Gustafsson und John Knight, Economic Transformation and Income Distribution in China over Three Decades, Cambridge 2023, S. 30

<sup>2</sup> Die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ bildeten seit den 1950er-Jahren die Grundlage der chinesischen Außenpolitik. Sie fördern gegenseitige Achtung der Souveränität, Verzicht auf Gewalt, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitigen Nutzen sowie friedliches Zusammenleben zwischen Staaten.

<sup>3</sup> Unter **Proletarischem Internationalismus** versteht man in der sozialistischen Bewegung die weltweite Solidarität der Arbeiterklasse über nationale Grenzen hinweg.

### b) Drei Wissenschaftler von Universitäten in China, Großbritannien und Schweden analysieren die Gründe für den raschen wirtschaftlichen Aufstieg der Volksrepublik China seit 1980:

Die Transformation von Chinas Wirtschaft und Gesellschaft während der Periode der wirtschaftlichen Reformen ist in erster Linie auf das rasante Wirtschaftswachstum und die verschiedenen Faktoren zurückzuführen, die dies ermöglicht haben. [...] Die jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in China lag im Jahrzehnt 1980 bis 1990 im Durchschnitt bei 10,2 Prozent, von 1990 bis 2000 bei 10,6 Prozent und von 2000 bis 2007 bei 10,3 Prozent. Selbst nach der Weltfinanzkrise war Chinas Wachstumsrate relativ unbeeinflusst und lag im Durchschnitt bei 8,9 Prozent pro Jahr in den zehn Jahren zwischen 2007 bis 2017. China ist unter den großen Volkswirtschaften einzigartig, da es über einen Zeitraum von vierzig Jahren ein sehr schnelles Wachstum aufrechterhalten hat. [...]

Vor den wirtschaftlichen Reformen hatte China eine extrem geschlossene Volkswirtschaft. In den 1990er-Jahren begann es, sich in Richtung einer wirklich offenen Wirtschaft zu bewegen: Der nominale Zollsatz<sup>4</sup> betrug 1992 43 Prozent und 1999 17 Prozent. Die Aussicht auf eine WTO<sup>5</sup>-Mitgliedschaft, die letztendlich 2001 erreicht wurde, war ein starker Motivationsfaktor. China war nun in der Lage, seinen großen Wettbewerbsvorteil in arbeitsintensiven Herstellungsindustrien mit geringqualifizierten Arbeitskräften auszunutzen. [...]

Es lässt sich argumentieren, dass die autoritäre Führung während der gesamten Reformperiode am meisten um die Notwendigkeit der „sozialen Stabilität“ besorgt war und dass die wichtigste politische Leitlinie zu deren Aufrechterhaltung – und zur Sicherung der Macht der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) – war, ein schnelles Wirtschaftswachstum zu erreichen und dieses Ziel über alle anderen zu stellen. [...]

In China ist die politische Macht zentralisiert, aber das wirtschaftliche Management dezentralisiert. Dies schafft ein klassisches Prinzipal-Agent-Problem<sup>6</sup>. Die Zentralregierung versucht, das Prinzipal-Agent-Problem zu lösen, indem sie Anreize für Beamte auf allen Regierungsebenen schafft, ihre eigenen wirtschaftlichen Ziele zu

<sup>4</sup> Der **nominale Zollsatz** ist der Prozentsatz, den man beim Import vom Warenwert als Zoll zahlen muss. Beispiel: Bei 10 % Zoll auf eine Ware im Wert von 100 € sind 10 € Zoll zu zahlen.

<sup>5</sup> **WTO**: Abkürzung für World Trade Organization, deutsch: Welthandelsorganisation

<sup>6</sup> Das **Prinzipal-Agent-Problem** meint in diesem Fall die Gefahr, dass Führungskräfte (Prinzipale) ihre Interessen vor die des Unternehmens bzw. in diesem Fall des Staates stellen.

40 verfolgen. Diese Ziele waren in erster Linie die Erreichung eines schnellen Wirtschaftswachstums. Es gab drei Formen von Anreizen: das System der staatlichen Ernennungen, lokale fiskalische Befugnisse<sup>1</sup> zur Einnahmenbeibehaltung und Patronagebefugnisse<sup>2</sup>. Es  
45 gibt Beförderungs- und Abstufungsregelungen auf jeder Regierungsebene, die den Karriereweg jedes Staatsbeamten bestimmen. Jede Regierungsebene kontrolliert das Personal auf der unmittelbar darunterliegenden Ebene. Die Bewertung basiert auf der Leistung bei der  
50 Erreichung staatlicher Ziele und Vorgaben, insbesondere des Wirtschaftswachstums im entsprechenden Zuständigkeitsbereich. Diese Leistungskriterien verwandelten viele Bürokraten in Unternehmer.

Ebd., S. 6–9 (Übersetzung: Markus Brogl, mithilfe einer KI)

1. Analysieren und interpretieren Sie die Entwicklung der staatlichen Ausgaben und Einnahmen Chinas von 2000 bis 2020 anhand der Grafik a). Diskutieren Sie wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Folgen der dargestellten Trends.
2. Stellen Sie die Gründe für den raschen wirtschaftlichen Aufschwung seit 1980 zusammen, die in der Analyse der Wissenschaftler in b) genannt werden.
3. Erklären Sie, wie China versuchte, dem Prinzipal-Agent-Problem zu begegnen (b). Beurteilen Sie Folgen dieser Strategien.

### M7 Der Ruf nach Demokratie und der „Pekinger Frühling“

Helwig Schmidt-Glintzer lehrt auf ostasienwissenschaftlichen Lehrstühlen in München und Göttingen. Über die Phase einer relativen politischen Offenheit während des Machtkampfes zwischen dem radikalen Flügel der Kommunistischen Partei und einem liberalen Flügel schreibt er:

Nach der Rehabilitierung von Deng Xiaoping<sup>3</sup> im Jahre 1977 begann im April 1977 der sogenannte Pekinger Frühling. Hier wurde auch erste Kritik an Mao Zedong laut, wonach er etwa zu 30 Prozent schlecht und zu 70  
5 Prozent gut gewesen sei. Der von Deng Xiaoping eingeleitete Reformprozess wurde von der Parteispitze auf dem 3. Plenum des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 bestätigt. Zur gleichen Zeit entstand in Peking eine

<sup>1</sup> **Fiskalische Befugnisse** betreffen Einnahmen (z. B. Steuern) und die Berechtigung, Ausgaben zu tätigen.

<sup>2</sup> **Patronage**: Begünstigung/Förderung von Personen

<sup>3</sup> Die **Rehabilitierung Deng Xiaopings**, der dem liberalen Flügel der KPCh angehörte, bedeutete seine politische Rückkehr nach früheren Entmachtungen. Ab 1977 übernahm er erneut führende Rollen in China und leitete wichtige Reformen ein.

„Mauer der Demokratie“, an der mit Wandzeitungen wirtschaftliche Reformen eingeklagt und Kritik an der  
10 bisherigen Politik geäußert wurden. An diesem Ort freien Meinungs austauschs wurden bald auch Stimmen laut, die eine politische Modernisierung und Demokratie einforderten.

Nachdem im Januar 1979 auch die Partei selbst Gegen-  
15 stand offener Kritik geworden war, begann die Parteiführung unverzüglich mit der Verhaftung führender Vertreter dieser Bewegung. Einzelne Wandzeitungsautoren wurden verfolgt, und das verfassungsmäßig eingeräumte Recht, solche Wandzeitungen (dazibao) anfer-  
20 tigen zu dürfen, wurde aufgehoben (Art. 45 der Verfassung). Damit endete im Frühjahr 1979 die nach dem Ort in Peking, an dem sich die „Mauer der Demokratie“ befand, benannte „Xidan-Bewegung“. Der Vertrauensbruch zwischen der zaghaften Demokratie-  
25 bewegung und der Regierung trat offen zutage. Als Symbolfigur für Hoffnung und Enttäuschung galt lange Zeit der ehemalige Rotgardist Wei Jingsheng, der seit 1976 als Dissident zu einer der zentralen Figuren der Protestbewegung wurde. Zusätzlich zu den „Vier Moderni-  
30 sierungen“ hatte dieser eine „fünfte Modernisierung“ gefordert, nämlich eine umfassende Demokratisierung.

Helwig Schmidt-Glintzer, Das neue China. Vom Untergang des Kaiserreichs bis zur Gegenwart, München 2020, S. 93 f.

1. Arbeiten Sie das Handlungsmuster heraus, nach dem die KPCh Ende der 1970er-Jahre solchem widerständigen/abweichenden Verhalten umgeht. Was bewirkt dies bei anderen Chinesinnen und Chinesen?
2. Recherchieren Sie nach der Person Wei Jingsheng (\*1950) und diskutieren Sie die Bedeutung solcher Dissidenten für die Demokratiebewegung in der Volksrepublik China.

### M8 „Pekinger Frühling“

Foto von 1978.

Während der Reformpolitik unter Deng Xiaoping formierte sich auch eine Bürgerbewegung, die für die Einhaltung der Menschenrechte und Demokratie eintrat. Forderungen wurden nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in anderen Städten des Landes auf Wandzeitungen geschrieben. Diese wurden zunächst geduldet, aber im März 1979 verboten.



1. Beurteilen Sie, welche Vor- und Nachteile solche Wandzeitungen für die Verbreitung der Ideen haben.
2. Diskutieren Sie mögliche Gründe, warum die Wandzeitungen von der Staatsführung von der Staatsführung zunächst teilweise sogar gutgeheißen wurden.

### M9 „Die Betriebe sollen ...“

Im Oktober 1984 beschließt das Zentralkomitee der KPCh:

Die tiefgreifenden Veränderungen in den 35 Jahren seit Gründung der Volksrepublik haben die Überlegenheit des sozialistischen Systems ansatzweise demonstriert. Aber es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Überlegenheit noch nicht gebührend zur Geltung gebracht ist [...].

Daher müssen die Betriebe unter der Voraussetzung der Unterwerfung unter die staatliche Planung und Verwaltung das Recht haben, flexible Bewirtschaftungsformen auszuwählen, ihre Produktion, Versorgung und den Absatz selbst zu arrangieren und über die ihnen zustehenden Fonds zu verfügen. Sie haben das Recht, nach den Bestimmungen ihre Mitarbeiter selbst zu ernennen, abzusetzen, anzustellen und auszuwählen, über die Anstellung und den Einsatz von Arbeitskräften, die Formen des Lohns und der Belohnung selbst zu entscheiden, im Rahmen der staatlichen Vorschriften die Preise für ihre Produkte fest-

zustellen. [...] Die Betriebe sollen wirklich zu relativ unabhängigen Wirtschaftseinheiten, zu sozialistischen Warenproduzenten werden, die selbständig wirtschaften und für ihren Gewinn und Verlust verantwortlich sind. [...]

Nur durch die volle Entwicklung der Warenwirtschaft wird die Wirtschaft wirklich belebt, werden die verschiedenen Betriebe veranlasst, ihre Effizienz zu erhöhen, flexibel zu wirtschaften und sich geschickt dem komplizierten und wechselhaften Bedarf der Gesellschaft anzupassen, was allein durch administrative Mittel oder Direktivpläne nicht zu erreichen ist. [...]

China aktuell Nr. 10/1984. Hamburg GIGA Institut für Asien-Studien 1984, S. 586 f.

- Erläutern Sie, weshalb in dem Beschluss das Scheitern der Planwirtschaft eingestanden wird. Ziehen Sie für Ihre Antwort auch den grundlegenden Begriff Planwirtschaft heran.

### M10 Plakat zum 50jährigen Bestehen der Volksrepublik China



Im Vordergrund ist vor der Flagge der Volksrepublik China Deng Xiaoping abgebildet, der von 1978 bis zu seinem Tod 1997 der Kommunistischen Partei Chinas vorstand und die Staatsgeschäfte leitete. Hongkong, von dem ein Teil rechts unten zu sehen ist, war 1841 von Großbritannien besetzt worden und blieb bis 1997 britische Kronkolonie. Danach wurde es chinesische Sonderverwaltungszone, sollte aber die freie Marktwirtschaft behalten und von der Zentralregierung in Peking autonom bleiben.

1. Beschreiben Sie das Plakat.
2. Diskutieren Sie, warum für das Feiern des Jubiläums die abgebildeten Motive in den Vordergrund gestellt werden.



### M11 Die widersprüchlichen Reformen

Der chinesische Journalist und Dissident Liu Binyan schreibt 1990 im US-amerikanischen Exil in seinen Memoiren über die chinesischen Wirtschaftsreformen seit dem Ende der 1970er-Jahre:

- China auf seinem Weg zur Reform schien von zwei widersprüchlichen Kräften angetrieben zu werden – die eine war die wirtschaftliche Liberalisierung, die andere die politische und ideologische Antiliberalisierung. Die erste Kraft stieß ein gewisses Stück voran, und dann war die zweite an der Reihe und drängte sie zurück, um der Welt zu zeigen, dass China Mao Zedong und den Sozialismus nicht verraten hatte. [...]
- Die Führung führte tatsächlich ein Experiment durch, um ein hohes Maß an Liberalisierung in der Wirtschaft zuzulassen, während sie an den vier unabänderlichen Prinzipien festhielt: Sozialismus ohne Demokratie und Freiheit; eine autoritäre Führung der Partei ohne Aufsicht; eine Diktatur des Proletariats ohne Massenbeteiligung und ohne Rechenschaftspflicht gegenüber den Massen; und eine maoistische Schule des Marxismus-Leninismus.

Die Ergebnisse eines solchen Experiments wurden schnell sehr deutlich. Erstens wurde die Wirtschaftsreform von allen Seiten behindert; viele Reformführer, Betriebsleiter und politische Aktivisten wurden gestürzt. Zweitens blühten Korruption, Bestechung, Veruntreuung, Diebstahl, Schmuggel und Steuerhinterziehung auf nationaler Ebene, während die Kinder der Parteiführer die durch die Reform gebotenen Möglichkeiten nutzten, um sich zu bereichern.

Liu Binyan, A Higher Kind of Loyalty. A Memoir by China's Foremost Journalist, New York 1990, S. 169f. (Übersetzung: Michael Mayer, mithilfe einer KI)

- Charakterisieren Sie den Transformationsprozess der Volksrepublik China seit dem Ende der 1970er-Jahre und erläutern Sie seine Folgen.



### M12 „Neue Seidenstraße“

siehe Kapitel 3, S. 164, M2

### M13 Schleichender Griff nach der Weltmacht?



Seit 2011 werden im ostafrikanischen Dschibuti chinesische Soldaten stationiert. Peking spielt die Rolle der Militärbasis herunter. In einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ von 2017 schreibt Vanessa Steinmetz zu diesen Entwicklungen:

Dort [in Dschibuti] eröffnet die Regierung in Peking ihre erste Militärbasis im Ausland. Offiziell ist lediglich von einer logistischen Basis die Rede, tatsächlich kann sie aber als Zeichen der militärischen Expansion Chinas gewertet werden.

Überraschend ist die Entwicklung nicht, seit 2016 hatte Peking den Bau des Stützpunkts in Dschibuti vorangetrieben. Der Staat liegt strategisch günstig am Schnittpunkt von Europa, Afrika, dem Nahen Osten und Asien und grenzt an die Meerenge Bab al-Mandab, wo das Rote Meer auf den Golf von Aden trifft. Die USA, Frankreich, Japan und Spanien haben dort bereits einen Stützpunkt [...].

Nüchtern betrachtet ist es durchaus folgerichtig: „China wird global-ökonomisch immer stärker – logisch, dass auch das Militär irgendwann mitziehen muss, um das abzusichern“, sagt Martin Wagener, Politikwissenschaftler an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Er beschreibt die Entwicklung als „schleichenden Griff nach der Weltmacht“ [...]. „Es läuft in Zeitlupe ab, ist aber sehr zielgerichtet“, sagt Wagener.

Offizielles Ziel der Basis in Dschibuti ist es, friedenserhaltende Missionen und humanitäre Hilfe in Afrika und Westasien zu unterstützen sowie als logistische Stütze des Anti-Piraterie-Kampfs am Horn von Afrika zu dienen [...]. Gleichzeitig kann die Regierung in Peking den Stützpunkt in Dschibuti zur Absicherung der eigenen Handelswege nutzen [...]. Die Basis passt zum „Perlenketten“-Modell, demzufolge ein weltweites Netz an Anlaufstellen für die kommerzielle Marine aufgebaut werden soll, ebenso wie zum Konzept der „Neuen Seidenstraße“, bei dem Peking 900 Milliarden Dollar in den Ausbau der Infrastruktur zwischen Asien und Europa investieren will. [...]

Soweit die offizielle Agenda. Tatsächlich dürfte es der Regierung in Peking auch um eine Reichweitensteigerung der Marine gehen. Im Weißbuch<sup>1</sup> des Verteidigungsministeriums von 2015 heißt es: „Die traditionelle Annahme, dass das Land wichtiger ist als das Meer, muss aufgegeben und den Operationen auf See höhere

Priorität zugestanden werden, um die maritimen Rechte und Interessen zu schützen.“ Dafür müsse eine moderne Struktur der militärischen Marine geschaffen und eine Strategie gefunden werden, um zur „maritimen Macht“ aufzusteigen. Einsätze vor der afrikanischen Küste könnten dem Training der Seestreitkräfte dienen, sagt Politikwissenschaftler Wagener.

Ein weiterer Punkt der inoffiziellen Agenda: Der neue Militärstützpunkt ist ein Symbol der Stärke, gerichtet vor allem an die USA, die ihre Präsenz im Indischen Ozean vorantreiben. [...]

Die Führung in Peking lässt das alles abstreiten. China strebe nicht nach militärischer Expansion oder Kräften messen mit anderen Staaten, heißt es in einem Kommentar der staatlichen Armeemitteilung „The People's Liberation Army Daily“. Die staatliche „Global Times“ räumt zumindest ein, dass es sich um eine Militärbasis handle. Peking ginge es aber lediglich darum, die eigene Sicherheit zu schützen. [...]

Tatsächlich haben sich die gegenseitigen Drohgebärden zwischen China und den USA in Ostasien in den vergangenen Monaten verstärkt. Peking fordert die US-Regierung als Schutzmacht Japans, Südkoreas und Taiwans immer deutlicher auf, sich nicht mehr in der Region einzumischen. Deshalb versucht die chinesische Führung nun auch, die Rolle ihrer ersten ausländischen Militärbasis möglichst marginal<sup>2</sup> erscheinen zu lassen, sagt Wagener. Schließlich müsste sie sich sonst den Vorwurf der Scheinheiligkeit gefallen lassen.

Dabei sind die Ambitionen Chinas längst sichtbar. So hielt die chinesische Marine gemeinsam mit russischen Streitkräften bereits ein gemeinsames Manöver im von Peking weit entfernten Mittelmeer ab. Dem soll ein weiteres Manöver in der Ostsee folgen.

Vanessa Steinmetz, Was China in Dschibuti vorhat; Spiegel online vom 21.07.2017, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-eroeffnet-militaerbasis-in-dschibuti-welche-ziele-verfolgt-pekung-a-1158755.html> [Zugriff: 15.05.2025]



1. Stellen Sie Chinas offizieller Erklärung zur Militärbasis in Dschibuti die Einordnungen des Politikwissenschaftlers Martin Wagener gegenüber.
2. Erklären Sie, weshalb China militärische Ziele zu verbergen versucht, obwohl auch andere Staaten Militärstützpunkte in Dschibuti haben.
3. Recherchieren Sie zu aktuellen Informationen über weitere Militärbasen Chinas und nehmen Sie davon ausgehend zur Titelfrage des Materials Stellung. Beziehen Sie auch Ihre Vorkenntnisse aus den anderen Materialien mit ein.

<sup>1</sup> **Weißbuch:** zur Information der Öffentlichkeit von einer staatlichen Stelle erarbeitete Zusammenstellung von Dokumenten, Statistiken o. Ä. zu einem bestimmten Bereich

<sup>2</sup> **marginal:** am Rand, unbedeutend



## 2.6 Global Players: USA, Russland und China (in den Vereinten Nationen)

1989 löste der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seinem Essay „Das Ende der Geschichte?“ weltweit eine kontroverse Debatte aus. Dabei wurde seine These, dass nach dem Ende des **Kalten Krieges** und dem **Umbruch im Ostblock** sich alle übrigen Staaten an das liberale US-amerikanische Vorbild anpassen würden und damit auch die Zahl sowohl der inner- als auch der zwischenstaatlichen gewaltsamen Konflikte stark abnehmen würde, zum Teil scharf kritisiert. Dennoch war die Ansicht, dass durch den Verbleib der USA als einziger Supermacht eine neue friedlichere Weltordnung anbrechen würde, weit verbreitet. Schon bald stellte sich dies allerdings als Illusion heraus. Gründe dafür waren u. a., dass sogenannte asymmetrische Konflikte mit zahlenmäßig und waffentechnisch unterlegenen Milizen und Terrororganisationen die USA vor große Herausforderungen stellten, Russland nach einer Phase der Kooperation mit dem Westen eine aggressive Expansions- und Konfrontationspolitik betreibt und die Volksrepublik China ihren Kurs, eine Weltmacht zu werden, konsequent verfolgt. Die folgenden drei Beispiele betrachten Konflikte und das Agieren der USA, Russlands und Chinas im Rahmen der UNO genauer.

Grundlegende Daten  
und Begriffe  
► UNO  
► Menschenrechte

### Lernaufgabe



Untersuchen Sie das Agieren der Großmächte USA, Russland und China (**gA**: im Rahmen der UNO – **eA**: ab 2000) an einem der Themenbeispiele anhand folgender Arbeitsaufträge. Stellen Sie Ihre Erkenntnisse in Form eines **übersichtlichen digitalen Schaubildes** dar. Verfassen Sie anschließend einen **kurzen Kommentar** (ca. 100 Wörter), in dem Sie das Agieren der Großmächte sowie dessen Folgen für die internationale Ordnung beurteilen. Nutzen Sie zur Bearbeitung der Arbeitsaufträge die Materialien in den entsprechenden Kapiteln und ergänzen Sie Ihre Kenntnisse ggf. durch eine zusätzliche Internetrecherche.

1. Arbeiten Sie Grundzüge des Agierens der Großmächte (im Rahmen der UNO) anhand von **INFO 1** und **M1** heraus.
2. Informieren Sie sich über die Ausgangssituation in den behandelten Ländern bzw. Konfliktherden.
3. Stellen Sie die Haltung der Großmächte USA, Russland und China (auch im Rahmen der UNO) im Konfliktbeispiel dar.
4. Analysieren Sie grundlegende Motive und Zielsetzungen der Großmächte im jeweiligen Konflikt.
5. Untersuchen Sie das Verhältnis unter den Großmächten im jeweiligen Konflikt und zeigen Sie auf, wie dieses das Agieren im konkreten Fall beeinflusste oder davon beeinflusst wurde.
6. Beurteilen Sie Folgen des Agierens der Großmächte für die internationale Staatengemeinschaft.
7. Zusatz: Betrachten Sie die digitalen Schaubilder Ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler, die sich mit anderen Wahlthemen beschäftigt haben, und vergleichen Sie deren Erkenntnisse mit Ihren eigenen. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen?

**gA**: Bearbeiten Sie aus den Wahlthemen 1, 3 und 4 ein Beispiel.

**eA**: Bearbeiten Sie aus den Wahlthemen 2, 4 und 5 zwei Beispiele.



### INFO 1: Ringen um die Weltordnung: Der UN-Sicherheitsrat und das Verhältnis der Großmächte USA, Russland und China

In den 1990er-Jahren kam es weltweit zu schweren Menschenrechtsverbrechen, bei denen die internationale Gemeinschaft nur unzureichend reagierte. Besonders prägend waren der Völkermord in Ruanda 1994 und das Massaker von Srebrenica (Bosnien und Herzegowina) 1995. Auch die NATO-Intervention im Kosovo 1999, die ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats erfolgte, war umstritten. Diese Ereignisse führten zu der Frage, ob Staaten in bestimmten Fällen verpflichtet sind, in anderen Ländern zum Schutz der Bevölkerung einzugreifen.

Als Reaktion darauf wurde 2005 das Prinzip der „Responsibility to Protect“ (R2P, Verantwortung zum Schutz) von der Generalversammlung der **UNO** beschlossen. Es besagt, dass jeder Staat verpflichtet ist, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Falls ein Staat diese Verantwortung nicht erfüllt, soll die internationale Gemeinschaft zunächst mit diplomatischen Mitteln eingreifen. Doch kann als letztes Mittel mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrats auch militärisch gehandelt werden.

Zum ersten Mal wurde R2P 2011 im Falle Libyens angewendet. Nach dem Ausbruch des Arabischen Frühlings hatte sich dort ein Aufstand gegen Diktator Muammar al-Gaddafi formiert. Die Regierung reagierte mit massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere in der Stadt Bengasi. Der UN-Sicherheitsrat verurteilte daraufhin am 26. Februar 2011 das Vorgehen der libyschen Regierung. Als die Gewalt weiter zunahm, folgte am 17. März eine Resolution des Sicherheitsrats, die die UN-Mitgliedstaaten zu Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ermächtigte. Russland und China enthielten sich zwar der Stimme, legten aber kein Veto ein. Sie ermöglichten so das Zustandekommen der Resolution.

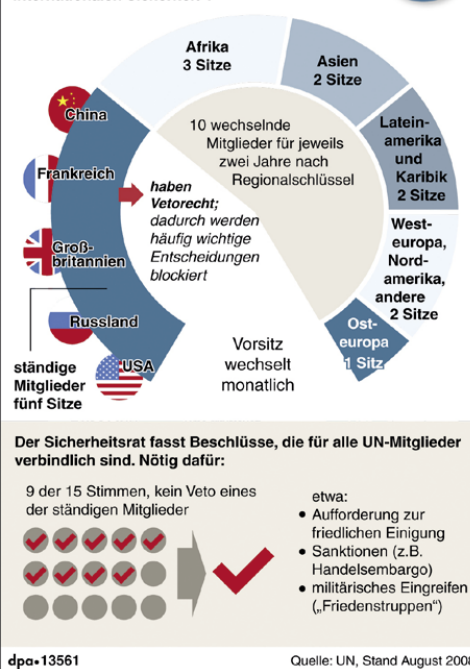
Daraufhin schufen vor allem Frankreich und Großbritannien, unterstützt von den USA, eine Flugverbotszone und griffen militärisch ein. Diese Intervention trug entscheidend zum Sturz Gaddafis bei. Während westliche Staaten den Einsatz als humanitär und im Sinne von R2P bewerteten, äußerten Russland und China scharfe Kritik. Beide warfen dem Westen vor, das Mandat des Sicherheitsrats überschritten zu haben. Denn es habe letztlich einen Regimewechsel gegeben. Sie sahen darin einen gefährlichen Präzedenzfall und warnten davor, dass unter dem Vorwand humanitärer Hilfe künftig die staatliche Souveränität untergraben werden könnte.

Die Libyen-Intervention verschärfte das Misstrauen zwischen den Mächten. Während die USA und ihre Verbündeten **Menschenrechte** als Grundlage internationaler Politik betonten, pochten Russland und China auf das Prinzip der Nichteinmischung. In den Folgejahren blockierten beide Staaten deshalb regelmäßig Resolutionen des Sicherheitsrats, etwa im Syrien-Konflikt.

Gleichzeitig gewann die Vorstellung einer multipolaren Weltordnung an Bedeutung. Russland, China und Staaten wie Indien, Brasilien oder Südafrika forderten

#### Der Weltsicherheitsrat

...ist das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen (UN). Ziel ist laut UN-Charta die „Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“.



#### M1 Der Weltsicherheitsrat

- Bis 1971 hatte Taiwan für China den ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat inne, bis er 1971 an die Volksrepublik China überging. Erklären Sie die Besetzung der übrigen ständigen Sitze in diesem Gremium und berücksichtigen Sie dabei 1945 als Gründungsjahr der UNO.
- Diskutieren Sie, ob eine Beschränkung der ständigen Sitze auf die Großmächte USA, Russland und die Volksrepublik China sinnvoll wäre.





Dieser Mediacode führt zu einem Artikel aus dem Jahr 2018, in dem das weltpolitische Agieren der USA, Russlands und der Volksrepublik China untersucht wird.

mehr Mitspracherechte in der internationalen Politik. Die Libyen-Krise markierte damit einen Wendepunkt: Sie zeigte, dass westliche Staaten an Einfluss verloren und die Ordnung der Weltpolitik zunehmend von mehreren Machtzentren geprägt wird. 50

Michael Mayer

1. Stellen Sie in einem Schaubild die Konfliktpunkte der drei Großmächte dar.
2. Vergleichen Sie das weltpolitische Agieren der drei Großmächte.



## M 2 Die „Responsibility to Protect“

Die Politikwissenschaftlerin Karin Wester schreibt zur Entwicklung einer Schutzverantwortung der internationalen Gemeinschaft im Falle von Menschenrechtsverletzungen (Responsibility to Protect):

Im September 2005 einigten sich die UN-Mitgliedstaaten [...] auf die Schutzverantwortung. Der vereinbarte Grundsatz besagt, dass jeder Staat die Verantwortung hat, seine Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Darüber hinaus sieht es vor, dass die internationale Gemeinschaft durch die Vereinten Nationen eine ergänzende Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor den genannten Verbrechen trägt. In diesem Zusammenhang verpflichteten sich die Mitgliedstaaten, im Einzelfall über den Sicherheitsrat zu kollektiven Maßnahmen bereit zu sein, falls friedliche Mittel nicht ausreichen würden und die nationalen Behörden beim Schutz ihrer Bevölkerung offenkundig versagen. [...] [D]as Jahr 2011 sollte einen Wendepunkt für die Schutzverantwortung und für die Auswirkungen darstellen, die dieses Prinzip auf die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf (drohende) Massengräueltaten haben sollte. [...] Libyen war der erste Fall, in dem sich die internationale Gemeinschaft auf die Schutzverantwortung berief, um Zwangsmaßnahmen zu rechtfertigen – zunächst Sanktionen und dann den Einsatz militärischer Gewalt. [...] Die Tragweite des Prinzips wurde dadurch deutlich, dass die Intervention – durch überwiegend westliche Staaten – in einem nichteuropäischen, nichtchristlichen Land stattfand, ohne dabei einem wesentlichen geopolitischen oder strategischen Ziel der intervenierenden Staaten zu dienen. Obwohl die Motive und Bedingungen für die Intervention unterschiedlich waren, spiegelt die Zurückhaltung insbesondere der Vereinigten Staaten bei der Unterstützung einer militärischen Operation in Libyen den begrenzten strategischen Wert wider, der einer solchen Operation beigemessen wurde – sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für eine Reihe anderer Staaten, die die Intervention unterstützten. [...]

Sobald die Resolution militärisch durchgesetzt wurde, zunächst durch eine Koalition von Staaten und danach durch die NATO, verflüchtigte sich die verbliebene Einigkeit der „internationalen Gemeinschaft“ fast augenblicklich. Die Art und das Ausmaß der von Frankreich, den Vereinigten Staaten und Großbritannien ergriffenen Maßnahmen riefen sofort scharfe Kritik seitens Russlands und Chinas sowie der Arabischen Liga – die sich zuvor für eine Flugverbotszone ausgesprochen hatte – und einer Reihe von NATO-Verbündeten wie Deutschland und der Türkei hervor. [...] Staaten wie Russland und China äußerten wiederholt ihr Entsetzen ob der Art der Umsetzung von Resolution 1973. Was sie jedoch noch mehr verunsichert haben dürfte, war die Tatsache, dass der Sicherheitsrat praktisch uneingeschränkte Durchsetzungsmaßnahmen genehmigt hatte und bei der anschließenden Militäroperation ins Abseits gestellt worden war. So erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow am 1. Juni 2011 zum Beispiel, dass die Militäroperationen in Libyen weit über das Mandat hinausgingen und dass Russland jede Beteiligung des Sicherheitsrats in Syrien ablehne, wobei er hinzufügte, dass die Libyen-Resolution einzigartig sei und dass Russland verlangen werde, künftige UN-Mandate spezifischer zu gestalten. „Wenn jemand eine Ermächtigung zur Anwendung von Gewalt erhalten möchte, um ein gemeinsames Ziel von uns allen zu erreichen“, so Lawrow, „dann muss in der Resolution angegeben werden, wer dieser jemand ist, wer diese Ermächtigung nutzen wird [...].“

Karin Wester, *Intervention in Libya. The Responsibility to Protect in North Africa*, Cambridge 2020, S. 3, 5, 8, 292, 297 und 299 f. (Übersetzung: Moritz Popp, mithilfe einer KI)

1. Erklären Sie das Konzept der „Responsibility to Protect“. Zeigen Sie anhand von Libyen seine Bedeutung und Herausforderungen auf.
2. Erklären Sie die Kritik Russlands und Chinas an der UN-Resolution Nr. 1973 auch auf Grundlage Ihrer Vorkenntnisse zu beiden Staaten. Diskutieren Sie Folgen dieser Kritik für die künftige Arbeit im UN-Sicherheitsrat.



## 2.6.1 Der Irak-Krieg 2003

Wahlthema 1:

**INFO 2: Der Irakkrieg 2003: Legitimer Eingriff oder Bruch des Völkerrechts?**

Im März 1991 beendete ein breites internationales Militärbündnis unter der Führung der USA die völkerrechtswidrige Besetzung Kuwaits durch den Irak. Grundlage für diesen Militäreinsatz war ein Mandat der Vereinten Nationen. Der Irak stand damals unter der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein. Obwohl der US-amerikanische Oberbefehlshaber der Koalition, Norman Schwarzkopf, davon ausging, dass der Sturz des Regimes von Saddam Hussein in kurzer Zeit möglich wäre, verzichtete der damalige Präsident George H.W. Bush darauf. Gründe dafür waren die Hoffnung auf einen friedlichen Machtwechsel durch die Opposition im Irak, die Furcht vor instabilen Verhältnissen in dem Land und die fehlende Legitimation durch die Vereinten Nationen.

- 10 Noch im selben Jahr errichteten die UN ein System aus strengen Wirtschaftssanktionen und unabhängigen Kontrollen gegen das Regime Saddam Husseins. Ziel war es, Gewalt des Regimes gegen oppositionelle Gruppen – wie beim Giftgasangriff auf die kurdische Stadt Halabdscha im Jahr 1988 – zu verhindern und sicherzustellen, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß. Doch 1998 brach der Irak  
15 die Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren ab, weil ihm vorgeworfen wurde, die Inspektoren hätten Informationen an den israelischen Geheimdienst weitergegeben. Erst unter dem Druck möglicher militärischer Angriffe ließ Bagdad später wieder UN-Kontrollen zu.

- Bereits 1998 hatte eine neokonservative Denkfabrik in den USA den gewaltsamen  
20 Sturz Saddam Husseins als außenpolitisches Ziel vorgeschlagen. Diese Idee wurde 2001 von der neuen US-Regierung unter Präsident George W. Bush übernommen. Zudem rückte der Irak nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und dem Sieg über das Taliban-Regime in Afghanistan im „unbegrenzten Krieg gegen den Terror“ in den Fokus. Denn dem Regime von Hussein wurde vorgeworfen, Terrorismus zu  
25 finanzieren und kurz davor zu stehen, Massenvernichtungswaffen zu besitzen.

- Die US-Regierung versuchte, für einen Einmarsch in den Irak ein UN-Mandat zu erhalten und andere Länder zur Beteiligung zu bewegen. Doch unter anderem Frankreich, Russland, China und Deutschland lehnten eine Beteiligung ab. Auch die angeblichen Beweise für Massenvernichtungswaffen, die US-Außenminister Colin  
30 Powell im UN-Sicherheitsrat vorlegte, überzeugten nicht. Die UN-Resolution 1441 forderte den Irak zwar zur Abrüstung auf, sah aber eine friedliche Lösung vor. Dennoch werteten die USA und Großbritannien diese Resolution als Rechtfertigung für einen Krieg – obwohl viele Mitglieder des Sicherheitsrats dagegen waren. Nachdem Saddam Hussein ein Ultimatum, sein Land zu verlassen, hatte verstreichen lassen,  
35 begann die „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA und Großbritanniens den Krieg. Am 9. April 2003 fiel das Regime in Bagdad. Später stellte sich heraus, dass der Irak weder Massenvernichtungswaffen besaß noch Verbindungen zur Terrororganisation al-Qaida hatte.

Markus Brogl

1. Fassen Sie die Entwicklung von 1991 bis zum Irakkrieg 2003 zusammen.
2. Bewerten Sie die Legitimität des Krieges 2003, indem sie die Position des UN-Sicherheitsrats mit der Position der US-Regierung vergleichen.

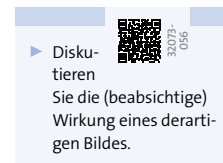


32073-005

### M3 Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat

Foto vom 5. Februar 2003

In dem berühmt gewordenen Auftritt legte der damalige US-Außenminister vermeintliche Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak vor. Auf dem Bild hält er ein Döschen mit Substanzen zur vermeintlichen Herstellung biologischer Waffen in der Hand.



### M4 Rede an die Nation

Mit der nachfolgenden Erklärung des damaligen US-Präsidenten George W. Bush vom 17. März 2003 beginnt der dritte Golfkrieg einer internationalen Koalition von 49 Staaten unter Führung der USA und Großbritanniens gegen den Irak:

Für das irakische Regime war Diplomatie eine Masche, um Zeit und Vorteil zu gewinnen. Es hat alle Sicherheitsratsresolutionen, die vollständige Abrüstung forderten, gleichermaßen missachtet. Im Lauf der Jahre wurden UN-Waffeninspektoren von irakischen Regierungsvertretern bedroht, abgehört und systematisch hinter das Licht geführt. Friedliche Bemühungen, das irakische Regime zu entwaffnen, sind immer wieder gescheitert – weil wir es nicht mit friedfertigen Menschen zu tun haben.

Nachrichtendienstliche Erkenntnisse dieser und anderer Regierungen lassen keinen Zweifel daran, dass das irakische Regime weiterhin einige der tödlichsten Waffen, die je erdacht wurden, besitzt und versteckt. Dieses Regime hat bereits Massenvernichtungswaffen gegen Nachbarländer des Irak und gegen das irakische Volk eingesetzt.

[...]

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die souveräne Autorität, zur Sicherung ihrer eigenen nationalen Sicherheit Gewalt einzusetzen. Aufgrund des von mir

geleisteten Schwurs – ein Schwur, den ich halten werde – stehe ich als Oberbefehlshaber in dieser Pflicht.

In Anbetracht der Bedrohung für unser Land hat der amerikanische Kongress im vergangenen Jahr überwältigend für die Unterstützung eines Einsatzes von Gewalt gegen den Irak gestimmt. Die Vereinigten Staaten haben versucht, gemeinsam mit den Vereinten Nationen gegen diese Bedrohung vorzugehen, da wir eine friedliche Lösung dieser Angelegenheit wollten. Wir glauben an die Mission der Vereinten Nationen. Ein Grund, warum die Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen wurden, war das aktive und frühzeitige Vorgehen gegen Diktatoren, bevor sie Unschuldige angreifen und den Frieden zerstören können.

Im Fall Irak handelte der Sicherheitsrat in den frühen neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Im Rahmen von Resolution 678 und 687 – beide gelten noch – wurden die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner zum Einsatz von Gewalt ermächtigt, damit dem Irak seine Massenvernichtungswaffen genommen werden können. Dies ist nicht eine Frage der Ermächtigung, es ist eine Frage des Willens.

Im vergangenen September trat ich vor die UN-Generalversammlung und drängte die Nationen der Welt, zusammenzustehen und dieser Gefahr ein Ende zu bereiten. Am 8. November verabschiedete der Sicherheitsrat

einstimmig Resolution 1441, in der festgehalten wurde, dass der Irak seine Verpflichtungen erheblich verletzt, und in der dem Irak ernsthafte Konsequenzen angedroht wurden, sollte er nicht umfassend und umgehend abrüsten.

Heute kann keine Nation wirklich behaupten, der Irak hätte abgerüstet. Solange Saddam Hussein an der Macht ist, wird er auch nicht abrüsten. Die vergangenen vier-  
55 einhalb Monate haben die Vereinigten Staaten und ihre Bündnis-Partner im Rahmen des Sicherheitsrats darauf hingearbeitet, die seit langem bestehenden Forderungen des Sicherheitsrats durchzusetzen. Einige ständige  
60 Mitglieder des Sicherheitsrats haben dennoch öffentlich angekündigt, gegen jede Resolution zur zwangsweisen Entwaffnung des Irak ihr Veto einzulegen. Diese Regierungen beurteilen die Gefahr genau wie wir, teilen aber nicht unsere Entschlossenheit, sie zu beseitigen. Viele  
65 Nationen haben jedoch die Entschlossenheit und Kraft, gegen diese Bedrohung des Friedens vorzugehen, und eine umfassende Koalition schließt sich jetzt zusammen, die gerechten Forderungen der Welt durchzusetzen. Der UN-Sicherheitsrat ist seinen Verpflichtungen  
70 nicht gerecht geworden, so werden wir denn den unseren gerecht werden.

Zitiert nach: Herbert Schambeck, Helmut Widder und Marcus Bergmann (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, Berlin 2007, S. 823–827

1. Arbeiten Sie heraus, wie US-Präsident Bush das Verhalten der irakischen Führung beurteilt.
2. Charakterisieren Sie, wie demgegenüber Bush das Verhalten der US-Regierungen darstellt.
3. Erläutern Sie, warum sich Bush zum Krieg gegen den Irak berechtigt sieht.



### M5 Zeitplan der UN-Resolution 1441

Aus einer Webseite der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:

- 18. November 2002:** UN-Chefinspektor Hans Blix und ein Vorausteam von 24 Waffenkontrolleuren treffen in Bagdad ein. Sie sollen zunächst die technischen Voraussetzungen für die Suche nach Massenvernichtungswaffen schaffen.
- 27. November 2002:** Die UN-Inspektoren beginnen mit ihren Rüstungskontrollen. Auf der Inspektionsliste stehen etwa 700 militärische und industrielle Objekte.
- 8. Dezember 2002:** Bis zu diesem Schlüsseldatum muss der Irak eine „komplette und detaillierte“ Liste seiner  
10 Waffenprogramme liefern.

**27. Januar 2003:** Chefinspektor Blix berichtet dem Sicherheitsrat, ob die Inspektionen im Irak Hinweise auf verbotene Massenvernichtungswaffen ergeben haben.

**14. Februar 2003:** Die Waffeninspektoren müssen dem UN-Sicherheitsrat einen Bericht über ihre Arbeit im Irak vorlegen und urteilen, ob Irak „schwere Verstöße gegen seine Pflichten“ gemäß der UN-Resolution begangen hat.

Die UNO-Waffeninspektoren hatten nach den Worten ihres Chefs Hans Blix (UNMOVIC) bislang keine Beweise für Massenvernichtungswaffen in Irak gefunden. In einer Rede vor dem UNO-Sicherheitsrat [am 14. Februar 2003] warf Blix Irak jedoch vor, in seinem Waffendossier praktisch keine neuen Informationen geliefert zu haben. Ohne vollständige Angaben könne Irak nicht vom Besitz verbotener Waffen freigesprochen werden. Irak erklärte sich bereit, offene Fragen zu seinem Bericht zu beantworten.

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Der Irak Konflikt – Der Weg in den Krieg (Archiv); <https://www.lpb-bw.de/irak-konflikt> [Zugriff: 10.09.2025]

### M6 China und Russland kündigen Widerstand an

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ schreibt am 23. Januar 2003:

Umso deutlicher die USA alle Zeichen und verbale Gesten auf Krieg stellen, desto mehr nimmt in der UNO der Widerstand zu. Am Donnerstag erklärte sich nun China zu der heiklen Frage eines von den USA geforderten Angriffs auf Saddam Hussein. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Peking [meinte], die Position seines Landes sei der Frankreichs „extrem nahe“.

„Wir sind besorgt und beunruhigt wegen des umfangreichen Truppenaufmarsches“, sagte der Sprecher weiter. Außenminister Tang Jiaxuan hatte bereits vor wenigen Tagen die Forderung unterstützt, den UNO-Inspektoren für die Kontrolle des irakischen Waffenarsenals mehr Zeit zu geben. Nach Frankreich hat mit China das zweite ständige Mitglied des UNO-Sicherheitsrates seine Ablehnung eines schnellen Krieges gegen den Irak bekundet. Da die USA, Russland, Frankreich, England und China als ständige Mitglieder des Rats jeweils ein Veto-Recht für alle Entscheidungen des Gremiums haben, wird ein schneller Beschluss unwahrscheinlicher.

Ziemlich überraschend kündigte am Donnerstag auch Russland an, dass es zurzeit keine Gründe für eine militärische Intervention im Irak sehen würde. Außenminister Iwanow sagte in Athen am Rande eines EU-Treffens, Russland sei überzeugt, dass es „noch immer politischen und diplomatischen Spielraum“ gebe, „um die Irak-



Frage zu lösen“. Bisher waren Diplomaten vorwiegend davon ausgegangen, dass Russland die Pläne von US-Präsident George W. Bush unterstützt.

China und Russland kündigen Widerstand an, in: Spiegel Online vom 23.01.2003, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/irak-beschluss-im-sicherheitsrat-china-und-russland-kuendigen-widerstand-an-a-232022.html> [Zugriff: 10.09.2025]

► Nennen Sie die Gründe für die Position Chinas und Russlands.



### M7 Das Ringen um die Resolution 1441

Zum Verhalten der USA bezüglich der Resolution 1441 vom 9. November 2002 urteilt der Jurist Norman Paech vom 2. Juni 2003:

Das letzte Kapitel im Kampf um den Irakkrieg ist trotz der Niederlage der Mehrheit der kriegskritischen Staaten in der UNO dennoch nicht auf ihrer Sollseite abzubuchen. Das zähe Ringen um die Resolution 1441 vom 9. November 2002 und die monatelangen Versuche, mittels Inspektoren und neuen Resolutionsentwürfen den offensichtlich schon im Frühjahr 2002 definitiv beschlossenen Krieg doch noch zu verhindern, wären ohne die Institution des Sicherheitsrats und ihren Veto-Mechanismus nicht möglich gewesen. Der Wortlaut der Resolution ist eindeutig genug, um aus ihm keine Ermächtigung für einen Krieg herauslesen zu können, selbst im Falle ihrer eindeutigen und nachhaltigen Verletzung durch den Irak. Das wochenlange Ringen um den Wortlaut, das durch die klare Weigerung der Franzosen und Russen, einen Automatismus für eine Kriegsermächtigung in der Resolution zu akzeptieren, notwendig geworden war, ist ein weiteres Anzeichen dafür, dass die schließlich einstimmig angenommene Resolution auch ihren Intentionen entsprochen hat und jetzt nicht als gültiges Mandat für den Krieg zählen kann. Alle Verhandlungen hinter den Kulissen des Sicherheitsrats, der Einsatz und die Konsultation der UN-Inspektoren zielen auf eine zweite Resolution. Sie wurde von den USA schließlich nur deshalb fallen gelassen, weil sie eine Ermächtigung für ihren beschlossenen Krieg aufgrund des

zu erwartenden Vetos der Franzosen definitiv nicht erhalten konnten.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die USA zur Durchsetzung ihrer Interessen in jüngerer Zeit außerhalb der Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen und gegen das Völkerrecht stellen mussten. Interessen allerdings, die so wenig mit denjenigen der übrigen Staaten in Übereinstimmung zu bringen sind, werden selbst vor dem Hintergrund absoluter militärischer Überlegenheit immer schwieriger unilateral durchsetzbar. Deutschland, Frankreich und Russland sind zwar nicht in der Lage, ein militärisches Gegengewicht gegen die USA aufzubauen, ihr gemeinsames Beharren auf den Prinzipien der UNO-Charta, dem Sicherheitsrat und dem Kontrollsystem der UNMOVIC, hat ihnen nicht nur breitere Zustimmung unter den Staaten eingebracht, sondern auch dem System der kollektiven Sicherheit insgesamt neue legitimatorische Kraft zugeführt. Einer der Hauptpunkte der Kritik an der Ineffizienz und Schwäche des Sicherheitsrats war das unter demokratietheoretischen Aspekten zweifellos problematische Veto-recht ausgewählter Staaten. Seine Berechtigung als ein kriegsverhindernder Mechanismus dürfte er im Verlauf dieses Konfliktes aber besser bewiesen haben als in so mancher alten Vetokonstellation auf der Basis des Kalten Krieges. Selbst wenn Sicherheitsrat und Veto letztlich den Krieg nicht verhindern konnten, so waren sie doch die einzigen diplomatischen Institutionen, über die der Widerstand gegen die Kriegspolitik artikuliert, organisiert und verbreitert werden konnte.

Norman Paech, Die Rolle der UNO und des Sicherheitsrates im Irakkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Irak; online: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27583/die-rolle-der-uno-und-des-sicherheitsrates-im-irakkonflikt> [Zugriff: 10.06.2025]

1. Arbeiten Sie heraus, warum laut Norman Paech die Resolution 1441 nicht zum Krieg gegen den Irak ermächtigt.
2. Erläutern Sie, warum laut Paech Interessen immer schwerer von einer Seite (unilateral) durchzusetzen sind.
3. Beurteilen Sie die Einschätzung des Autors, dass das Wirken des UNO trotz des letztlich nicht verhinderten Krieges wirkungsvoll war.

## 2.6.2 Bürgerkrieg in Libyen (eA)

### Wahlthema 2:

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediacodes.





### 2.6.3 Bürgerkrieg in Syrien

Wahlthema 3:

#### INFO 3: Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und Syrien

Während des „Arabischen Frühlings“ kam es seit 2011 auch zu Protesten gegen den Diktator Baschar al-Assad in Syrien. Assad ließ die zuerst friedlichen Massendemonstrationen in seinem Land gewaltsam niederschlagen. Dies löste einen Bürgerkrieg aus, der erst 2024 mit der Flucht Assads in das russische Exil ein Ende fand.

- 5 Das Assad-Regime wurde insbesondere von Russland politisch und militärisch unterstützt, während die „westliche Welt“ bemüht war, die Menschenrechtsverletzungen der syrischen Regierung zu begrenzen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschloss zu diesem Zweck etwa 2014 zwei Resolutionen, um humanitäre Hilfe auch ohne Zustimmung der syrischen Regierung in das Land kommen zu lassen.
- 10 Russland und die Volksrepublik China enthielten sich bei der Abstimmung und ermöglichten so, dass die Resolutionen beschlossen werden konnten.

Am 27. September 2013 wurde vom Sicherheitsrat sogar einstimmig eine Resolution angenommen, die die Zerstörung der syrischen Chemiewaffenbestände forderte. Russland und die Volksrepublik China stimmten dieser Resolution vor allem deshalb

15 zu, da sie befürchteten, dass derartige Waffen in die Hände der syrischen Opposition fallen könnten.

Hingegen blockierten Russland und die Volksrepublik China alle im Sicherheitsrat eingebrachten Resolutionen, die die syrische Regierung dafür kritisierten, dass sie die Proteste im Land mit Gewalt beenden wollte. Beide Staaten befürchteten, dass

20 derartige Resolutionen auch gegen ihre Regierungen verwendet werden könnten.

Michael Mayer

- Stellen Sie Zielsetzung und (erfolgte bzw. blockierte) Maßnahmen der Vereinten Nationen im syrischen Bürgerkrieg dar. Erklären Sie dabei das Abstimmungsverhalten Russlands und Chinas im Sicherheitsrat.



#### M8 Die US-Weltordnung infrage stellen: Syrien als Testfeld



Die britische Politikwissenschaftlerin Kasia A. Houghton betont in einem Beitrag aus dem Jahr 2023, dass Syrien erst mit Ausbruch des Bürgerkrieges für Russland, die USA und die Volksrepublik China an Bedeutung gewonnen hat:

- Während Syrien vor dem Konflikt für diese Mächte relativ unbedeutend war, bot der Ausbruch der inneren Unruhen im Kontext der arabischen Aufstände Russland und China eine einmalige Gelegenheit, die Hegemonie der USA in einer geopolitisch-strategischen Region anzufechten. Hinsichtlich ihrer globalen Gesamtstrategie war Syrien nun für Russland und in geringerem Maße auch für China, die eine multipolare Weltordnung propagieren wollen, von größtem politischen Interesse. [...]
- 10

Die 2005 von den Vereinten Nationen eingeführte R2P („Responsibility to protect“ – Schutzverantwortung<sup>1</sup>) macht die Souveränität eines Staates von seiner Fähigkeit und Bereitschaft abhängig, seine Bevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, da ein Verzicht auf diese Verantwortung zu einer internationalen Intervention einlädt, einschließlich des Einsatzes militärischer Gewalt. Seitdem sich der Westen auf die R2P berufen hat, um einen Regimewechsel in Libyen herbeizuführen, haben Russland und China versucht zu verhindern, dass derartiges nochmal geschieht. Stattdessen haben sie dafür geworben, dass die staatliche Souveränität durch eine Art von demokratischer Gleichheit geschützt werde. [...]

15

Russland, China und die USA haben sich zumindest in ihrer Rhetorik verpflichtet, den Terrorismus in Syrien zu bekämpfen und politische Stabilität herbeizuführen. Allerdings unterscheidet sich das Vorgehen dieser Groß-

20

<sup>1</sup> „Responsibility to protect“ – Schutzverantwortung: siehe S. 102, M2

mächte bei ihrem Engagement im Syrien-Konflikt aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen und Beweggründe erheblich voneinander. Interessanterweise stellte der Syrien-Konflikt für China eine der ersten internationalen Angelegenheiten außerhalb seines direkten Einflussbereichs seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion dar, bei der es nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen handelte. Chinas größte Sorge war, dass der Syrien-Konflikt uigurische Aktivisten und Militante in seiner nordwestlichen Provinz Xinjiang mobilisieren und dass eine westliche Intervention zur Unterstützung der Rebellen im Nahen Osten unzufriedene chinesische Bürger weiter aufstacheln würde. Peking verzichtete jedoch darauf, sich der Koalition gegen den Islamischen Staat im Irak und in Syrien (ISIS) anzuschließen. Gleichermäßen spielte für Russland die Angst, russischsprachige islamistische Extremisten würden den Syrien-Konflikt als Übungsgelände für Anschläge in der Heimat nutzen und den Dissens<sup>1</sup> in Russland weiter schüren, eine tragende Rolle für Moskaus militärische Intervention in Syrien, die erste ihrer Art außerhalb der ehemaligen Sowjetunion. Im Gegensatz zu den USA, die ISIS und mit al-Qaida verbundene Gruppen ins Visier nahmen, richtete sich Moskaus Unterstützung für das Regime von al-Assad jedoch weitgehend gegen Oppositionsgruppen in bewohnten Gebieten, in denen erfolgreich eine Rebellenregierung etabliert werden konnte. [...]

Die R2P wurde 2011 in Libyen umgesetzt. [...] Russland und China vertraten die Ansicht, dies sei von den USA, Frankreich und Großbritannien ausgenutzt worden, um eine Intervention der NATO zum Sturz des diktatorischen Regimes von Oberst Muammar Gaddafi zu ermöglichen, da die NATO häufig vermeintliche Aufenthaltsorte des Diktators bombardierte. [...] Der russische Außenminister Sergej Lawrow stellte im Mai 2011 fest, dass eine Intervention nach dem Vorbild Libyens in Syrien „sehr gefährlich“ sei, da die Oppositionellen von Anfang an bewaffnet gewesen seien, was die westlichen Mächte anders sahen. [...] Moskau und Peking waren besorgt, dass westliche Mächte Versuche eines Regimewechsels in Syrien in ähnlicher Weise unter dem Deckmantel einer humanitären Militärintervention anzetteln könnten.

Dieses Thema war für den Kreml von besonderer Brisanz, da die Proteste im Nahen Osten, die gemeinhin als Arabischer Frühling oder arabische Aufstände bekannt sind, mit den regierungsfeindlichen Protesten in Russland nach der Rochade<sup>2</sup> von Putin und Medwedew und

den angeblich gefälschten Parlamentswahlen im Jahr 2011 zusammenfielen. Vom Westen unterstützte Regimewechsel im Kontext regierungsfeindlicher Proteste sind daher für Moskau seit den sogenannten Farbrevolutionen der 2000er-Jahre im postsowjetischen Raum ein Grund zur Sorge. In Russland ist man überzeugt, dass der Westen bei diesen antirussischen Volksbewegungen seine Finger im Spiel hatte. Folglich haben Russland und China darauf hingearbeitet, die Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten sowie staatlicher Souveränität als wichtigste normative Säulen des internationalen staatlichen Engagements zu stärken. Damit wollten sie verhindern, dass der Westen, insbesondere die USA, seine harte und weiche Macht einsetzt, um unliebsame und unkooperative Regierungen zu stürzen. [...]

Russland und China waren al-Assads Rettung, indem sie ihre Positionen im UN-Sicherheitsrat nutzten, um alle Versuche Frankreichs, Großbritanniens, der USA und anderer Ratsmitglieder, einschließlich westasiatischer und nordafrikanischer Staaten, zu blockieren, al-Assad formell zu verurteilen und weitere Maßnahmen anzudrohen. Bislang hat Russland 17 Resolutionsentwürfe des UN-Sicherheitsrats im Zusammenhang mit dem Syrien-Konflikt mit einem Veto belegt, China zehn, was auf eine vehemente Haltung Pekings hindeutet, das seit 1971 nur zehn Mal sein Veto eingelegt hatte. [...]

Der Syrien-Konflikt hat mehrere miteinander verbundene Konflikte ausgelöst. Für die Großmächte Russland, China und die USA war er ein Schauplatz von Auseinandersetzungen über Fragen, die nicht nur Syrien selbst betreffen. Der Normenwettstreit, der sich im Syrien-Konflikt abgespielt hat, hat globale Auswirkungen, die die Weltordnung weit in die Zukunft hinein prägen werden. [...]

Für Russland und China ist es ein dokumentiertes außenpolitisches Ziel, die globale Hegemonie der USA anzufechten. Während wirtschaftliche und militärische Macht wohl die Schlüsselfaktoren für die Verwirklichung dieses Ziels sind, ist die Infragestellung der Normen, die die Hegemonie der USA legitimieren, ein wesentlicher Schritt zur Schaffung einer multipolaren Weltordnung. Nach den US-geführten Interventionen im Irak, in Afghanistan und in Libyen, die zum Sturz von für Washington nachteilige Regierungen führten, bot der Syrien-Konflikt dem wiedererstarkenden Russland und dem aufstrebenden China die Gelegenheit, eine alternative, etatistische<sup>3</sup> Form der Weltordnungs-

<sup>1</sup> Dissens: Streit, Meinungsverschiedenheit

<sup>2</sup> Rochade: Begriff aus dem Schach, der einen Positionswechsel zweier Figuren in nur einem Zug bezeichnet; allgemein: Wechsel

<sup>3</sup> etatistisch: politische Anschauung, die dem Staat eine alles andere überragende Stellung und damit u. a. auch die Kontrolle über die Wirtschaft und Kultur einräumt

politik voranzutreiben. Sie soll unterschiedliche Regierungssysteme und -strukturen stärker einbeziehen und weniger empfänglich für Menschenrechtsverletzungen durch Regierungen sein. Mit ihrem Veto gegen Resolutionsentwürfe des UN-Sicherheitsrats, die im Falle anhaltender Menschenrechtsverletzungen schrittweise eine Verschärfung der Maßnahmen gegen Syrien andeuten, und durch diplomatischen Druck zur Vermeidung einer Militärintervention wegen des Einsatzes chemischer Waffen, haben Russland und China die Anwendung der R2P in Syrien verhindert.

Kasia A. Houghton, The Competition over Norms. The Case of the Syrian Conflict, in: China, Russia and the USA in the Middle East. The Contest for Supremacy, hrsg. von Benjamin Houghton und Kasia A. Houghton, London 2023, S. 46–64, hier S. 46 und 59 f. (Übersetzung: Moritz Popp mithilfe einer KI)

1. Erklären Sie das Konzept der „Responsibility to Protect“ und erklären Sie, warum dieses in Syrien scheiterte.
2. Arbeiten Sie die Motive Russlands und Chinas für ihr Verhalten im syrischen Bürgerkrieg sowie im UN-Sicherheitsrat heraus. Beurteilen Sie, welche Rolle die Ereignisse in Libyen dafür spielten.
3. Erschließen Sie sich, wie Syrien genutzt wurde, um die von China und Russland erhoffte Entwicklung von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung voranzutreiben.

### M9 Positionen der USA, Russlands und der Volksrepublik China zum Syrien-Konflikt 2013

Dazu schreiben Kinan Jaeger und Rolf Tophoven in einem Artikel vom 14. Februar 2013:

Als besonders brisant wird im Westen die Achse zwischen Syrien, dem Iran und der Hisbollah gesehen. [...] Der massive Einsatz der USA gegen das Regime von Baschar al-Assad könnte daher tatsächlich darauf abzielen, Syrien, als Irans engsten Verbündeten, aus der Allianz herauszulösen. Gewinner hierbei wäre zweifellos der Staat Israel, dem es im Jahre 2006 nicht gelungen war, die Hisbollah zu besiegen. [...]

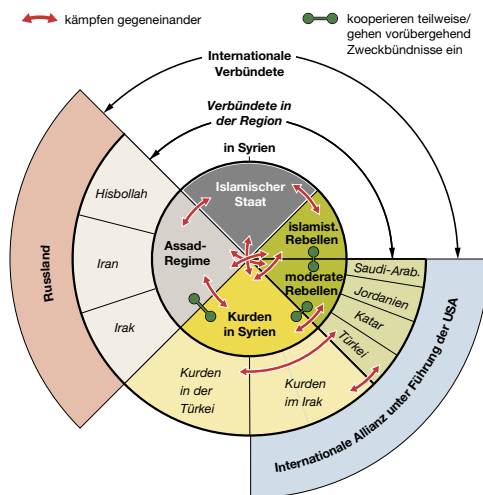
- 10 Offizielle Strategie Russlands in der Krise um Syrien ist die Nichteinmischung. Waffenlieferungen und die engen Verbindungen mit dem Assad-Regime sprechen jedoch eine andere Sprache. Tatsächlich ist das Überleben des syrischen Präsidenten eng verknüpft mit dem Wohlwollen Moskaus. Für den Kreml gilt der syrische Präsident nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der

Lösung. Die offizielle Nichteinmischungspolitik von Seiten Russlands und Chinas kommt nicht von ungefähr. In beiden Vielvölkerstaaten wird ein erhebliches soziales und sozioökonomisches Spannungspotenzial vermutet. Das Beispiel der arabischen Revolutionen könnte in Moskau und Peking Schule machen.

Kinan Jaeger und Rolf Tophoven, Der Syrien-Konflikt: Internationale Akteure, Interessen, Konfliktlinien, Bundeszentrale für politische Bildung vom 14.02.2013; <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/155114/der-syrien-konflikt-internationale-akteure-interessen-konfliktlinien/> [Zugriff: 10.09.2025]

1. Arbeiten Sie heraus, welches identische Motiv Russland und China bei ihrer Haltung gegenüber Syrien haben.
2. Skizzieren Sie die Bündnisconstellationen der drei Großmächte USA, Russland und China, die im Text genannt werden.

### M10 Konfliktparteien und Allianzen in syrischen Bürgerkrieg



Quelle: dpa, APA, LeMonde

dpa-23259

1. Zeigen Sie anhand des Schaubildes die Komplexität des syrischen Bürgerkrieges auf.
2. Im Zusammenhang des syrischen Bürgerkrieges wird auch von einem „(doppelten) Stellvertreterkrieg“ gesprochen. Erklären Sie diese Bezeichnung.

**INFO 4: Scheitern einer Friedensmission**

MINUSMA im afrikanischen Mali ist nicht nur ein Beispiel für die insgesamt 17 UN-Friedensmissionen in Afrika seit dem Jahr 2000 (Stand 2024). Sie zeigt auch, dass der Erfolg derartiger Einsätze nicht nur davon abhängt, dass die innenpolitischen Konfliktursachen bekämpft werden. Ebenso wichtig ist auch die enge Zusammenarbeit der an einer Mission beteiligten Staaten.

Im mehrheitlich von muslimischen Tuareg bevölkerten Norden Malis nutzten ab den 2000er-Jahren Gruppen bewaffneter Islamisten aus Algerien und – nach dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 – aus Libyen die Region als Rückzugsraum. Sie profitierten dabei davon, dass die malische Zentralregierung über diesen Teil des Landes so gut wie keinen Einfluss ausübte. Hinzu kamen anhaltende Dürren, die die ohnehin schwierige Versorgungslage verschärften. Dies förderte die Spannungen zwischen dem Norden und Süden des Landes.

Im Jahr 2012 weiteten Tuareg-Milizen gemeinsam mit islamistischen Gruppen wie Ansar Dine und al-Qaida sowie einer säkular-nationalistischen Organisation ihre Rebellion auf große Teile Malis aus. Angesichts militärischer Misserfolge und wachsender Unsicherheit verlor die Regierung an Rückhalt. Schließlich wurde der gewählte Präsident Amadou Toumani Touré vom Militär gestürzt. Auf Ersuchen der darauf folgenden Übergangsregierung unterstützten im Januar 2013 Truppen der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und des Tschad die malische Armee bei der Zurückdrängung der Rebellen. Ein halbes Jahr später beschloss der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2100. Diese sah den Einsatz von UN-Friedenstruppen vor, denen im Notfall auch der Einsatz militärischer Mittel erlaubt war („robustes Mandat“). Außerdem wurden zahlreiche zivile Hilfsprogramme ins Leben gerufen – etwa in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Infrastruktur –, um den brüchigen Frieden zu stabilisieren und die Bevölkerung zu schützen. Auch die EU unterstützte den Friedensprozess mit zwei Missionen. Zahlreiche Nationen stellten den UN Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung, darunter die Volksrepublik China und die Bundesrepublik Deutschland. Mit mehr als 300 getöteten militärischen und zivilen UN-Angehörigen ist MINUSMA bis heute die verlustreichste UN-Friedensmission (Stand 2025).

Im Jahr 2020 kam es erneut zu einem Militärputsch. Die neue Junta<sup>1</sup> unter Oberst Assimi Goïta strebte eine Lossagung von Frankreich, der EU und der UNO an und begann stattdessen eine enge militärische Zusammenarbeit mit Russland. Goïta begründete seine Forderung nach einem sofortigen Abzug aller UN-Blauhelme mit folgenden Worten: „Es ist unmöglich, den Frieden zu wahren in einer Situation, in der es keinen Frieden zu wahren gibt.“ Dadurch scheiterte letztlich die UN-Friedensmission und endete im Juli 2023. Bis heute ist es nicht gelungen, Mali zu stabilisieren. Wichtige Probleme wie Korruption, Drogenhandel und organisierte Kriminalität bestehen weiterhin (Stand 2025).

Markus Brogl

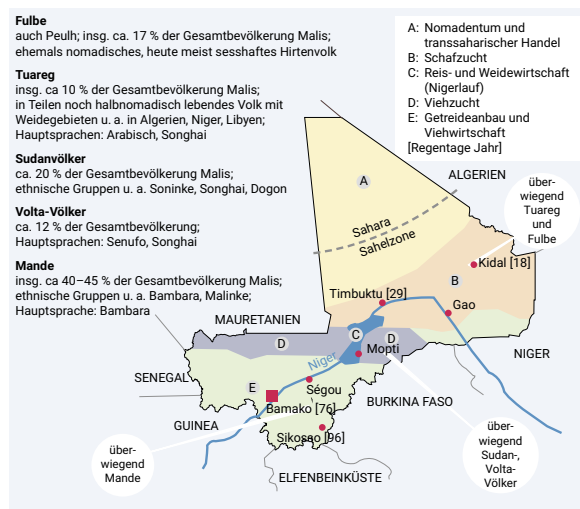
1. Nennen Sie die Gründe für die politische und wirtschaftlich schwierige Lage des Landes.
2. Arbeiten Sie Ziele und Mittel der UN-Friedensmission heraus.



<sup>1</sup> **Junta:** Führungsgremium einer revolutionären Bewegung oder Militärdiktatur

## M11 Krisenursachen

### a) Bevölkerung und landwirtschaftliche Versorgung in Mali



Hinweis: Zur Lage des Staates Mali siehe auch die Karte auf S. 123

### b) Welche (neueren) Ursachen hat die Krise in Mali? Dazu schreibt der Politikwissenschaftler Julian Junk in einem Artikel aus dem Jahr 2015:

Staatliche Grenzen in der Sahelzone [und in der Sahara] sind traditionell porös<sup>2</sup>. Die Auswirkungen der internationalen Intervention und des Umsturzes in Libyen [2011] zeigen dies einmal mehr: Zum einen sind seit diesem Konflikt deutlich mehr Waffen unkontrolliert im Umlauf und in Libyen bewaffnete Tuareg-Kämpfer kehrten bewaffnet in ihre Heimatregion, in den Norden Malis zurück. Zum anderen sind auch viele ehemalige Gastarbeiter aus der westlichen Sahelregion nun in Libyen beschäftigungslos. Über 200 000 Rückkehrer müssen deshalb in die Gesellschaften der Sahelzone integriert werden. Diese von Libyen ausgehenden Entwicklungen zeigen die grenzüberschreitenden Verschränkungen im Sahel-Gebiet, aber sie zeitigen nur deshalb große Effekte, weil im Norden Malis und in dessen unmittelbarer Nachbarschaft eine ohnehin schon prekäre<sup>3</sup> Situation herrschte. [...]

[D]ie strategische[n] Ziele der [einzelnen] Rebellen-gruppen [im Norden und Osten] Malis sind bis zum heutigen Tag nur wenig kongruent [= übereinstim-

<sup>2</sup> porös: durchlässig, löchrig

<sup>3</sup> prekär: misslich, schwierig, peinlich

mend] und vor allem die Sezessionsbemühungen<sup>4</sup> einzelner Tuareg-Gruppen reichen historisch lange zurück. [...] Nur wenn sich die taktischen Interessen zufällig überlappen, kommt es punktuell zu einer Kooperation. [...] Die Ansar Dine<sup>5</sup> [...] schloss sich zwar zu Beginn dem Aufstand der [Befreiungsbewegung] MNLA an, doch ihre Ziele waren zu unterschiedlich, da nicht Staatsgründung, sondern die Etablierung der Sharia<sup>6</sup> das Ziel war. [...]

Neben den politischen Zielen geht es bei diesen Gruppen immer auch um handfeste wirtschaftliche Interessen. Wichtige Routen für Waffen- und Drogenschmuggel sowie generelle Rückzugsräume für organisierte Kriminalität verlaufen durch die südliche Sahara. Mali ist also zunehmend zu einer Drehscheibe für grenzüberschreitende Kriminalität und Teil eines terroristischen Korridors vom Atlantik [...] [bis zum] Roten Meer geworden. Weiterhin werden umfangreiche Ölvorkommen im Grenzgebiet zu Algerien vermutet, deren Erschließung auf algerischer Seite schon begonnen hat. [...]

Insgesamt zeigt sich, dass die Regierung Malis den vielen Minderheiten im Norden auch nach mehreren Rebellionen niemals ausreichende politische und gesellschaftliche Teilhabe garantieren konnte. [...] Neben der mangelnden Beteiligung am Gemeinwesen spielt hierbei das schwierige wirtschaftliche Umfeld eine Rolle. Schon vor dem Militärputsch [2012] stieg die Jugendarbeitslosigkeit seit Jahren und es gab humanitäre Krisen.

Julian Junk, Strategische Untiefen und Gestaltungswillen. Eine Analyse der deutschen Unterstützung des französischen Mali-Einsatzes, in: Stefan Brüne u. a. (Hrsg.), Frankreich, Deutschland und die EU in Mali. Chancen, Risiken, Herausforderungen. Baden-Baden 2015, S. 79–95; hier S. 82–84

1. Beschreiben Sie die Verteilung der Ethnien in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Versorgung auf dem Schaubild.
2. Erläutern Sie anhand des Textes (b), warum es besonders im Norden immer wieder Konflikte gab.
3. Arbeiten Sie aus (b) heraus, welcher Grund für das Scheitern von Unabhängigkeitsbewegungen genannt wird.



<sup>4</sup> Sezession: Abspaltung, Unabhängigkeit

<sup>5</sup> Ansar Dine: islamistische Organisation

<sup>6</sup> Sharia (auch Scharia geschrieben): religiöses Gesetz des Islam, das Verhaltensnormen und Rechtsgrundsätze in allen Lebensbereichen bestimmt

### M 12 Agieren der USA, der VR China und Russlands gegenüber Mali

#### a) Der Politikwissenschaftler Stephan Bierling ordnet in einem Artikel vom 15. Juli 2015 die Haltung der USA folgendermaßen ein:

[US-Präsident] Obama trug dem Kräfteverschleiß der USA durch die Kriege im Irak und in Afghanistan und durch die Wirtschaftskrise Rechnung, indem er die außen- und sicherheitspolitischen Verpflichtungen reduzierte. Zwar war er nie ein Pazifist, der Krieg aus ethischen Erwägungen ablehnte, wie viele seiner Unterstützer hofften. Aber er stand unilateralen Militärinterventionen skeptisch gegenüber, vor allem, wenn sie sich nicht gegen direkte Bedrohungen für die Sicherheit der USA richteten. [...] Gegenüber dem Iran setzte Obama auf eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts, im libyschen Bürgerkrieg beschränkte er sich darauf, Frankreich und Großbritannien beim Schutz der Zivilbevölkerung zu unterstützen, in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik überließ er Frankreich den Einsatz gegen islamistische Rebellen. Auch in den syrischen Bürgerkrieg griffen die USA nicht militärisch ein. Selbst als dort im Sommer 2013 Chemiewaffen eingesetzt wurden, hielt sich Obama zurück, obwohl er dies zu Beginn des Konflikts als „rote Linie“ bezeichnet hatte.

Stephan Bierling, Die USA: der müde Hegemon, Bundeszentrale für politische Bildung vom 15.07.2015, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/209676/die-usa-der-muede-hegemon/> [Zugriff: 17.07.2025]

#### b) In einem Artikel vom 23. Mai 2015 berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung über die Haltung der Volksrepublik China zur UN-Friedensmission:

China will mehr als 500 Soldaten nach Mali entsenden. Das am Mittwoch (Ortszeit) bei den Vereinten Nationen in New York bekannt gewordene Angebot wäre der bislang größte Beitrag Chinas zu einer internationalen Friedensmission. Die genaue Zahl des chinesischen Kontingents sei noch nicht festgelegt, hieß es aus Diplomatenkreisen, fest stehe indes, dass Peking mindestens 155 Ingenieure bereitstelle. [...] Diplomaten werteten das chinesische Angebot auch als Versuch, Spannungen mit dem Westen – etwa über den Syrien-Konflikt – zu mindern. Zudem könnten dadurch die Beziehungen zu afrikanischen Staaten verbessert werden, die für Peking ein wichtiger Rohstofflieferant sind. China ist derzeit mit insgesamt 2000 Soldaten an UN-Friedensmissionen beteiligt.

© AFP, nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.05.2013; <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/beteiligung-an-un-einsatz-china-will-mehr-als-500-soldaten-nach-mali-schicken-12192205.html> [Zugriff: 17.07.2025]

#### c) Über das Interesse Russlands an einer intensivierte Zusammenarbeit mit afrikanischen Ländern schreiben Kersten Kneipp und Benita van Eyssen in einem Artikel der Deutschen Welle (DW) vom 23. Oktober 2019:

40 Staats- und Regierungschefs und rund 10 000 Teilnehmer aus 54 Staaten: Der am Mittwoch eröffnete russisch-afrikanische Gipfel in Sotschi zeigt, dass Russland eine Renaissance in Afrika anstrebt. Rund 30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion will Moskau sich dem Kontinent wieder politisch, ökonomisch und militärisch annähern.

[...] Moskau habe vor allem ein Anliegen, sagt Olga Kulikova, Forscherin am Institut für Afrikastudien der Russischen Akademie der Wissenschaften, im DW-Interview: „Russland will seine Nische und seine Richtung mit Partnerschaften in Afrika finden.“ Das Ziel ist ehrgeizig: Innerhalb der kommenden fünf Jahre soll sich das Handelsvolumen verdoppeln, und zwar von 20 Milliarden US-Dollar (2018) auf dann 40 Milliarden.

Allerdings gehe es nicht um rein wirtschaftliche Interessen, deutete Putin vor einigen Tagen an. „Wir sehen, wie eine Reihe westlicher Länder gegenüber souveränen afrikanischen Regierungen Druck, Einschüchterung und Erpressung ausübt“, so der russische Präsident gegenüber russischen Medien.

In Putins Worten schwingt für einige Afrikaner auch die Erinnerung an die Vergangenheit mit, in der die damalige UdSSR die Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent unterstützte. [...]

Nach Subsahara-Afrika exportiert Russland bislang nur drei Prozent der an den Kontinent gehenden Gesamtlieferungen. Es gibt also beträchtliches Entwicklungspotenzial. Dies umso mehr, als Russland seit dem Jahr 2014 mit 19 afrikanischen Staaten militärische Kooperationsverträge geschlossen hat.

In den Jahren 2017/18 schloss Russland zudem mit sechs afrikanischen Staaten – Angola, Nigeria, Sudan, Mali, Burkina Faso und Äquatorial Guinea – neue Verträge über Waffenlieferungen. Sie umfassen Kampfflugzeuge, Kampf- und Transporthubschrauber sowie Panzerabwehrraketen.

Kersten Kneipp und Benita van Eyssen, Putins afrikanische Ambitionen, Deutschlandfunk vom 13.10.2019, <https://www.dw.com/de/afrika-gipfel-in-sotschi-russlands-renaissance-in-afrika/a-50955481> [Zugriff: 10.09.2025]

1. Arbeiten Sie die Haltungen der drei Großmächte und deren Beweggründe gegenüber der Friedensmission bzw. Mali insgesamt heraus.
2. Ordnen Sie das Agieren der drei Großmächte in deren grundsätzliche weltpolitische Strategie ein.





### M14 MINUSMA unter Druck

Der Politikwissenschaftler Denis M. Tull schreibt dazu in einem Artikel vom 27. März 2023:

- Für die Stabilisierungsmission MINUSMA haben sich die schwierigen Rahmenbedingungen in den letzten zwei Jahren noch einmal drastisch verschlechtert. Den bis dahin bestehenden internationalen Rückhalt hat sie verloren, nachdem sich bei der Mandatsverlängerung im Juni 2022 erstmals Mitglieder des VN-Sicherheitsrats – China und Russland – der Stimme enthielten. Dies hat die MINUSMA gegenüber der malischen Regierung geschwächt, die ohnehin Dauerkritik an der Mission übt.
- Vor allem die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen durch FAMA<sup>1</sup> und Wagner-Söldner<sup>2</sup> ist Bamako ein Dorn im Auge. Im Februar erklärte die Regierung den Leiter der Menschenrechtsabteilung der MINUSMA zur Persona non grata<sup>3</sup>.
- Bamako erwartet nicht nur eine unkritische Haltung der MINUSMA, sondern fordert auch eine aktivere militärische und logistische Unterstützung bei der Aufstandsbekämpfung. Dies ist allerdings im gegenwärtigen Kontext nicht mit den spezifischen Richtlinien des Menschenrechtsschutzes (UN Human Rights Due Diligence Policy on Support for Non-United Nations Security Forces, HRDDP) vereinbar.
- Seit einem Jahr ist die Bewegungsfreiheit der MINUSMA-Einheiten Restriktionen unterworfen, die die Umsetzung des Mandats erheblich beeinträchtigen. Insbesondere Aufklärungsflüge werden von den malischen Behörden häufig nicht genehmigt. [...] Ende Juni 2023 läuft das aktuelle Mandat der MINUSMA aus und der VN-Sicherheitsrat wird über die Zukunft der Mission entscheiden müssen. Angesichts der beschriebenen politischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen MINUSMA noch einen sinnvollen Beitrag zu Frieden und Stabilisierung in Mali leisten kann.
- Ein VN-internes Papier („Internal Review“) nennt vier Mindestvoraussetzungen dafür: neben der Bereitschaft,

- 1) die Transition<sup>4</sup> und 2) den Friedensprozess voranzubringen, sind dies 3) die Gewährleistung der Freizügigkeit der Mission, einschließlich des Einsatzes von Drohnen zur Aufklärung; 4) die Fähigkeit der Mission, ihrem Mandat vollständig gerecht zu werden, auch beim Schutz von Menschenrechten.

Denis M. Tull, VN-Krisenmanagement in Mali – Warum MINUSMA noch ein Jahr bleiben sollte, SWP-Aktuell 2023 vom 27.03.2023; online: <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A22> [Zugriff: 17.06.2025]

1. Arbeiten Sie heraus, weswegen die UN-Friedensmission unter Druck geriet.
2. Für die (weitere) Durchführung einer UN-Friedensmission ist die Zustimmung der jeweiligen Staatsregierung erforderlich. Bewerten Sie auch unter diesem Aspekt die Haltung des Präsidenten von Mali.



### M15 Gründe für das Scheitern der Friedensmission

Dazu schreibt die Politikwissenschaftlerin Svenja Bode in einem Artikel von 2024:

Der malische Friedensprozess auf der Grundlage des Friedensabkommens von Algier ist offiziell gescheitert. Die Aufkündigung durch die Übergangsregierung war für viele im Land nur noch ein letzter Sargnagel. Zwar waren inzwischen die administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des Abkommens und einige Reformen geschaffen worden, doch wurde die Gelegenheit für eine zügige, politische Umsetzung in den letzten Jahren vertan. Auch bei der Förderung guter Regierungsführung und im Kampf gegen Korruption, die im Friedensvertrag vorgesehen sind, ließen sich wenig Fortschritte feststellen. Das gilt ebenfalls für die Reform der dysfunktionalen<sup>5</sup> staatlichen Verwaltung und Justiz.

Svenja Bode, Mali, Bundeszentrale für politische Bildung vom 26.08.2024, <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/175842/mali/#node-content-title-1> [Zugriff: 17. Juni 2025]

- Beurteilen Sie, wem die Hauptverantwortung für das Scheitern gegeben wird.



<sup>1</sup> **FAMA:** Abkürzung für „Forces armées maliennes“ (Streitkräfte der Zentralregierung Malis)

<sup>2</sup> **Wagner-Söldner:** russische Söldnertruppe, die ab 2019 im Interesse der russischen Regierung aufseiten der Zentralregierung in Mali kämpfte

<sup>3</sup> **Persona non grata (lat.):** „unerwünschte Person“

<sup>4</sup> **Transition:** Übergang

<sup>5</sup> **dysfunktional:** so beschaffen, dass der jeweilige Zweck nicht erreicht werden kann

## 2.6.5 Taiwan – „abtrünnige Provinz“ oder souveräner Staat (eA)

### Wahlthema 5:

Zu den Seiten dieses Themas gelangen Sie mithilfe des Mediencodes.



## USA, Russland und China im 20. und 21. Jahrhundert



A

Verwenden Sie bei der Bearbeitung der Aufgaben, soweit relevant, die folgenden Grundlegenden Daten und Begriffe:

1939–1945 Zweiter Weltkrieg • 1961/62 Kuba-Krise •  
ab 1989/90 Umbruch im Ostblock • 11. September 2001  
Anschlag auf das World Trade Center in New York •  
Demokratie • Globalisierung • Hegemonie •  
Kalter Krieg • Kommunismus • Menschenrechte •  
NATO • Osterweiterung der EU • Sozialismus •  
Terrorismus • UNO

1. Vergleichen Sie, auf welch unterschiedliche Weise sich China, Russland und die USA zu weltpolitisch einflussreichen Mächten entwickelten.
2. Diskutieren Sie an einem selbst gewählten Beispiel das weltpolitische Agieren Chinas, Russlands und der USA im Rahmen der UNO.



32073-095

B

### M1 Kurswechsel

Auf Basis der Erfahrungen im Korea-Krieg schlägt der US-amerikanische Außenminister John Foster Dulles 1953 einen Kurswechsel in der außenpolitischen Strategie der USA im Umgang mit der Sowjetunion vor:

[I]ch habe keine Einwände dagegen, in einer offenen Sitzung zu sagen, was ich schon früher gesagt habe: nämlich, dass wir niemals einen sicheren Frieden oder eine glückliche Welt haben werden, solange der sowjetische Kommunismus ein Drittel aller Menschen, die es gibt, beherrscht und dabei ist, mindestens den Versuch zu machen, seine Herrschaft auf viele andere auszuweiten. [...]

Deswegen ist eine Politik, die nur darauf zielt, Russland auf den Bereich zu beschränken, in dem es schon ist, für sich allein genommen eine unvernünftige Politik; es ist aber auch eine Politik, die zum Scheitern verurteilt ist, weil eine nur defensive Politik niemals gegen eine aggressive Politik gewinnt. Wenn unsere Politik nur darauf zielt, zu bleiben, wo wir sind, dann werden wir zurückgedrängt. Allein dadurch, dass wir an der Hoffnung auf Befreiung festhalten, dass wir uns diese Hoffnung zunutze machen, wenn sich eine Gelegenheit bietet, werden wir dieser schrecklichen Gefahr ein Ende machen, die die Welt beherrscht, die uns so schreckliche Opfer und so große Zukunftsängste auferlegt. Aber all dies kann und muss ge-

B

tan werden in Formen, die keinen allgemeinen  
 25 Krieg provozieren, der mit blutiger Gewalt zer-  
 schlagen würde. [...]

Die Bedrohung durch den sowjetischen Kommu-  
 nismus ist meiner Meinung nach nicht nur die  
 schwerste Bedrohung, der sich die Vereinigten  
 30 Staaten je ausgesetzt sahen, sondern auch die  
 schwerste Bedrohung, dem das, was wir westliche  
 Kultur nennen, oder überhaupt jede Kultur, die  
 vom Glauben an Gott geprägt ist, je ausgesetzt  
 war. Der sowjetische Kommunismus ist seinem  
 35 Wesen nach atheistisch und materialistisch. Er  
 glaubt, menschliche Wesen seien nicht mehr als et-  
 was bessere Tiere [...].

Zitiert nach: Ernst-Otto Czempiel und Carl-Christoph Schweitzer,  
 Weltpolitik der USA nach 1945, Leverkusen 1984, S. 125 f.



3. Im Kalten Krieg war die Angst vor dem Kommunismus eine treibende Emotion. Sie wird als „Red Scare“ bezeichnet. Belegen Sie am Text, dass die Red Scare auch Dulles' politisches Handeln motivierte.
4. Bestimmen Sie das Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik im Umgang mit dem Kommunismus nach John Foster Dulles.
5. Vergleichen Sie den Vorschlag Dulles' mit der von Truman geäußerten Politik der Eindämmung.

C

## M2 „Keinen Zentimeter weiter“

Die US-amerikanische Historikerin Mary E. Sarotte fragt sich, weshalb der russische Präsident Wladimir Putin die NATO-Osterweiterung zum Feindbild gegen sein Land aufgebaut hat:

Der russische Präsident ist von vier Ereignissen im Kontext der NATO besessen, wie nicht nur seine Kommentare und Schriften zeigen, sondern auch die „Abkommen“, die er im Dezember 2021 so-  
 5 wohl an Washington als auch an die NATO schickte. Jedes sogenannte Abkommen war in Wirklichkeit ein Ultimatum, in dem er im Wesentlichen verlangte, dass der Empfänger ihn unverändert unterzeichnet, andernfalls würde er in die Ukraine einmarschieren. Putins Version der Ereignisse sieht wie folgt aus. Erstens beteuert er, Moskau habe im Gegenzug für ein Durchwinken der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 – durch den Verzicht auf seine Rechte aus der bedingungslosen  
 15 Kapitulation Nazideutschlands von 1945 und durch den Abzug der noch in Ostdeutschland befindlichen sowjetischen Truppen – die verbindliche Zusage erhalten, die NATO würde nicht gen Osten expandieren. Zweitens behauptet Putin, das Atlantische Bündnis habe dieses Versprechen mit der NATO-Russland-Grundakte vom 27. Mai 1997 bekräftigt; in einem der „Abkommen“ vom Dezember 2021 forderte Putin ausdrücklich, dass die NATO-Truppen auf ihre damaligen Stellungen zu-  
 20 rückkehren. Drittens glaubt er, dass die Allianz ihr wahres Gesicht gezeigt hat, als sie Serbien im Kosovo-Konflikt 1999 bombardierte. Viertens rief in

Putins Augen die Erklärung des Bukarester Gipfels von 2008, in der es hieß, dass die NATO die euroatlantischen Beitrittsbestrebungen der Ukraine  
 30 und Georgiens begrüße und dass diese Länder Mitglieder der NATO werden sollen, ein untragbares Risiko für Russland hervor, nicht zuletzt wegen der „Farbrevolutionen“, die in diesen Ländern bereits stattgefunden hatten. Zusammengefasst be-  
 35 hauptet er, diese Momente hätten das Bündnis als unehrlich und nach slawischem Blut dürstend entlarvt. In einer Pressekonferenz am 23. Dezember 2021 wettete Putin: „Kein Zentimeter [der NATO-Erweiterung] nach Osten“, sagte man uns in den 90er-Jahren. Und nun? Sie haben uns betrogen, sie haben uns einfach schamlos ausgetrickst!“ Diese drei Worte – „not one inch“ – sind sowohl ein Zitat eines hochrangigen US-Diplomaten als auch der Titel meines Buches. Jedes Mal, wenn Putin diese Worte benutzt (was er oft tut), werde ich von einer neuen Welle von Anfragen zu den von mir gesammelten Beweisen überschwemmt. Diese Quellen erzählen eine andere Geschichte als die von Putin. Sie zeigen, dass zu Beginn der Verhandlungen von 1990, die die Teilung Deutschlands überwinden, Spekulationen darüber aufkamen, die „Zuständigkeit“ der NATO würde sich keinen Zentimeter gen Osten bewegen. US-Außenminister James Baker und sein westdeutscher  
 55 Amtskollege Hans-Dietrich Genscher sprachen im

<sup>1</sup> „Farbrevolutionen“: unbewaffnete, meist friedlich verlaufene Transformationen, die nach Farben oder Pflanzen benannt wurden, zum Beispiel die Orange Revolution in der Ukraine 2004

C

Februar 1990 miteinander und mit der sowjetischen Führung über eine solche Idee, weil sie dachten, dass dies die deutsche Vereinbarung für Moskau erträglicher machen könnte.

Entscheidend für eine korrekte Darstellung ist jedoch das Wissen, dass diese Diskussion spekulativ und höchst unvorhersehbar war – und dass Ende Februar Bakers Chef, US-Präsident George H. W. Bush, deutlich machte, dass er eine Einschränkung der Zukunft der NATO weder für wünschenswert noch für notwendig hielt. Er bestand darauf, dass der Außenminister derartige Formulierungen nicht mehr verwendet. Daraufhin schrieb Baker im selben Monat vertraulich an seine deutschen Kollegen, dass Diskussionen über den Zuständigkeitsbereich der NATO „in Zukunft vermieden werden sollten“. Genschers Chef, Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte Bush zwischenzeitlich beigeplichtet. Dennoch hielt Genscher an einer Version des Konzepts fest und ihm untergeordnete Diplomaten schlossen sich seiner Meinung an. Im September 1990 spitzte sich die Lage zu, als sich die beiden deutschen Staaten und die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges über den Wortlaut des Zwei-plus-Vier-Vertrages stritten. Genschers Verbündete überwand schließlich seinen Widerstand. Sie bestanden darauf, dass der Vertragstext es der NATO erlaubt, Artikel 5 – die Garantie, dass ein Angriff auf einen Einzelnen als Angriff

auf alle behandelt wird – nach Osten über die ehemalige Frontlinie des Kalten Krieges in die ehemalige DDR auszudehnen und dass ausländische Truppen diese Linie mit Genehmigung der deutschen Regierung überschreiten dürfen. Entscheidend ist, dass kein eindeutiges Verbot einer Erweiterung der NATO enthalten war. Die Sowjetunion, die in einer Zeit, in der ihr Land zerfiel, verzweifelt auf finanzielle Unterstützung aus dem Westen angewiesen war, stimmte diesen Bedingungen zu. [...] Als Nachfolgerin der Sowjetunion ist die Russische Föderation nach wie vor an diese Ratifizierung gebunden – was Putin jedoch ignoriert.

Mary E. Sarotte, „Not One Inch“. Unpicking Putin's Deadly Obsession with the Details of History, in: Financial Times vom 17. Februar 2023; <https://www.ft.com/content/24f81b4d-420e-4217-b498-cf3c6e254f2> [Zugriff: 16.05.2025] (Übersetzung: Moritz Popp)

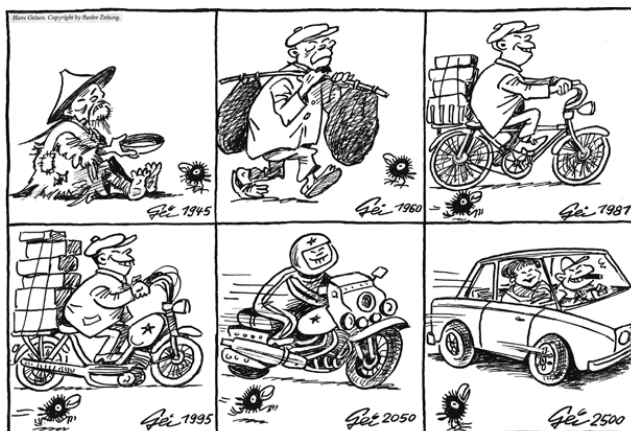


6. Stellen Sie in einer Tabelle die Behauptungen Putins hinsichtlich der NATO-Osterweiterung den historischen Tatsachen gegenüber.
7. Diskutieren Sie ausgehend von dem Artikel die Folgen der sowjetischen bzw. russischen Transformation sowie der NATO-Osterweiterung für Frieden und Sicherheit in Europa.
8. Nehmen Sie schriftlich Stellung zum oft geäußerten Argument, „der Westen“ missachte durch seine Osterweiterung die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands.

D

## M3 „Träumen erlaubt“

Karikatur von Hans Geisen, 1981.



China: Träumen erlaubt...

9. Arbeiten Sie heraus, wie Fortschritt, Wohlstand und Veränderung in der Volksrepublik China bis 1981 in der Karikatur dargestellt werden.

10. Erklären Sie, in welcher Phase sich die Volksrepublik China 1981 befand und inwiefern das mit den dargestellten Zukunftserwartungen zu tun haben könnte.

11. Vergleichen Sie die in der Karikatur dargestellte Entwicklung mit der tatsächlichen.

12. Skizzieren Sie die politische und gesellschaftliche Geschichte Chinas von der Mitte der 1970er-Jahre zum Beginn des 21. Jahrhunderts.

E

## M4 Zum 80. Jahrestag der KPCh

In seiner Rede anlässlich des 80. Jahrestags der Kommunistischen Partei Chinas äußert sich der damalige chinesische Staatspräsidenten Jiang Zemin 2001 wie folgt:

Nach der Gründung des neuen China entwickelten sich die Wirtschaft und die Gesellschaft rapide, das Land wurde immer blühender, die soziale Stellung, der Lebensstandard und das Kultur- und Bildungsniveau des Volkes erhöhten sich merklich. [...] Durch einen Vergleich dieser beiden Perioden von 80 Jahren kamen das chinesische Volk und alle patriotischen Kräfte der chinesischen Nation zu der Einsicht, dass es die Führung der KP Chinas war, die es diesem Land ermöglichte, die große historische Umwandlung der miserablen Verhältnisse in eine Situation, die eine lichte Zukunft verspricht, zu verwirklichen. Ohne die kommunistische Partei gäbe es kein neues China. [...] Alle Kämpfe des chinesischen Volkes in den hundert Jahren zwischen der Mitte des 19. Jahrhunderts

und der Mitte des 20. Jahrhunderts zielten darauf ab, die Unabhängigkeit des Vaterlandes und die Befreiung der Nation zu verwirklichen und die Geschichte der Erniedrigung der Nation gründlich zu beenden. Dieses historische große Werk haben wir bereits vollendet. Die Kämpfe des chinesischen Volkes in den hundert Jahren von der Mitte des 20. Jahrhunderts bis Mitte des 21. Jahrhunderts haben das Ziel, die Stärke des Vaterlandes, den Wohlstand der Bevölkerung und einen großartigen Aufschwung der Nation zu verwirklichen.

Zitiert nach: China Internet Information Center, <http://german.china.org.cn/german/41270.htm> [Zugriff: 15.04.2025]

13. Analysieren Sie und beurteilen Sie die Rolle, die Jiang Zemin der Kommunistischen Partei Chinas zuschreibt. Arbeiten Sie heraus, von welchen Fortschritten Jiang Zemin spricht.

14. In der Rede wird die „Erniedrigung der Nation“ erwähnt. Erklären Sie, was damit gemeint ist.





### Proteste in Teheran

Foto von 1978.

Bis zur Islamischen Revolution 1979 regierte ein westlich orientierter Schah Iran, gegen dessen Regime ab 1977 Massenproteste stattfanden.

### Brennendes Ölfeld

Foto, März 1991.

Vor Ölförderstätten, die von irakischen Truppen vor deren Rückzug in Brand gesetzt wurden, steht ein verlassener irakischer Panzer.



### Schiiten feiern das Aschura-Fest in Kerbela (Irak)

Foto von 2005.

Das Aschura-Fest findet alljährlich zu Ehren des Imam Hussein im irakischen Kerbela statt. Dieser gilt den Schiiten als Märtyrer und legitimer Nachfahre des Propheten Muhammad. Er war im Kampf gegen den damals herrschenden Kalifen getötet worden.

Bis zum Sturz des irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein 1993 wurden die Schiiten in diesem Land, in dem sie mit über 60 Prozent die größte religiöse Gruppe stellen, unterdrückt.





**ccbuchner.de**

